

Thomas Jansen

„DIE SOZIALISTEN HABEN
AUF EUROPÄISCHER EBENE
IMMER NACHGEHINKT“



Thomas Jansen, geboren am 27. Oktober 1939 in Sinzig/Rhein, 1960 Abitur, 1960–1962 Dienst als Offizier in der Bundesmarine, Studium der Politikwissenschaften, des Völkerrechts, der Soziologie und Geschichte in Bonn und München, 1967 Promotion zum Dr. phil., wissenschaftlicher Assistent am Institut für Politische Wissenschaften an der Universität Mainz, Mitglied und Generalsekretär der Europa-Union Deutschland, 1970/71 Referent für Europapolitik der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag und Assistent von Walter Hallstein, persönlicher Referent des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Rainer Barzel, 1981–1983 Generalsekretär der Internationalen Europäischen Bewegung (IEB), Chefredakteur der Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog *Dokumente*, 1981–1983 Leiter der Außenstelle der KAS in Rom, 1983–1994 Generalsekretär der EVP.

Das Interview fand am 27. und 28. Mai 2010 in Hildesheim statt und wurde geführt von Michael Gehler, Felix Hinz, Hinnerk Meyer und Andreas Schimmelpfennig.

Lieber Herr Dr. Jansen, ganz herzlichen Dank dafür, dass Sie sich bereit erklärt haben, zu uns zu einem Expertengespräch zu kommen. Wir sprechen zunächst über die Karrierestationen Ihres Lebens. Sie haben erklärt, dass der Wehrdienst bei der deutschen Bundesmarine eine ganz wichtige Phase in Ihrem Leben war und Sie auch sehr stolz auf Ihren Rang des Oberleutnants zur See sind. Sie sind Reserveoffizier. Was bedeutet Ihnen die Zeit von 1960 bis 1962 bei der deutschen Bundesmarine, in der Sie auch an mehreren Wehrübungen teilgenommen haben?

Zuerst einmal muss ich erklären, warum ich zur Marine ging. Ich habe 1960 Abitur gemacht, eigentlich ein Jahr später als vorgesehen, da ich eine „Ehrenrunde“ gedreht habe. Meine früheren Klassenkameraden, die vor mir zur Bundeswehr gegangen waren und in den Ferien zurückkamen, erzählten uns, wie es war. Nur bei den Freunden, die bei der Marine waren, habe ich Enthusiasmus gespürt, was mich angeregt hat. Ein weiterer Grund war, dass ich bis zum Zeitpunkt meines Abiturs nie weiter nördlich in Deutschland als Münster in Westfalen war. Ich habe mir gesagt, dass wenn ich zur Marine gehe, ich dann die Küste und den Norden Deutschlands kennenlernen werde.

Niemand aus meiner Familie hat eine Beziehung zur See oder zur Marine. Insofern war das auch ein Novum. Ich habe meinen Bruder Michael¹⁸⁹ auch nachgezogen. Er ist dann auch zur Marine gegangen. Besonders motivierend und interessant fand ich, dass ich als junger Matrose bzw. Gefreiter mit den anderen Matrosen zusammengelebt habe – auf dem Schiff lebt man sehr eng zusammen. Mit Leuten aus ganz Deutschland, die aus dem landwirtschaftlichen oder handwerklichen Bereich kamen, zusammen zu sein, zu trinken und sich zu unterhalten, war für mich ein Urerlebnis. Es war eine interessante Erfahrung für mich, auch von diesen Leuten zu lernen.

Ansonsten waren natürlich die Reisen sehr schön. Wir haben wunderbare Auslandsreisen ins Mittelmeer gemacht, etwa nach Izmir in die Türkei. In Italien haben wir verschiedene Häfen kennen gelernt, ich habe Gibraltar gesehen, aber wir sind auch nach Norden bis zu den Shetland Inseln oder nach Irland gefahren. Das war eine außerordentlich runde und großartige Sache, an die ich sehr gerne zurückdenke. Ich habe auch verschiedene Übungen gemacht, die alle nicht lang waren und meist in den Semesterferien stattfanden. Eine Übung war für mich besonders wichtig: die Übung, während der ich zum KTB-Führer, zum Kriegstagebuch-Führer ausgebildet wurde.

Der Führer der KTB-Gruppe ist kürzlich verstorben. Ich habe einen Nachruf auf ihn in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ)* gelesen. Das war der Historiker Michael Salewski.¹⁹⁰ Ich kannte ihn aus Bonn.

189 | Michael Jansen (geb. 1941), deutscher Diplomat, 2004–2006 Staatssekretär im Bundespräsidialamt.

190 | Michael Salewski (1938–2010), deutscher Geschichtswissenschaftler, 1971–1980 Professor an der Universität Bonn und 1980–2003 an der Universität Kiel.

Er war wie ich Hörer bei Walther Hubatsch¹⁹¹ und später auch dessen Assistent. Salewski war Seegeschichtler. Walther Hubatsch hat diese Gruppe der KTB-Führer-Offiziere gegründet. Im Krieg war er selbst noch als KTB-Führer tätig. Ich glaube, er ist einer der Herausgeber des KTB der Deutschen Wehrmacht, des OKW, des Oberkommandos der Wehrmacht. Einen Band hat Hubatsch herausgegeben, einen anderen Percy Ernst Schramm.¹⁹² Salewski als Hubatschs Schüler hat diese KTB-Gruppe dann weitergetrieben.

Mit Salewski war ich in einer Übung zusammen. Er war dort als Betreuer und Vorgesetzter. Damals wurden die Offiziere – wir hatten die Ausbildung schon absolviert –, die entweder Geschichte, Politikwissenschaften oder verwandte Fächer studiert hatten, angesprochen, ob sie bereit wären, die KTB-Ausbildung zu machen. Diese Ausbildung war eine sehr schöne und interessante Erfahrung. Ich bin auch irgendwann einmal auf einer Fregatte zum Einsatz gekommen, wo ich mit dem Kommandanten zusammen alles erlebte, was auf einem Schiff passiert. Schließlich habe ich fleißig alle Kommandos und Geschehnisse notiert.

Wie hat diese Zeit bei der Marine Ihr späteres Leben geprägt? Können Sie etwas ableiten oder erkennen, inwieweit das für die Bewältigung späterer Aufgaben und Herausforderungen wichtig war? Was haben Sie vom Geist der Marine mitnehmen können und worin bestand die KTB-Ausbildung eigentlich? Einen Historiker interessiert das natürlich besonders, weil dort die Quellen herkommen, mit denen man später arbeitet.

Man lernte, wie Kommandostrukturen sowohl an Land für größere Einheiten, Flottillen oder die Flotte als auch auf dem Schiff organisiert werden. Ebenso lernte man, wie die Befehlskette nach unten und die Abläufe funktionieren – beim Kommandanten angefangen. Darin bestand die Grundausbildung. Man hat natürlich auch gelernt, was aufgezeichnet werden soll und was nicht. Man sollte schließlich nicht jedes Ereignis, sondern nur die Ereignisse, die für den Verband, das Schiff und die Führung wichtig sind, aufzeichnen. Man erhielt eine Schulung an den Prioritäten. Auch technische Fragen und Abkürzungen, die man

191 | Walther Hubatsch (1915–1984), deutscher Geschichtswissenschaftler, 1956–1983 Professor an der Universität Bonn.

192 | Percy Ernst Schramm (1894–1970), deutscher Geschichtswissenschaftler, 1929–1963 Professor an der Universität Göttingen.

beim Führen des KTB braucht, hat man gelernt. Vielmehr kann ich heute nicht mehr dazu sagen, da es schon einige Jahre her ist und ich mich später nie mehr damit befasst habe.

Ich weiß nicht, ob es diese Gruppe heute noch gibt, weil es heute ja ganz andere Formen und Möglichkeiten zur Dokumentation gibt. Das KTB ist nämlich eine Form der Dokumentation und soll dazu dienen, den Kommandanten bzw. den Kommandeur zu versichern. Für die spätere Zeit sollen die Absichten des Kommandanten klar werden, insbesondere dann, wenn es zu Unfällen oder größeren Desastern kommt. Es ist wichtig, dass das, was er besten Wissens und Gewissens getan hat, und seine Motive dokumentiert werden. Die Kriegstagebücher sind Dokumente, die vom Kommandanten abgezeichnet werden und auch vor Gericht verwertbar sind.

Was ist der Unterschied zwischen KTB und Logbuch?

Das Logbuch wird im Wesentlichen vom Steuermann geführt. Schiffsbewegungen und Positionen, d. h. die nautischen Sachen werden dort dokumentiert.

Was hat Sie bewegt, das Studium der Politikwissenschaften, des Völkerrechts, der Soziologie und Geschichte anzugehen? Das ist ja ein breites Spektrum. Was sind die Hintergründe?

Ich war natürlich, wie auch mein Bruder,¹⁹³ von meinem Vater¹⁹⁴ geprägt, der politisch sehr engagiert war. Das hängt auch mit seinen Erfahrungen im Nationalsozialismus zusammen. Mein Vater war kein Politikwissenschaftler, sondern ein Historiker und Philologe. Er hat mit dem Ziel, in den Schuldienst zu gehen, studiert, was er dann 1933/34 unter den damaligen Umständen doch nicht getan hat. Er ist dann in die Wirtschaft gegangen. Nach dem Krieg ist er in die Politik gegangen, zunächst als Landrat und schließlich als Diplomat.

193 | Michael Jansen: „Vielleicht sah Genscher mit der Deutschen Einheit seine Mission nach achtzehn Jahren als Außenminister als erfüllt an“, in: Michael Gehler/Hinnerk Meyer (Hg.): *Deutschland, der Westen und der europäische Parlamentarismus. Hildesheimer Europagespräche I (Historische Europastudien 5)*. Hildesheim – Zürich – New York 2012, S. 148–172.

194 | Josef Jansen (1909–1966), deutscher Diplomat, 1952–1954 Gesandter in Luxemburg, 1964–1966 Botschafter beim Heiligen Stuhl.

Ich habe mich nicht sofort für die Politikwissenschaften entschieden, sondern wollte eigentlich, nachdem ich Abitur gemacht hatte, Germanistik und Romanistik studieren. Als Schüler, Abiturient und Gymnasiast war ich stark literarisch interessiert. Vor kurzem hatten wir ein Treffen unseres Abiturjahrgangs – 50 Jahre nach dem Abitur. Alle sind inzwischen um die 70 Jahre alt, ich ja leider auch. Alle, die erreichbar waren, haben sich in Bonn getroffen. Wir haben auch die Schule und die derzeitige Schuldirektorin besucht. Der Kollege, der das Treffen organisiert hat, sagte mir etwas, das mich sehr überrascht hat, weil ich es vergessen hatte: „Wir dachten alle, du würdest Schriftsteller werden!“ In den Ausgaben der Schülerzeitung von damals stehen entweder Gedichte oder Berichte von mir. Das war meine Situation beim Abitur.

Dann bin ich zur Marine gegangen. Dort habe ich etwas anderes erlebt: Ich bin dort Leuten aus anderen Schichten der Gesellschaft begegnet. Auch die Wirklichkeit des militärischen Lebens, der politische Kontext ist mir damals viel bewusster geworden. Ich darf nicht vergessen, zu erwähnen, dass während meiner Militärdienstzeit – damals war ich auf der Marineschule – die Mauer in Berlin gebaut wurde und wir an dem Tag danach auf den Hof der Marineschule in Mürwik kommandiert worden sind. Da hat „the big A“, ein Marineoberst, Kapitän zur See Höpner,¹⁹⁵ der Vater eines meiner damaligen Kommilitonen und Freunde, eine Rede gehalten über die Situation, die sich aus dem Bau der Mauer ergeben hat – also die internationale Spannung, die sich aufbaute. Er hat uns über Überlegungen des Bundestages und der Bundesregierung zur Mobilmachung bzw. Überlegungen zum Befehl einer Mobilmachung informiert. Dass die Dienstzeit aller, die damals dienten, automatisch um ein halbes Jahr verlängert wurde, war das Ergebnis dieser Überlegungen zur „Mobilmachung“. Ich hatte mich auf eineinhalb Jahre verpflichtet, was bei der Marine sowieso obligatorisch war. Normalerweise diente man damals nur zwölf Monate. Dann kam die Verlängerung um ein halbes Jahr dazu, so dass ich zwei Jahre diente. Das warf dann meine Zeitplanung, was den Studienbeginn betraf, durcheinander. Das hat mir allerdings sehr viel Positives eingetragen, da ich vorzeitig befördert wurde. Ich wurde schon nach 21 Monaten Leutnant zur See. Ich wurde auf ein Schiff befohlen, das einem Geschwader angehörte, das ins Mittelmeer auslief. Auf ihm diente die nächste, die junge Generation der Offiziere und Marineoffiziersanwärter. Mein Bruder war darunter. Ich

habe ihn auch bisweilen aus der Perspektive des Vorgesetzten erlebt. Das war überhaupt die schönste Reise, die ich mit der Marine gemacht habe. Als Leutnant zur See fährt man anders zur See als als Matrose oder Gefreiter. Alle diese Dinge, die ich dann auch erlebte, das Bewusstsein einer politischen Verantwortung, in der man sich befindet, hat mich zur Umschulung bewogen: von Germanistik und Romanistik auf Politikwissenschaft. Nach der Marinezeit, als ich zur Universität kam, habe ich zunächst ein Semester lang Germanistik studiert. Mir wurde dann jedoch schnell klar, dass Germanistik nichts für mich ist, obwohl ich mein Interesse für Literatur und Poesie niemals verloren habe. Auch heute ist dieses Interesse noch vorhanden. Trotzdem ist Literatur nicht mein Leben, sondern nur Teil meines Lebens, um mit Roland Koch¹⁹⁶ zu sprechen. Nach einem Semester habe ich dann auf Politikwissenschaften umgeschult. In Bonn hatte ich zwei sehr gute Lehrer: Karl Dietrich Bracher¹⁹⁷ und Hans Adolf Jacobsen.¹⁹⁸ Mit Jacobsen habe ich sehr eng zusammengearbeitet. Er hat auch bei der Herausgabe des KTB mitgewirkt und bearbeitete damals einen der KTB-Bände.

Er bat mich, ihm beim Lektorieren, bei der Abgleichung des Inhalts- und des Personenverzeichnisses mit den Seitenzahlen zu helfen. Das war eine pingelige Arbeit, die ich sehr gut beherrschte. Von dieser Arbeit habe ich gewiss auch profitiert.

In Geschichte habe ich gleich bei Max Braubach¹⁹⁹ angefangen zu lernen. Braubach war der Doktorvater meines Vaters. Die Arbeit hat mir insgesamt viel Freude bereitet. Es gab aber auch noch andere interessante Historiker. Danach bin ich für drei Semester nach München gegangen. In München habe ich Politikwissenschaften bei Eric Voegelin²⁰⁰ gehört, der damals dort der Großmeister war.

196 | Roland Koch (geb. 1958), deutscher Politiker der CDU, 1999–2010 hessischer Ministerpräsident.

197 | Karl Dietrich Bracher (geb. 1922), deutscher Politik- und Geschichtswissenschaftler, 1959–1987 Professor an der Universität Bonn.

198 | Hans Adolf Jacobsen (geb. 1925), deutscher Politik- und Geschichtswissenschaftler, 1969–1991 Professor an der Universität Bonn.

199 | Max Braubach (1899–1975), deutscher Geschichtswissenschaftler, 1928–1967 Professor an der Universität Bonn.

200 | Eric Voegelin (1901–1985), deutsch-amerikanischer Politikwissenschaftler, 1958–1969 Professor an der Universität München.

In Soziologie habe ich Übungen bei Rainer Mario Lepsius²⁰¹ belegt, der der Assistent von Emerich K. Francis²⁰² war. Lepsius war aber interessanter als sein Meister, der eher die traditionelle Soziologie vertrat, die sich vor allem mit Definitionen befasste. Lepsius war ein genialer und anregender Typ. Historiker in München waren Karl Bosl²⁰³ für das Mittelalter und Hans Maier,²⁰⁴ der als junger Dozent und Historiker aus Freiburg nach München kam. Später wurde er Kultusminister in Bayern und Präsident des Zentralkomitees (ZK) der Deutschen Katholiken.

Wichtig für meine weitere Entwicklung war dann, dass ich in München mit dem Europäisch-Föderalistischen Studentenverband zusammengekommen bin. Ein Freund, der in eine Studentenverbindung eingetreten war, lud mich zu einem Vortrag über Europa ein. Ich habe mir dann diesen Vortrag angehört, der sehr interessant, spannend war und technisch gut vorgetragen wurde. Es waren auch einige Studenten, die im Europäisch-Föderalistischen Studentenverband engagiert waren, versammelt, u.a. auch deren Anführer, Frank Thelen,²⁰⁵ der später ein bedeutender Anwalt in München war. Weil ich ein paar dumme Fragen stellte, haben diese Studenten mich gleich angesprochen, ob ich nicht in diesen Verband eintreten wolle, was ich dann auch tat.

In der ganzen Münchener Zeit bin ich im Europäisch-Föderalistischen Studentenverband aktiv gewesen, was mir auch einen Sitz im ASTA einbrachte. Als Studentenvertreter für die politischen Verbände habe ich dann auch im ASTA bzw. in der Fakultätsversammlung gesessen. Dieses Engagement ging schon ein bisschen in die Richtung, die ich dann später eingeschlagen habe.

*Wie ist der Wechsel von Bonn nach München zustande gekommen?
War das Wanderlust?*

201 | Rainer Mario Lepsius (geb. 1928), deutscher Sozialwissenschaftler, 1963–1981 Professor an der Universität Mannheim, 1981–1993 Professor an der Universität Heidelberg.

202 | Emerich Klaus Francis (1906–1994), österreichisch-amerikanischer Sozialwissenschaftler, 1958–1974 Professor an der Universität München.

203 | Karl Bosl (1908–1993), deutscher Geschichtswissenschaftler, 1960–1977 Professor an der Universität München.

204 | Hans Maier (geb. 1931), deutscher Politiker der CSU, 1970–1986 bayerischer Kultusminister.

205 | Unbekannt.

Ja, das war es. Meine Schwester, die in München studierte, hat mich dazu angeregt, nach München zu kommen. Dennoch war es eindeutig Wanderlust, die mich bewegte. München war damals schon eine sehr attraktive Stadt, weshalb ich auch gerne einmal dorthin wollte. Ich blieb schließlich drei Semester lang.

Sie haben eine ganze Reihe von namhaften Wissenschaftlern genannt: Karl Dietrich Bracher, Hans Adolf Jacobsen, Max Braubach, Rainer Mario Lepsius, Assistent von Francis, Karl Bosl, Hans Maier und Eric Voegelin. Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie uns diese profilierten Wissenschaftler der deutschen Geistes- und Sozialwissenschaften vorstellen und charakterisieren könnten. Wie haben Sie Bracher erlebt?

Bracher ist mein Doktorvater. Ich habe ihn, als ich im Institut anfang, zunächst als distanzierten Professor kennengelernt, der seine Vorlesungen hielt, von denen ich aber wenig besuchte. Er war kein guter Vortragender. Bracher tat sich schwer. Es war anstrengend ihm zuzuhören, obwohl alles klug und richtig war, was er vorbrachte. Er sagte selbst: „Kommt nicht in meine Vorlesung, kommt in meine Übungen und Seminare, da habt Ihr mehr von!“ Er hatte Recht. Sein Seminar war immer sehr, sehr gut besucht und immer sehr spannend. Bracher war ein sehr kluger und abwägender Typ, der kultiviert und im Umgang sehr angenehm war. Am Besten war es im Doktorandenkolloquium. Ich bin sehr schnell zu ihm gegangen, um ihm zu sagen, dass ich eine Arbeit über die deutsche Haltung in der Abrüstungsfrage schreiben wolle. Diese Anregung hatte mir Wilhelm Cornides²⁰⁶ gegeben. Cornides war auch ein großartiger Mann, den ich sehr verehrt habe. Er war der Gründer des Europa-Archivs (EA), das noch heute erscheint, und der Gründer der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP). Er war damals, als ich als Student in Bonn war, Direktor des wissenschaftlichen Instituts der DGAP. Ich habe, um ein wenig Geld zu verdienen und etwas zu lernen, bei der DGAP gearbeitet. Mein Job war zunächst das Edieren von Publikationen. Bei Hans Adolf Jacobsen hatte ich das ja für das KTB vorher schon praktiziert. Für eine Reihe von Büchern, die die DGAP herausbrachte, habe ich die Korrektur lesen und die Erstellung der Sach- und Personenverzeichnisse besorgt. Irgendwann kam

206 | Wilhelm Cornides (1920–1966), deutscher Publizist, 1955 Mitbegründer der DGAP, 1955–1966 deren stellvertretender Präsident.

Cornides auf mich zu und fragte, ob ich nicht in einer der Studiengruppen Protokoll führen könne. Es gab zwei Studiengruppen: Eine befasste sich mit *Arms Control*, Abrüstung sowie verteidigungs- und sicherheitspolitischen Fragen, die andere mit Ost-West-Beziehungen. Eine Gruppe wurde von Ulrich Scheuner, einem bedeutenden Völkerrechtler, geleitet, der an der Universität Bonn lehrte. Er war der Vater der Verfassung von Zypern und von weiteren kleineren Staaten und hat auch ein Lehrbuch des Völkerrechts geschrieben.

Die andere Gruppe wurde von Fritz Erler,²⁰⁷ der ein bedeutender SPD-Politiker war, geleitet. Fritz Erler starb sehr früh und Karl Mommer,²⁰⁸ späterer Europaabgeordneter, wurde sein Nachfolger.

Ich habe lange Zeit die Sicherheits-Studiengruppe betreut. Die Gespräche wurden auf Band aufgenommen und hinterher musste ein resümierendes Protokoll für die Teilnehmer angefertigt werden, was meine Arbeit war. Das war wichtig für mich, weil ich dort gelernt habe, mit diesen Stoffen umzugehen und diese auf Papier zu bringen.

Cornides verstarb leider auch sehr früh – zur gleichen Zeit wie mein Vater, Anfang 1966. Ich dachte mir damals, dass ich gleich fast auf einen Schlag zwei Väter verloren habe. Cornides hat mir sehr viel bedeutet. Er hat mich angehalten und dazu angeregt, bestimmte Dinge zu tun, wie auch meine Arbeit über die deutsche Haltung in der Abrüstungsfrage, weil er meinte, dass dort viel Potential gegeben sei und weil es auch mit der deutschen Frage zusammenhänge.

Er hat mir geraten, zu Bracher zu gehen und ihm dieses Thema vorzuschlagen, was ich natürlich auch gemacht habe. Ich hatte dann ein ausführliches Gespräch mit Bracher, in dem er mir seine Einwilligung gab. Er sagte mir aber, dass ich mit Cornides Kontakt halten solle, da bei ihm viel Material und Dokumente lagen, u.a. im Zeitungsarchiv der DGAP. In erster Linie ging es um die *Eighteen Nations Disarmament Conference* in Genf während der 1950er Jahre.

207 | Fritz Erler (1913–1967), deutscher Politiker der SPD, 1949–1967 Mitglied des Deutschen Bundestages, 1963–1966 Fraktionsvorsitzender seiner Partei im Bundestag.

208 | Karl Mommer (1910–1990), deutscher Politiker der SPD, 1949–1969 Mitglied des Deutschen Bundestages, 1957–1966 Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Bundestag.

Über die Abrüstungsfrage versuchten alle Seiten ihre deutschlandpolitischen Vorstellungen zu verwirklichen. Die Alliierten, die aber natürlich unter dem Druck der deutschen Seite standen, soweit dieser überhaupt wirkte, bemühten sich, die Abrüstungsfrage offen zu halten. Die Russen versuchten natürlich den Status quo zu zementieren. Diese Problematik spielte eine Rolle. Es ging darum, diese Problematik anhand dieser Dokumentationen und der Debatten, die im Bundestag und den Parlamenten der Alliierten stattfanden, darzustellen.

Ich hätte diese Doktorarbeit wahrscheinlich nicht in der Zeit fertig stellen können, wenn ich nicht einen weiteren großartigen Menschen gehabt hätte, der sich meiner annahm, nachdem mein Vater gestorben war. Das war Heinrich Kronstein,²⁰⁹ ein deutscher Jude, der während der Nazizeit nach Amerika emigriert war. In Hessen hat er in der unmittelbaren Nachkriegszeit eine große Rolle gespielt. Er war Frankfurter. Mit Franz Böhm²¹⁰ und Heinrich von Brentano hat er die neue Verfassung von Hessen ausgearbeitet. Kronstein war einer von diesen Leuten, die große Erfahrung hatten, klug waren und eine wissenschaftliche Karriere schon hinter sich hatten. Das waren ideale Berater von politisch verantwortlichen Leuten. Kronstein hat seine Beratung immer eingebracht – sowohl in Washington als auch in Deutschland.

Er hatte ein Institut in Frankfurt und eines in Washington, er war ein halbes Jahr hier, ein halbes Jahr dort. In Frankfurt wie auch in Washington hatte er Partner. Kronstein hat Schule gemacht. Es gibt Rechtsprofessoren, vor allem Wirtschaftsrechtler, die sich als seine Schüler bezeichnen, z. B. Kurt Biedenkopf, Ernst Mestmaecker²¹¹ oder Meinhard Miegel.²¹² Eine ganze Reihe von Leuten dieser Art haben dann in den Universitäten, aber auch darüber hinaus in der damals sich ja noch im Aufbau befindlichen Bundesrepublik eine bedeutende Rolle gespielt.

209 | *Heinrich Kronstein (1897–1972), deutsch-amerikanischer Rechtswissenschaftler, Professor an der Georgetown University und der Universität Frankfurt/Main.*

210 | *Franz Böhm (1895–1977), deutscher Politiker der CDU, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftler, 1953–1965 Mitglied des Deutschen Bundestages.*

211 | *Ernst-Joachim Mestmaecker (geb. 1926), deutscher Rechtswissenschaftler, 1979–1994 Direktor des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Privatrecht in Hamburg.*

212 | *Meinhard Miegel (geb. 1939), deutscher Sozialwissenschaftler, 1992–1998 Professor an der Universität Leipzig.*

Heinrich Kronstein ließ mich damals von Bonn zu sich nach Frankfurt kommen und hat mir gesagt: „Thomas, dein Vater ist jetzt nicht mehr da, du schreibst mir regelmäßig einen Brief oder einen Bericht über die Fortschritte deiner Arbeit an deiner Dissertation. Ich werde diesen Bericht kommentieren und dir Fragen stellen.“ Auf diesem Wege bin ich dann weitergekommen. Kronstein war eine charismatische Figur, ein starker Typ. Ich habe noch heute den Aktenordner mit meinen Berichten in Form von Briefen, die ich ihm schickte. Er hat mir regelmäßig und ziemlich ausführlich zurück geschrieben und mir geraten, bestimmte weitere Fragen zu stellen usw. Im Grunde ist meine Doktorarbeit aus der Redaktion des Materials, das in diesem Briefwechsel angewachsen ist, entstanden. Dafür bin ich Kronstein nach wie vor sehr dankbar.

Nachdem die Doktorarbeit geschrieben war, wartete ich auf das Rigorosum und die Publikation. Ich konnte mich „Doktor designatus“ nennen. Wie der Zufall so spielte, wurde ich eines Tages zusammen mit meiner Frau und meiner Mutter bei Alois Mertes²¹³ eingeladen. Alois Mertes wohnte in Godesberg und war damals noch im AA tätig. Bei ihm habe ich Hans Buchheim²¹⁴ kennengelernt, der gerade – ohne sich habilitiert zu haben – nach Mainz berufen worden war. Er war als Kenner der NS-Zeit ausgewiesen und hat wichtige Bücher über totalitäre Herrschaft und die Organisation des SS-Staats geschrieben. Er war der Sohn von Karl Buchheim,²¹⁵ der viel über Parteien gearbeitet hat. Karl Buchheim hat ein wichtiges Buch über die Parteien der Weimarer Zeit und der unmittelbaren Nachkriegszeit verfasst.

Hans Buchheim war eigentlich Althistoriker und ist über die Befassung mit dem Dritten Reich zur Politik gekommen. Er war im Münchener Institut für Zeitgeschichte tätig. Mertes sagte, mehr spaßeshalber glaube ich, zu Buchheim: „Sie brauchen noch einen Assistenten, wenn Sie Professor werden. Wie wäre es, wenn Sie Thomas Jansen mitnehmen würden? Er ist gerade dabei, zu promovieren.“ Dann hat Buchheim gesagt, dass wir darüber reden sollten und ich ihn besuchen sollte. Wir

213 | Alois Mertes (1921–1985), deutscher Politiker der CDU, 1972–1985 Mitglied des Deutschen Bundestages, 1982–1985 Staatsminister im AA.

214 | Hans Buchheim (geb. 1922), deutscher Politikwissenschaftler, 1966–1990 Professor an der Universität Mainz.

215 | Karl Buchheim (1889–1982), deutscher Geschichtswissenschaftler und Politiker der CDU, Professor an der Technischen Universität München.

haben uns sehr gut verstanden. Er war ein kauziger, philosophisch interessierter Mensch, der auch eine interessante Theorie der Politik geschrieben hat. Er hat immer gesagt: Ich schreibe kein Buch, ich schreibe keine Bücher. Ich entwickle Theorien. Das war seine Redensart. Er interessierte sich auch sehr für aktuelle Sachen. Kanzler Kiesinger hat ihn z. B. engagiert, um seine Rolle im Dritten Reich aufzuarbeiten und von einem Wissenschaftler eine Beurteilung zu erhalten.

In der DDR, bei der Staatssicherheit hieß es ja, dass Kiesinger ein Nationalsozialist sei.

Ja, Kiesinger stand unter Verdacht, da er Justizbeamter im Dritten Reich war, Mitglied einer der NS-Organisationen gewesen zu sein. Über die Tätigkeit der Aufarbeitung der Rolle Kiesingers im Dritten Reich hinaus, hat Buchheim dann weitere Aufgaben im Kanzleramt übernommen. Er hat z. B. wichtige Studien über die Richtlinienkompetenz in der Verfassungswirklichkeit erstellt und eine wichtige Arbeit über das Zustandekommen und die Praktizierung des Saar-Abkommens verfasst. Buchheim war ein interessanter Mann, der inzwischen natürlich mit seinen über 80 Jahren längst emeritiert ist.

Sagen Sie bitte noch etwas zu den Ergebnissen Ihrer Dissertation über Abrüstungsfragen und deutsche Außenpolitik. Was waren Ihre Theorien und die Thesen?

Der Titel der Dissertation lautete „Abrüstung und Deutschland-Frage“.²¹⁶ Es ging um die deutsche Haltung in der Abrüstungsfrage von 1954 bis 1958. Es handelte sich um eine historisch-politikwissenschaftliche Arbeit, die schilderte, wie die Abrüstungsverhandlungen verliefen und welche Haltung die Deutschen an den Tag legten. Es ging auch um die Frage, warum sich die Bundesregierung darauf eingelassen hat, die Alliierten als Anwälte der Deutschen bei den Abrüstungsverhandlungen fungieren zu lassen. Die Deutschen saßen ja bei den Abrüstungsverhandlungen nicht mit am Tisch. Es bestand daher immer die Gefahr, dass die Alliierten, die von der Bundesregierung immer als unsichere Kantonisten betrachtet wurden, vergessen, die Interessen der Deutschen zu wahren. Vor allem die Amerikaner, aber auch die Engländer

216 | *Thomas Jansen: Abrüstung und Deutschland-Frage. Die Abrüstungsfrage als Problem der deutschen Außenpolitik. Mainz 1968.*

und die Franzosen standen unter diesem Verdacht. Ich bin dann diesen Aspekten im Einzelnen nachgegangen und habe mit Hilfe der Dokumente der deutschen Bundesregierung, soweit sie vorhanden waren, alles zu erklären versucht. Ich hatte damals zwar keinen Archivzugang, habe aber trotzdem feststellen können, dass dieser Komplex im Grunde auch mit Hilfe öffentlicher Quellen dargestellt werden kann. Ich habe Interviews mit Leuten, die in Bonn im AA und im Verteidigungsministerium zuständig waren und die Geschichte bzw. Entwicklung der deutschen Haltung kannten, geführt.

Waren die Alliierten unsichere Kantonisten?

Ja, es war wohl so, dass man vor allem die Engländer gelegentlich daran erinnern musste, sich solidarischer zu verhalten.

Montgomery²¹⁷ hat 1955 als stellvertretender NATO-Oberbefehlshaber die Neutralisierung Deutschlands vorgeschlagen. Adenauer ist wegen dieser Initiative fast wahnsinnig geworden.

Es gab diese Tendenzen natürlich, vor allem in der westlichen Öffentlichkeit, z. B. in Zeitschriften von Experten geäußert. Es gab den Rapacki-Plan 1957.²¹⁸

Und den Radford-Plan 1956.²¹⁹

Das alles ging in Richtung Neutralisierung. Eine Entwicklung in diese Richtung wollte die Bundesregierung nicht.

Ein atomwaffenfreies Deutschland war nicht im Sinne der Bundesrepublik Deutschland?

217 | *Bernard Law Montgomery (1887–1976), britischer General, 1951–1958 stellvertretender NATO-Oberbefehlshaber.*

218 | *Erste Fassung eines Plans des polnischen Außenministers Adam Rapacki (1909–1970) vom Oktober 1957 über eine begrenzte Demilitarisierung in Mitteleuropa und die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone, die die Volksrepublik Polen, die Bundesrepublik Deutschland und die DDR einschloss.*

219 | *Plan des amerikanischen Stabschefs Admiral Arthur W. Radford (1896–1973) von 1956 zur Reduzierung der konventionellen US-Streitkräfte in Europa bei einer gleichzeitig stattfindenden Aufrüstung auf dem Gebiet der atomaren Waffen.*

Genau, das war nicht im Sinne der Bundesrepublik, denn es wäre eine manifeste Garantie des Status quo in Bezug auf die deutsche Teilung gewesen.

Bracher, der hoffentlich noch lange leben wird, wird in die Wissenschaftsgeschichte als Begründer einer deutschen Zeitgeschichtsschreibung eingehen, die nicht nur Geschichtsschreibung, sondern auch Politikwissenschaft ist. Es ist also eine Mischung. Wie haben Sie diese als junger Dissertant erlebt?

Bracher kam ja aus Berlin und es war uns schon klar, dass er ein ganz bedeutender Mann war. Er brachte eine großartige Publikation über die Weimarer Demokratie mit. Wir hatten das Gefühl und Bewusstsein bei einem bedeutenden Politikwissenschaftler und Historiker zu studieren, der auch aus der Alten Geschichte kam. Bracher hat über Antonius und Caesar geschrieben, über die Schlacht bei Actium.

Ich habe ihm zu seinem 80. Geburtstag geschrieben. Er hat mir eine Karte zurückgeschickt und seine Freude ausgedrückt, dass ein früherer Schüler sich bei ihm meldet. In Bonn am Institut für Politische Wissenschaft am Hofgarten waren Bracher und Hans Adolf Jacobsen und die Assistenten Knütter²²⁰ und Niclaß.²²¹ Bracher, der aus Berlin kam, galt als rot. „Der rote Bracher“ hieß er damals. Dieses rot ist mit der Zeit immer blasser geworden, denn heute ist er – politisch jedenfalls – ein konservativer Herr. Knütter war konservativ, später nahm er rechte Positionen ein. Bracher hat vor allem durch die 68er-Bewegung viel von seinen früheren linken Sympathien verloren. Bracher war ein wirklich sehr angenehmer Mensch und Lehrer.

Dürfen wir Sie noch bitten, etwas zu Voegelin zu sagen?

An Voegelin habe ich keine präzisen Erinnerungen mehr, da ich ihn auch nur als Vorlesenden erlebt habe. Ihm ging natürlich auch ein großer Ruf voraus, dass er stark theorieorientiert sei. Er las über Platon. Er hat auch Bücher über die alte politische Theorie geschrieben. Ansonsten habe ich keine weiteren starken Erinnerungen mehr an ihn. Als

220 | Hans-Helmuth Knütter (geb. 1934), deutscher Politikwissenschaftler, 1972–1997 Professor an der Universität Bonn.

221 | Karlheinz Niclaß (geb. 1937), deutscher Politikwissenschaftler, 1980–2002 Professor an der Universität Bonn.

Person war er ein fortgeschrittenes Semester, ein Mann von altem Stil. Er kam aus Amerika und trat dann aber nicht, wie man es vielleicht hätte erwarten können, wie ein Amerikaner auf, sondern eher wie ein altösterreichischer Herr.

Was können Sie zu Max Braubach, der über Prinz Eugen, den edlen Ritter, eine Biographie geschrieben hat, sagen?²²²

Braubach war ein unheimlich produktiver Mann. Er hat vor allem über das 17. und 18. Jahrhundert gearbeitet. Die Biographie von Prinz Eugen ist ein berühmtes Buch von ihm. Er hat über Preußen und über Österreich gearbeitet. Bevor mir Cornides den Hinweis gab, mit dem ich dann zu Bracher kam, war ich bei Braubach, der ja der Doktorvater meines Vaters war. Ich habe zu ihm gesagt: „Herr Professor, ich würde gerne bei Ihnen promovieren.“ Daraufhin hat er mich gefragt: „Woran haben Sie denn gedacht?“ „Ich folge gerne Ihren Vorschlägen,“ war meine Antwort. Braubach schlug mir dann vor, eine Arbeit über das Wahlverhalten im Wahlkreis Kleve während der Weimarer Zeit zu schreiben. Das war ein Forschungsprojekt, das er verfolgte. Er hatte eine ganze Reihe von Studenten auf solche Wahlkreisuntersuchungen angesetzt. Ich wollte aber eigentlich gerne über den Separatismus in der Pfalz in den 1920er Jahren schreiben, woraufhin er erwiderte, dass das nicht so interessant sei und es keine Quellen gebe: „Das würde ich Ihnen nicht empfehlen, machen Sie doch lieber die Arbeit über Kleve.“ Dann war ich ein wenig desillusioniert, weil mir das Thema gar nicht gefallen hat und ich mit dem Thema nichts anfangen konnte. Danach bin ich erst zu Cornides gegangen und habe gefragt: „Können Sie mir etwas raten?“ Daraufhin kam dann das Abrüstungsthema ins Spiel.

Braubach war sein ganzes Leben lang in Bonn und hat auch dort angefangen. Als ganz junger Mann, ich glaube schon mit 24 Jahren, ist er Mitte der 1920er Jahre habilitiert worden. Er hat Generationen von Bonner Geschichtsstudenten ausgebildet bzw. ihnen seine Geschichte vermittelt. Wie bereits erwähnt, war seine Schwerpunkte Preußen und Österreich im 17. und 18. Jahrhundert. Er hat aber auch zu neueren Themen gearbeitet, z. B. über den Widerstand im Dritten Reich. Braubach war ein Mann, der handwerklich außerordentlich sauber arbeitete, viel Archivarbeit leistete, d. h. die Dokumente und Quellen aus den

222 | *Max Braubach: Prinz Eugen von Savoyen. Eine Biographie. Bd. 1–5. Wien 1963–1965.*

Archiven holte, und diese dann verarbeitete. Was er schriftlich wie auch mündlich darlegte, war sehr lebendig. Seine Vorlesungen waren immer sehr interessant, weil er ein guter Erzähler war. Auch all seine Bücher, nicht nur das über Prinz Eugen, sondern auch seine Geschichte der österreichisch-preußischen Beziehungen sind sehr gut zu lesen. Er war eine eindrucksvolle Figur, die in Bonn natürlich eine große Rolle spielte und auch bei formalen Gelegenheiten sehr präsent war. Braubach war einer der „akademischen Fürsten“.

Hans Adolf Jacobsen haben Sie erwähnt, der auch bekannt ist, weil er über Volkstumsarbeit geforscht hat. Er hat eine große Arbeit über den VDA, den Verband für das Deutschtum im Ausland, verfasst. Was können Sie noch zu Rainer Mario Lepsius sagen?

Zu Hans Adolf Jacobsen hatte ich ein ziemlich enges Verhältnis, weil ich mit ihm sozusagen ehrenamtlich zusammengearbeitet habe. Ich bin zum Arbeiten häufig zu ihm nach Hause gefahren. Er wohnte am Rande von Bonn, wo er ein kleines Häuschen mit seiner Frau bewohnte. Die Arbeit vollzog sich dann so, dass entweder er oder ich aus dem Manuskript vorlas und der andere verglich. Vorher hatten wir schon Namen oder Sachwörter im Manuskript angestrichen, die in die Verzeichnisse aufgenommen werden sollten.

Jacobsen war ein sehr direkter Typ, mit dem man sehr gut umgehen konnte. Er kam auch gut bei den Studenten an. Er war der Nachfolger von Cornides als Direktor des Forschungsinstituts der Gesellschaft für Auswärtige Politik. Er hat dort auch sehr viel über militärgeschichtliche Dinge oder die damals aktuellen strategischen und militärpolitischen Fragen gearbeitet. Jacobsen spielte natürlich eine Rolle im Europa-Archiv, dem Hausorgan der DGAP. Er war sehr stark evangelisch geprägt und in der Kirche engagiert. Ich glaube, er war auch in einem der Vertriebenenverbände aktiv, weil er aus Ostpreußen oder Schlesien stammte.

Lepsius haben Sie als Assistenten des Soziologen Emerich K. Francis in München kennengelernt?

Ja, Lepsius hat mich sehr fasziniert. Er war ein genialischer Typ, der auch in Amerika war. Er vermittelte eine Art von erzählender Soziologie, die sehr stark auf Beobachtung aus war und darstellte, wie sich die Dinge verhielten. Daraus zog er ganz interessante Ableitungen.

Es gibt noch eine Station, die ganz wichtig ist: Mainz. Dort haben Sie Werner Weidenfeld²²³ kennengelernt, einen Mann, der die deutsche Politikwissenschaft bis heute ganz maßgeblich mitgeprägt hat. Er ist Europaexperte und für die transatlantischen Beziehungen eine ausgewiesene Koryphäe. Er war auch „Amerika-Beauftragter“ der Bundesregierung. Können Sie etwas über ihn erzählen?

Werner Weidenfeld ist ein guter Freund. Ich habe ihn entdeckt. Weidenfeld ist ja jünger als ich, Jahrgang 1947, glaube ich. Ich war 1968 oder 1969 einmal bei einer Tagung der Friedrich-Naumann-Stiftung in Gummersbach, wo ich auf ihn aufmerksam geworden bin. Er fiel mir in der Diskussion auf, weil alles, was er sagte, Hand und Fuß hatte. Auch die Art und Weise, wie er die Dinge vermittelte, war sehr eindrucksvoll. Er war ja noch ein sehr junger Knabe damals und noch nicht promoviert. Er hatte aber schon ein Buch über Gustav Stresemann veröffentlicht.²²⁴ Wir haben uns dann kennengelernt.

Ich habe schließlich Hans Buchheim vorgeschlagen, als ich von Mainz nach Bonn ging, sich diesen jungen Mann einmal anzuschauen. Weidenfeld ist dann mein Nachfolger als Assistent am Institut für Politische Wissenschaft in Mainz geworden. Von dieser Zeit an haben wir immer einen sehr engen Kontakt gepflegt. Er stammte aus Koblenz und kam dann nach Mainz. Weidenfeld war wie ich auch politisch sehr in der JU Rheinland-Pfalz engagiert. Wir haben zusammen eine ganze Menge gemacht. Es gab den Arbeitskreis der JU „Deutschland- und Europapolitik“, wo Werner Weidenfeld, Horst Teltschik und ich die drei Macher waren. Ich war der Vorsitzende und die beiden waren die *eggheads*, die die Ideen einbrachten. Diese Arbeit hat uns in der CDU, auch bei dem großen Meister, Helmut Kohl, nicht nur Freunde verschafft. Wir waren natürlich unserer Zeit voraus. Es war eine schöne Zeit, in der wir sehr gut zusammengespield haben. Weidenfeld ist dann in die Nähe Kohls geraten und hat lange mit Kohl zusammengearbeitet und ihn beraten. Ich war innerparteilich auf der Gegenseite, bei Rainer Barzel. Kohl und Barzel waren ja damals die beiden Antipoden in der CDU. Beide wollten dasselbe werden: Vorsitzender und Kanzlerkandidat der CDU. In einem ersten Anlauf hat sich Rainer Barzel durchgesetzt. Das

223 | Werner Weidenfeld (geb. 1947), deutscher Politikwissenschaftler, 1975–1995 Professor an der Universität Mainz und Direktor des Centrums für Außenpolitik (CAP) in München.

224 | Werner Weidenfeld: *Die Englandpolitik Gustav Stresemanns. Theoretische und praktische Aspekte der Außenpolitik.* Mainz 1972.

Verhältnis zwischen Barzel und Kohl war nicht gut. Beide hielten sich gegenseitig für nicht fähig, das Amt auszuüben. Werner Weidenfeld und ich dagegen waren gute Freunde und haben die Situation auch stets besprochen. Wir haben auch immer überlegt, was man tun konnte, um die beiden Herren zu versöhnen. Es sind aber letztlich keine besonderen Initiativen daraus entstanden. Dass wir da waren, hat vielleicht Schlimmeres verhütet.

Mit Werner Weidenfeld habe ich dann auch in der weiteren Folge, als ich Generalsekretär der Europa-Union war, zusammengearbeitet. Bei der Europa-Union hatte ich ein Büro, das an das von Wolfgang Wessels²²⁵ angrenzte. Wir haben dort viel zusammen gemacht, z. B. haben wir auch das *Jahrbuch für Europäische Integration* auf den Weg gebracht und – gemeinsam mit Heinrich Schneider²²⁶ – die Zeitschrift *Integration* gegründet.

Eine hochkarätige Zeitschrift!

Diese Zeitschrift gibt es immer noch und entwickelt sich weiterhin. Ich bin im redaktionellen Beirat und der Redaktion. Ich habe einen Termin im Jahr, den ich nie vernachlässige bzw. schwänze: Das ist die Sitzung des Kuratoriums des Instituts für Europäische Politik in Berlin. Für mich war das immer wichtig. Das war mein Zugang bzw. meine Verbindung zur Politikwissenschaft, vor allem auch während der langen Zeit, in der ich in der praktischen Politik tätig war. Im Institut für Europäische Politik im Direktorium und im Vorstand kommen sehr viele Europawissenschaftler aus den verschiedenen Fachbereichen zusammen und es finden immer sehr interessante Diskussionen, anregende Debatten und spannende Vorträge statt.

Das Institut für Europäische Politik ist nur leider zu wenig historisch, aber sehr stark politikwissenschaftlich geprägt. Die Beiträge sind aber trotzdem ganz zentral.

Seit Anfang der 1980er Jahre haben Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels im Auftrag des Instituts für Europäische Politik auch das schon

225 | Wolfgang Wessels (geb. 1948), deutscher Politikwissenschaftler, seit 1994 Professor an der Universität zu Köln.

226 | Heinrich Schneider (geb. 1929), deutscher Politikwissenschaftler, 1968–1991 Professor an der Universität Wien.

erwähnte *Jahrbuch der Europäischen Integration* herausgegeben sowie auch das „Taschenbuch der Europäischen Integration. Europa von A bis Z“.²²⁷ Bei diesen Projekten habe ich auch immer mitgemischt, z. B. etwas geschrieben. Mit Weidenfeld besteht, wie gesagt, eine ganz alte Freundschaft, die über die verschiedenen Ups and Downs hinweg gehalten hat. Das gilt auch für Wessels. Wir bleiben in Kontakt.

Bevor wir zu Walter Hallstein kommen, haben wir noch eine Zwischenfrage, die sich auf das Jahr 1968 bezieht. Hat das Jahr 1968 bzw. haben die Jahre vor oder nach 1968 auch für Sie eine Politisierung bedeutet?

Sie meinen die Studentenrevolte? Ich war zu dieser Zeit in Mainz als Assistentenvertreter Mitglied des Senats. Dort habe ich eine Menge von dem, was in der Universitätspolitik lief, mitbekommen. Mainz war eine „Insel der Seeligen“. Ab und zu kamen zwar ein paar Chaoten aus Frankfurt herüber und haben versucht, „Remmidemmi“ zu machen. Sie haben aber auf die Masse unserer Studenten keinen besonderen Eindruck gemacht. Es gab ein paar Sit-ins oder ähnliche Veranstaltungen, auch im Mainzer Audimax. Aber, wie gesagt, wurden diese nicht von den Mainzer, sondern im Wesentlichen von den Frankfurter Studenten bestimmt. Sie versuchten, Mainz entsprechend zu „kolonialisieren“, was ihnen aber letztlich nicht gelungen ist. Ich erinnere mich nur an einen Professor, der sichtbar unter der Studentenrevolte litt. Das war der Philosoph Gerhard Funke.²²⁸ Insgesamt aber hat diese Geschichte auf mich keinen besonderen Eindruck gemacht. Ich fand es läppisch und bizarr, was sich abspielte. Natürlich war ich auch sehr weit weg und lebte, wie gesagt auf einer „Insel der Seeligen“. Vielleicht habe ich das, was damals geschah, nicht ernst genug genommen.

Wenn ich noch ergänzen darf: Außer Buchheim war noch ein weiterer wichtiger Politikwissenschaftler in Mainz. Das war Manfred Hättich,²²⁹ der später Leiter bzw. Direktor der Politischen Akademie in Tutzing war.

227 | Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hg.): *Taschenbuch der europäischen Integration. Europa von A bis Z*. Baden Baden 2012.

228 | Gerhard Funke (1914–2006), deutscher Philosoph, 1959 Professor an der Universität Mainz.

229 | Manfred Hättich (1925–2003), deutscher Politikwissenschaftler, 1965–1970 Professor an der Universität Mainz, 1970–1993 Professor an der Universität München und Direktor der Akademie für Politische Bildung in Tutzing.

Die Frage stellt sich vor dem Hintergrund, weil manche Lehrer und Professoren 1968 und in den folgenden Jahren furchtbare, traumatische Erlebnisse hatten. Selbst der Papst ist von dieser Zeit, von seinen Erlebnissen in Tübingen, traumatisiert. Joseph Ratzinger, der heutige Papst Benedikt XVI., galt vorher als progressiv, aufgeschlossen und fortschrittlich. Auch der Kölner Professor Andreas Hillgruber,²³⁰ der schon seit mehr als 20 Jahren tot ist, hat ebenso unter den Erlebnissen des Jahres 1968 gelitten und keine Vorlesungen mehr halten können. Es war für viele nicht einfach, mit dieser neuen Form von Diskussion und Repression umzugehen. Für Sie war diese Zeit läppisch? Waren das Erfahrungen am Rande? Und war das an der ganzen Universität bzw. in Ihrer Fakultät der Fall?

Nach meiner Erinnerung waren unsere Studenten der Politikwissenschaft dagegen immun.

Woran lag das? Wie können Sie sich das erklären?

Unsere Studenten waren politisch gebildet. Das ist meine Erklärung. Sie waren informiert. Bei uns hat es keine Rolle gespielt. Ich habe bereits den Philosophen Funke erwähnt, der diese neue Art von Diskussion und Selbstbewusstsein nicht hat ertragen können. Insgesamt hat man das aber, nach meiner Erinnerung, an der Universität in Mainz nicht als großes Problem wahrgenommen. Man hat nach Frankfurt geschaut und gesagt: Was ist denn da los? Das ist ja schrecklich. Obgleich der 68er Geist nicht übergeschwappt ist. Es gab lediglich verschiedene Wellen und verschiedene Veranstaltungen.

Sie waren Referent für Europapolitik der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag und Assistent von Walter Hallstein in den Jahren 1970/71. Könnten Sie uns schildern, wie Sie den Weg zu Hallstein gefunden haben und am Abschluss eine Charakterisierung vornehmen?

Ich war in der Europa-Union und im Europäisch-Föderalistischen Studentenverband schon engagiert. 1969, während meiner Zeit in Mainz wurde ich vom damaligen Generalsekretär der Europa-Union, Gerhard

230 | Andreas Hillgruber (1925–1989), deutscher Geschichtswissenschaftler, 1972–1989 Professor an der Universität zu Köln.

Eickhorn,²³¹ der gleichzeitig auch Generalsekretär des Deutschen Rats der Europäischen Bewegung war, gefragt, ob ich als Experte in der deutschen Delegation der Europäischen Bewegung mit nach Dublin zu einer Konferenz über die Erweiterung der EG fahren wolle. Irland beabsichtigte, wie auch Großbritannien, Mitglied der Gemeinschaft zu werden. Ich habe dieses Angebot sehr gerne angenommen. Das war insgesamt eine gute und interessante Konferenz, die international bestückt war. Die Konferenz fand im irischen Parlament statt und Hallstein war damals Präsident der IEB. Er war der Veranstalter der Konferenz, der über diesem Treffen schwebte und natürlich auch selbst referierte. Er spielte eine wesentliche Rolle. Ich lernte ihn dort kennen. Er kannte natürlich meinen Vater aus der Zeit, als der Diplomat war. Mein Vater war als Diplomat auch europapolitisch sehr stark tätig. In seiner Position als Leiter der politischen Abteilung war er für den Bereich Westeuropa und europäische Integration zuständig. Da Hallstein meinen Vater kannte, war der Einstieg für mich relativ leicht. Als ich dann in Mainz zurück war, habe ich ihm mein jüngstes Produkt, was ich damals auf dem Tisch hatte, eine Ausarbeitung über das Problem des Atomwaffensperrvertrags, zukommen lassen. Insbesondere die deutsche Haltung zum Atomwaffensperrvertrag war in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre ein politisch hochsensibles Thema. Diese Abhandlung war eine Auftragsarbeit für die Zeitschrift *Aus Politik und Zeitgeschichte*, die eine Beilage der Zeitschrift *Das Parlament* ist.

Nachdem ich meine Arbeit der Redaktion abgeliefert hatte, erhielt ich zum ersten Mal ein Honorar. Ein Honorar für etwas, was dann letztlich doch nicht zum Zuge gekommen ist. Sie haben mir 500 DM geschickt, was zur damaligen Zeit unheimlich viel Geld war, und mir dann mitgeteilt, dass sie meine Arbeit leider aus politischen Gründen nicht veröffentlichen können.

Ich habe in dieser Arbeit Thesen vertreten, die nicht in das Bild der Obersten der Bundeszentrale für Politische Bildung der Bundesrepublik Deutschland passten. Diese Arbeit habe ich dann Hallstein geschickt, weil ich aus Dublin wusste, dass er sich wie fast alle damals für das Thema Atomwaffensperrvertrag interessierte. Das Ergebnis war, dass ich nicht nur ein „Dankeschön“ erhielt, sondern er mich auch anrief und

231 | Gerhard Eickhorn (unbekannt), 1970–1991 Generalsekretär der Europa-Union Deutschland.

fragte: „Wie wäre es, wenn Sie zu mir nach Bonn kämen?“ Das geschah nach der Bundestagswahl, bei der er zum ersten und einzigen Mal zum Abgeordneten gewählt worden war, nach seiner Zeit als Präsident der EWG-Kommission. Er teilte mir in diesem Telefongespräch mit, dass er beabsichtige, einen Arbeitskreis Europapolitik in der CDU/CSU-Fraktion aufzubauen. Man hatte ihm dafür eine Assistentenstelle bewilligt. Ich habe natürlich sofort Ja gesagt. Ich hoffe, dass ich meine Frau vorher gefragt habe. Wir sind also nach Bonn gezogen und ich habe am 2. Januar 1970 bei der Fraktion als Assistent von Hallstein und auch als Sekretär bzw. Verantwortlicher der Fraktion für den Arbeitskreis Europapolitik angefangen. Hallstein leitete diesen Arbeitskreis und hatte noch zwei Co-Präsidenten. Einer war Carl Ludwig Wagner,²³² der spätere Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz. Wagner war für das EP und die eigentliche Integrationspolitik zuständig. Hallstein war für das Große und Ganze zuständig. Wagner war, bevor er Abgeordneter wurde, ein hoher Beamter im EP. Der Dritte im Bunde war Erik Blumenfeld, der in den 1950er Jahren Vorsitzender der CDU in Hamburg gewesen war und beinahe auch Regierender Bürgermeister geworden wäre. Blumenfeld war ein alter Fahrensmann im Parlament. Er war im Europarat sehr aktiv. Blumenfeld deckte den Europarat ab, Wagner die EWG und Hallstein Europa als Ganzes. Ich war der Assistent. Diese Arbeitsgruppe hatte eine bestimmte Aufgabe: Die Obleute der CDU/CSU-Fraktion in den einzelnen Politikbereichen bzw. aus den einzelnen Arbeitskreisen und Ausschüssen sollten zusammengefasst werden. Es sollten die europapolitischen Aspekte der Verkehrspolitik, der Landwirtschaftspolitik, der Außenpolitik und aller anderen Politikfelder zusammengeführt werden. Es sollte versucht werden, die europapolitische Position der Fraktion stimmig zu machen. Es war nämlich damals ein Problem, dass die „Landwirte“, die Außenpolitiker, die Verkehrspolitiker usw. alle keine aufeinander abgestimmte Europapolitik verfolgten. Dem sollte durch diesen Arbeitskreis Europa, durch diese „Querschnittsgruppe“ entgegengewirkt werden.

Ich saß bei Hallstein in einer kleinen Villa in der Nähe vom Bundeshaus, in der Ölbergstr. 3. Das war eine Villa, die, glaube ich, dem BDI oder einem der Industrieverbände, gehörte und Hallstein zur Verfügung gestellt worden war. Hallstein wohnte oben in dieser Villa, unten hatte er ein großes Büro im zentralen Raum in der Villa. Ich saß in einem Raum

232 | Carl Ludwig Wagner (1930–2012), deutscher Politiker der CDU, 1988–1991 rheinland-pfälzischer Ministerpräsident.

rechts von Hallsteins Büro und auf der anderen Seite hatte ein anderer Assistent, Christian Franck²³³, der leider schon verstorben ist, sein Büro. Wir haben dort unsere jeweiligen Aufgaben wahrgenommen, die uns von Hallstein zugewiesen waren.

Von Hallstein sagten mir alle, die früher mit ihm zusammengearbeitet hatten: „Um Gottes Willen, das ist ein schrecklicher Herr! Der wird Dir das Leben schwer machen. Da musst Du unheimlich viel arbeiten. Er verlangt wahnsinnig viel! Er ist überhaupt kein gnädiger Herr!“ So habe ich ihn nicht erlebt! Nun war er damals schon jenseits seiner Karriere, mehr konnte er nicht erreichen, als das, was er erreicht hatte. Er hat sich Franck und mir gegenüber als ein sehr netter, angenehmer, kollegialer Typ erwiesen, der als älterer Professor seinen Schülern gegenüber eine Verantwortung wahrzunehmen hatte und diese Schüler an die Aufgaben, die zu erledigen waren, heranführen wollte. Dass wir vom Betrieb der Fraktion abgetrennt waren, da wir ja in der Villa saßen, hat sich sehr günstig auf unser Verhältnis ausgewirkt. „Vater Hallstein“ nannten wir ihn. Das war ganz bezeichnend. So erschien er uns, meinem Kollegen Franck und mir, die wir ihm ganz nah waren. Wir haben für ihn auch Wahlkreisarbeit gemacht – Franck sehr viel mehr als ich. Hallsteins Problem als Politiker war, dass er nicht vorbereitet darauf war, Abgeordneter zu sein. Hallstein war ein Staatsmann, er war der Staatssekretär. Er griff zum Telefon und rief irgendjemanden an und dann wurde das eben so gemacht wie besprochen. Das war die Art, wie er Politik betrieb. Er war allerdings auch ein großer Redner mit einer ganz geschliffenen, präzisen Sprache. Sein Buch, das er damals gerade schrieb und bearbeitete, bei dem wir natürlich auch ein bisschen halfen, hieß in der ersten Fassung „Der unvollendete Bundesstaat“, dann später, in den folgenden Auflagen „Die Europäische Gemeinschaft“. In diesem Werk war die Summe seiner Erfahrungen aus der zehnjährigen Amtszeit als Präsident der EWG-Kommission enthalten. Hallstein war neben Jacques Delors bis heute der Einzige, der die Chance hatte, zehn Jahre lang die Funktion als Kommissionspräsident wahrzunehmen. Er ist eigentlich der Schöpfer der Kommission. Hallstein war sehr an Verwaltungsfragen interessiert, weil er ja auch Verwaltungswissenschaftler war. Als er 1958 in Brüssel anfang, war nichts da. Es musste alles erfunden werden. Darauf, wie die Kommission konstituiert und organisiert worden ist, hat Hallstein sehr starken Einfluss genommen. Er war aber ein einsamer

Mann, der nicht verheiratet war und keine Familie hatte. Es gab eine befreundete Familie, die sich besonders später, als er krank wurde, um ihn kümmerte. Das war die Familie Ritter, die er, soviel ich weiß, in Brüssel kennen gelernt hatte. Ein Sohn dieser Familie ist heute noch in Brüssel tätig. Das war Hallsteins Ersatzfamilie, in der es auch Kinder gab. Er war ein großer Pferdeliebhaber, hatte in seinem Büro auch Bilder von Pferden und von einem jungen Mädchen, das aus besagter Familie stammte. Sie war eine junge Reiterin. Das war seine Privatsphäre. Er hatte ein Haus in Himmerod, im Westerwald, wo er auch sein persönliches Archiv untergebracht hatte, das leider, nachdem er gestorben ist, praktisch in alle Winde verstreut worden ist. Ein mir bekannter Brüsseler und ehemaliger Kommissions-Beamter hat einen großen Teil von diesem Archiv retten können, indem er alles aufgekauft hat, was durch ein Antiquariat verschertelt wurde. Das ist ein trauriges Kapitel.

Was hat die KAS dazu gesagt? Hatte sie keine Möglichkeit einzugreifen?

Die KAS ist ja keine „Walter-Hallstein-Stiftung“. Damals war das Archivwesen auch noch nicht so weit entwickelt. Die Strukturen waren noch nicht vorhanden. Ich habe später von einem Kollegen vom Tod Christian Francks, der mit mir damals bei Hallstein Assistent war, erfahren und schrieb seiner Witwe, um zu kondolieren. Daraufhin rief sie mich an und fragte, ob ich einmal bei ihr in Frankfurt vorbeikommen könne: „Der Christian hat so viele Unterlagen von Hallstein, auch Tonbänder von seinen Auftritten, Reden, Manuskripte, alles Mögliche. Diese Sachen liegen bei uns im Keller. Ich weiß nicht, was ich damit machen soll. Schauen Sie sich das einmal an und sagen Sie mir, was ich damit machen soll!“ Ich bin dann dorthin gefahren und fand es schon bemerkenswert, was von Christian Franck gerettet worden war. Ich habe dann Dr. Reinhard Schreiner vom ACDP der KAS dorthin geschickt, um die Unterlagen abzuholen. Diese Sachen sind also bei der KAS gelandet. Es gibt wohl auch Sachen, die im Bundesarchiv in Koblenz angekommen sind, aber der Korpus hat sich aufgelöst.

Es gibt bis heute keine moderne Monographie über Walter Hallstein.

Das ist richtig. Es ist ein großes Manko. Ich habe lange mit Norbert Kohlhase,²³⁴ der in den 1950er Jahren eines der Mitglieder der Redak-

234 | Norbert Kohlhase (geb. 1927), deutscher Diplomat, 1959–1981 Mitarbeiter in der EWG- bzw. EG-Kommission.

tion des Europa-Archivs war und später für die Europäische Kommission tätig war, über dieses Thema gesprochen. Er war der Vertreter der Kommission in Athen. Norbert Kohlhase, ein Journalist, hatte als Publizist auch das Schreiben in den Genen. Er hat eine Menge aktueller Sachen publiziert. Kohlhase hat der Kommission einmal den Vorschlag gemacht, ihn zu beauftragen, die Biographie von Hallstein zu schreiben. Er wollte dafür frei gestellt werden, weil es natürlich anders nicht gegangen wäre. Er wollte natürlich auch Zugang zu den Archiven haben. Aus irgendeinem bürokratischen Grund ist daraus nichts geworden. Es hatte wohl schon eine Zusage gegeben, doch dann gab es irgendwelche Streitereien, Eifersüchteleien, die dazu geführt haben, dass er dieses Projekt nicht weiter betrieben hat.

Kohlhase hat mir das im Zusammenhang mit der Publikation „Walter Hallstein. Der vergessene Europäer?“²³⁵ erzählt, die wir damals im Europa-Union-Verlag veröffentlicht haben.

Diese Publikation ist auch auf Englisch erschienen?

Ja, sie ist später auch in Englisch mit einem Vorwort von Jacques Santer erschienen. Dieses Buch war der Versuch, die verschiedenen Aspekte der Biographie von Walter Hallstein zusammenzubringen. Da wurden natürlich die Leute, die mit ihm zu tun hatten, auch Wissenschaftler, denn er war ja auch Wissenschaftler, und die, die sich für seine Person und für seine Zeit interessierten, in einer Reihe von Tagungen, auf denen man diskutiert hat, wie man das Projekt anlegt, zusammengeführt. Danach wurden die Aufgaben verteilt. Die geschriebenen Texte wurden auch wieder diskutiert. Aus diesen Aktivitäten ist das Buch entstanden. Ich habe über Hallstein nach seiner Kommissions-Präsidenschaft geschrieben. So hatte jeder einen Abschnitt. Ich habe natürlich diesen Abschnitt gehabt, weil es um meine Erfahrungen mit Hallstein in dieser Zeit ging. Dieses Buch ist eigentlich das einzige, was vorliegt und als mehr oder weniger geschlossenes biographisches Werk bezeichnet werden kann. Es gibt noch ein kleines Büchlein von Theo M. Loch²³⁶ über Hallstein.²³⁷ Loch war Chefredakteur des Westdeutschen

235 | Wilfried Loth (Hg.): *Walter Hallstein. Der vergessene Europäer?* Bonn 1995.

236 | Theo M. Loch (1921–1987), deutscher Journalist, 1977–1983 Chefredakteur des WDR.

237 | Theo M. Loch: *Walter Hallstein. Ein Porträt.* Freudenstadt 1969.

Rundfunks und Korrespondent in Brüssel. Er stand Hallstein sehr nahe. Er war auch Präsident der Europa-Union. Ich habe noch einmal in einem Sammelband „Eminent Europeans“, den Martyn Bond, Julie Smith und William Wallace herausgegeben haben,²³⁸ etwas über Hallstein geschrieben, und zwar ein Doppel-Portrait über Hallstein und Adenauer.

Was das Verhältnis Adenauer-Hallstein charakterisiert, hat Hallstein selbst gesagt: Anlässlich des 100. Geburtstages von Adenauer hat er in dem damals von der EWG-Kommission herausgegebenen EG-Magazin den Aufsatz „Mein Chef Adenauer“ geschrieben.²³⁹ Adenauer war sein Chef! Ich habe das auch so dargestellt. Hallstein ist natürlich ein eigenständiges Gewächs, eine eigenständige Figur, aber politisch ist er, jedenfalls solange Adenauer lebte, von ihm abhängig gewesen. Er hatte keine eigene Machtbasis. Er ist ja erst nach seiner Präsidentschaft einmal in den Bundestag gewählt worden. Adenauer hat ihn auf Empfehlung von Wilhelm Röpke²⁴⁰ entdeckt. Röpke hat zu Adenauer gesagt: „Schauen Sie sich mal den Hallstein an! Den können Sie sicherlich gebrauchen, wenn es um die Verhandlungen zur EGKS geht!“ Hallstein hat Adenauer dann gleich beeindrucken können, woraufhin Adenauer ihn zu seinem Staatssekretär im AA, dessen Chef er selbst ja war, gemacht hat. Wir hatten ja in den ersten Jahren keinen Außenminister. Die Bundesrepublik Deutschland hatte einen Bundeskanzler, der gleichzeitig Außenminister war, weil die sogenannte Souveränität noch nicht vorhanden war. Die ersten Jahre war Adenauer Außenminister und Hallstein war sein Staatssekretär, d. h. er war der Chef des Außenamtes und hat praktisch – außer den formalen und großen Auftritten – die Arbeit des Außenministers gemacht. Wichtig war, dass Hallstein dann der deutsche Verhandlungsleiter bei der Aushandlung des EGKS-Vertrags war. Als solcher war er dann das Gegenüber von Jean Monnet. Dadurch ist er mit der Materie der europäischen Integration nicht nur betraut worden, sondern diese Materie ist seine eigene geworden. Als 1958 die EWG gegründet wurde, hat Adenauer Hallstein als Präsi-

238 | Martyn Bond/Julie Smith/William Wallace (Hg.): *Eminent Europeans. Personalities Who Shaped Contemporary Europe*. London 1996.

239 | Siehe auch: Walter Hallstein: *Mein Chef*, in: Dieter Blumenwitz (Hg.): *Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers in zwei Bänden. Bd. 2: Beiträge der Wissenschaft*. Stuttgart 1976, S. 132–133.

240 | Wilhelm Röpke (1899–1966), deutscher Wirtschaftswissenschaftler, 1929–1933 Professor an der Universität Marburg, gilt als einer der Väter der sozialen Marktwirtschaft.

ten der EWG-Kommission vorgeschlagen. Insofern stimmt die Aussage „Mein Chef Adenauer“, weil Hallstein seine politischen Funktionen alle durch Adenauer erreicht hat.

Für Adenauer war er in dieser Phase aber natürlich unglaublich wichtig und bedeutsam, weil er ein Mann war, der durch seine Schlichtheit, Nüchternheit und seinen Gerechtigkeitssinn Vertrauen gewinnen konnte. Hallstein war eigentlich ein preußischer Typ, obwohl er aus Mainz stammte. Er wurde 1900 in Mainz geboren. Hallstein verfügte über eine große wissenschaftliche und analytische Begabung. Die Reden, die er gehalten hat, sind heute noch sehr gut lesbar. Thomas Oppermann hat seine wichtigsten Reden herausgegeben.²⁴¹ Hallstein war eine bedeutende Figur. In Brüssel hat er als Kommissionspräsident Angst und Schrecken verbreitet. Er war eine Autorität und konnte auch sehr autoritär auftreten, was aber damals, glaube ich, zur Ausstattung eines Chefs gehörte. Es gehörte dazu, die Leute spüren lassen zu können, dass man auf seiner Autorität besteht. Hallstein hatte aber auch die Konzeption und die Vorstellung, was aus dem Ganzen werden sollte. Sein größter politischer Gegner ist Charles de Gaulle gewesen – auch ein sehr bedeutender Zeitgenosse. De Gaulle erkannte, dass Hallstein mit seiner Konzeption mehr und mehr durchdrang. Heute würde ich sagen: Hallstein hat gewonnen!

Hallstein ist eine ganz wichtige, zentrale Figur der deutschen Nachkriegspolitik, ein vergessener Europäer. Die Franzosen haben mit Jean Monnet einen „Heiligen“, einen Gründervater geschaffen. Hallstein-Professuren bzw. ein Hallstein-Institut gibt es in Frankfurt/Main. Das war es.

Nein, in Berlin gibt es ein Hallstein-Institut. Ingolf Pernice,²⁴² der Europarechtler, hat verdienstvoller Weise ein Walter Hallstein-Institut für Europäisches Verfassungsrecht an der Humboldt Universität gegründet und organisiert immer wieder interessante Veranstaltungen. Er hält das Andenken an Walter Hallstein hoch. Es gibt in Brüssel sowohl im Palais Borschette als auch im Berlaymont Gebäude Säle, die den Namen von Walter Hallstein tragen. Als sich im Jahr 2000 der Geburtstag Hallsteins

241 | Thomas Oppermann (Hg.): *Europäische Reden. Walter Hallstein.* Stuttgart 1979.

242 | Ingolf Pernice (geb. 1950), deutscher Rechtswissenschaftler, seit 1996 Professor an der Humboldt Universität Berlin.

zum 100. Male jährte, war ich noch in der Kommission tätig. Damals habe ich zusammen mit einigen Freunden, auch Freunden Hallsteins, versucht, den Kommissionspräsidenten davon zu überzeugen, dass es angebracht wäre, ein Zeichen zu setzen und zu zeigen, dass sich die Kommission für die Leute interessiert, die diese Institution zu dem gemacht haben, was sie geworden ist. Bei der Gelegenheit könnte man sich auch mit der eigenen Geschichte auseinander setzen. Es ist eine traurige Geschichte, weil diese Initiative nichts gebracht hat. Es gab kein Verständnis, kein Interesse. Es ist sehr bedauernswert.

Eine geschichtslose EU?

Ja, vielleicht besser: eine Kommission ohne historisches Bewusstsein, also auch ohne Gedächtnis.

Können wir noch über die Verbindungsgruppe der Historiker bei der Kommission und Probleme mit diversen Generaldirektionen usw. diskutieren?

Ja, das gehört alles zusammen, wie auch das, was Marcell von Donat²⁴², ein Kollege in der Kommission, der übrigens auch sehr interessante Sachen über die europäische Integration publiziert hat, festgestellt hat, dass nämlich die Kommission u.a. darunter leide, dass sie unfähig ist, zu feiern. Sie ist nicht in der Lage, ihre eigenen Geburtstage, ihre Leute oder ihre Erfolge zu feiern. Das ist etwas, was wohl auch nach außen dringt. Dieses Unvermögen dringt osmotisch nach außen und trägt zu dem unbefriedigenden Ruf und der fehlenden Aura bei, unter der die Kommission leidet.

Können Sie die europapolitische Vision Hallsteins noch weiter ausführen? Wie gestaltete sich das Verhältnis Hallsteins zu Frankreich, Großbritannien und den USA? Sie haben Hallstein ja als Bundestagsabgeordneten erlebt. Kann man das Verhältnis noch rekonstruieren? Wie hat er über seine Zeit als Kommissionspräsident gesprochen? Hat er euphorisch gesprochen? Welche Erinnerungen hatte er? Wie hat er das vermittelt? Sie sagen er war ein „Herr“.

243 | Marcell von Donat (geb. 1933), deutscher Wirtschaftswissenschaftler, 1968–1997 Mitarbeiter in der EU-Kommission.

Er war sehr nüchtern. Wir hatten einen Gesprächskreis von Europa-Experten und Leuten, die im europäischen Geschäft tätig waren. Darunter war auch der deutsche Politiker, der mit ihm in der Kommission saß, nämlich Herr von der Groeben²⁴³. Hans von der Groeben, das ist mir aufgefallen, war einer, der gerne redete und sich prononciert äußerte. Die Leute hörten ihm zu, so wie das jetzt hier der Fall ist. Wenn Hallstein dabei war, machte von der Groeben nicht den Mund auf. Die Autorität von Hallstein, den er ja zehn Jahre in der Kommission erlebt hatte, führte dazu, dass dieser gestandene Mann, der sich ja auch eine Position, übrigens auch bei der Ausarbeitung des EWG-Vertrages, erworben hatte, praktisch verstummte. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass Hallstein selbst von der Zeit in der Kommission – abgesehen von Kleinigkeiten – erzählte. Das habe ich nicht in Erinnerung. Von der Groeben redete hingegen sehr gerne von der Zeit in der Kommission. Er erzählte auch von Hallstein und davon, wie er seine Autorität auspielte.

Hallsteins Verhältnis zu Amerika war sehr positiv. Er war als Kriegsgefangener in Amerika gewesen und hat dort eine Lager-Universität gegründet, um die deutschen Kriegsgefangenen zu unterhalten und ihnen etwas zu vermitteln. Diese Zeit hat auf ihn einen großen Eindruck gemacht. Das hat er sehr positiv gesehen. Er ist dann über Heinrich Kronstein, den ich schon erwähnt hatte, später – da war er Rektor der Frankfurter Universität – nach Washington an die Georgetown University geholt worden. Er hat dort jahrelang als Gastprofessor gelesen. Amerika war für ihn das Nonplusultra. Er hatte auch sehr viele amerikanische Freunde, vor allem die ganzen Leute, die Anfang der 1950er Jahre im State Department und Weißen Haus tätig waren: Robert Bowie²⁴⁴ und George Ball²⁴⁵ beispielsweise. George Ball hat auch das Vorwort zu seinem Buch geschrieben.

Mit Robert Bowie hat Hallstein zusammen die Studien über die Zukunft der EG gemacht. Diese Studien sind ganz interessant. Sie behandeln

244 | Hans von der Groeben (1907–2005), deutscher Diplomat, 1958–1967 EWG-Kommissar für Wettbewerb, 1967–1970 EG-Kommissar für Binnenmarkt, Handel und Steuern sowie Regionalpolitik.

245 | Robert Bowie (geb. 1909), amerikanischer Diplomat und Wissenschaftler, 1953–1957 Planungsdirektor im Außenministerium.

246 | George Ball (1909–1994), amerikanischer Diplomat, 1961–1969 stellvertretender Außenminister seines Landes.

den möglichen Föderalismus und föderalistische Realisationen, die für die Zukunft der EG beispielhaft sein könnten. Hallstein hatte sehr gute Kontakte und hat diese auch immer gepflegt. Ich erinnere mich, dass er mich gebeten hat, einen Text zu entwerfen, den er anlässlich des 25. Jahrestages der Stuttgarter Rede von US-Außenminister James Byrnes²⁴⁷ von 1946 veröffentlichen wollte. Diese Anlässe nahm er sehr gerne war, um etwas über das Verhältnis zu Amerika und das, was man von Amerika lernen konnte, auszubreiten.

Zu Frankreich war sein Verhältnis weniger enthusiastisch. Er hatte mit Jean Monnet den Vertrag ausgehandelt. Er war nicht frankophob. Später, als er Kommissionspräsident war, sprach er sehr gut Französisch. Seine erste Fremdsprache war Englisch, ganz klar. Die Franzosen lagen ihm wohl nicht so sehr wie die Amerikaner.

Zu seinem Verhältnis zu den Engländern kann ich nichts sagen. Das spielte damals keine große Rolle – obwohl es die Zeit war, in der Großbritannien Mitglied der EG wurde. Ich will nichts Falsches sagen, aber ich vermute, dass er wegen der englischen Entwicklung und der europapolitischen Einstellung der Engländer Bedenken hatte.

Das ist eine spannende Frage, weil die Special Relationship für die Briten und die Amerikaner eine große Rolle spielt. Die Amerikaner drängten ja darauf, die Briten in die EG zu lassen. Sie machten Druck und de Gaulle sperrte sich gegen die Briten und damit auch gegen die Amerikaner. Hallstein erlebte das Spannungsverhältnis als Kommissionspräsident.

Das ist ganz klar. Das Frankreich de Gaulles war nicht Hallsteins Frankreich. Sein Frankreich war eher das von Monnet und Robert Schuman. Das waren die Leute, die mit ihm zusammen verhandelt hatten und die EGKS aufgebaut hatten. Robert Marjolin²⁴⁸ war sein Vizepräsident in der Kommission. Das waren alles Leute, die später in Opposition zu de Gaulle und seiner Europapolitik standen. In dieser Zeit war Hallsteins Verhältnis zu Frankreich schwierig. Die Franzosen haben auch versucht,

247 | James Francis Byrnes (1882–1972), amerikanischer Politiker der demokratischen Partei, 1945–1947 Außenminister seines Landes.

248 | Robert Marjolin (1911–1986), französischer unabhängiger Politiker, 1958–1967 EWG-Kommissar für Wirtschaft und Finanzen und Vizepräsident der Kommission.

Hallstein aus der Position des Kommissionspräsidenten heraus zu ekeln. Er ist von den Regierungen der Beneluxländer und Italiens verteidigt worden, während die deutsche Regierung ihn nur lasch unterstützte. Man hat dann versucht, ihn zu halten, indem man sagte, er solle noch ein Jahr bleiben, dann zurücktreten und den Weg frei machen. Das hat Hallstein jedoch nicht akzeptiert. Das entsprach nicht seiner Vorstellung von der Bedeutung des Amtes. Auch sein Stolz war dadurch wohl verletzt worden. Er ist nach zehn Jahren ausgeschieden. Kiesinger, der damals Bundeskanzler war, hat Hallstein nicht ausreichend verteidigt.

Worauf führen Sie das zurück? War Kurt Georg Kiesinger, CDU-Mitglied und Nachfolger Erhards, weniger Europäer als Adenauer?

Er war sicher in anderer Weise Europäer. Als Baden-Württemberger war er natürlich ein Europäer. Es gibt auch viele gut formulierte Bekenntnisse zu Europa von ihm. Aber er war ein schwacher Mann. Er hatte wenig Rückgrat. Das hat sich in solch einer Situation dann gezeigt. Das hat ihn auch ein gutes Stück Ansehen bei den Partnern, insbesondere bei den Franzosen, gekostet. Die Franzosen haben nicht damit gerechnet, dass von deutscher Seite eine solch lasche Haltung gegenüber einem solch verdienten Mann wie Hallstein an den Tag gelegt würde.

Karl-Heinz Narjes,²⁴⁹ der ja als Kabinettschef im Umfeld von Kommissionspräsident Hallstein war, hat erklärt, dass Hallstein sich hoffnungslos überarbeitet hatte und gesundheitlich am Limit war. Das ist nicht in die Öffentlichkeit gedrungen, aber es hat auch gesundheitliche Gründe gegeben, warum Hallstein 1967 aus der Kommission ausgeschieden ist. Haben Sie ihn später als Bundestagsabgeordneten in einer besseren gesundheitlichen Konstitution erlebt? Manche sagen ja, er habe sich an Europa fast kaputt gearbeitet.

Ich habe in den zwei Jahren, 1971/72, als ich bei ihm tätig war, nichts davon bemerkt. Ich empfand ihn als relativ fit, aber er ist etwas später relativ schnell zusammengebrochen und war dann bis zu seinem Tode, 1981, lange schwer krank. Er ist dann sozusagen dahinvegetiert. Ich habe ihn Ende der 1970er Jahre in Stuttgart im Krankenhaus besucht.

249 | Karl-Heinz Narjes (geb. 1924), deutscher Politiker der CDU, 1981–1985 EG-Kommissar für Binnenmarkt, Zollunion, Erweiterung, Verbraucherschutz, 1985–1989 EG-Kommissar für Industrie, Informationsgesellschaft, Wissenschaft und Forschung und Vizepräsident der Kommission.

Dort lebte die schon angesprochene Familie Ritter, die ihn betreute. Damals erkannte er mich zunächst gar nicht wieder und sprach wirres Zeug. Es war ein Jammer und sehr traurig zu sehen, wie der Mann in relativ wenigen Jahren so abgebaut hat. Ich weiß nicht, welche Krankheit er hatte. Vielleicht war es Alzheimer, auch wenn man damals noch nicht davon sprach. Alzheimer war noch kein Begriff. Ich vermute, dass es ein Alzheimer-Syndrom war. Das war wirklich schade. Dann kamen wieder Momente, nachdem ich ca. eine Viertelstunde bei ihm war, wo er dann, als wenn er im Amte wäre, eine bestimmte Frage ansprach, ein paar Bemerkungen machte und Fragen stellte. Ganz komisch.

Hallstein wollte ja einen Bundesstaat, einen europäischen Bundesstaat, was eine sehr weitgehende Vorstellung von einem supranationalen Europa war. Wie hat sich Hallstein das besonders in der Zeit, als de Gaulle, der General, Frankreichs Staatspräsident war, vorgestellt? Auch mit Großbritannien ging das nicht so schnell. Hat er sich auch in der Zeit, als sie eng mit ihm zusammen gearbeitet haben, über die Zukunft und die Entwicklungsperspektive Europas geäußert. Wir haben von Egon Bahr, als er hier in Hildesheim war, gehört, dass er, als er in Moskau bei Andrej Gromyko war, auf die Frage, wann die EU Wirklichkeit werden würde, geantwortet habe, dass es in 20 bis 25 Jahren noch nicht soweit sein würde. Daraufhin sei er von Willy Brandt als Defätist bezeichnet worden.²⁵⁰ Brandt hätte Bahr entgegnet: Die EU kommt viel früher, in fünf oder zehn Jahren und nicht in 30 Jahren! Hat sich auch Hallstein ähnlich wie Brandt geäußert bzw. welche Zeitvorstellungen hatte er?

Die Zeit, die man zur Realisierung solch großer Projekte braucht, kann man nicht so einfach festlegen. Sie dürfen nicht vergessen, dass Hallstein einer der Gründungsväter war. Die Idee kam von Monnet, Schuman hat es politisch durchgesetzt, Adenauer war mit an Bord. Hallstein war einer der Macher, die das Konstrukt, das politische System konzipierten und entwickelten. Später übernahm er dann die Führung in der Kommission. Er war der Architekt der Kommission. Er gehört zu denen, die die EG und ihre Institutionen erfunden haben. Er

250 | Egon Bahr: Barack Obama – Chancen für eine Welt der Kooperation, in: Michael Gehler/Hinnerk Meyer (Hg.): Deutschland, der Westen und der europäische Parlamentarismus. Hildesheimer Europagespräche I (Historische Europastudien 5). Hildesheim – Zürich – New York 2012, S. 176–184, hier S. 182.

verstand etwas von Verwaltung und Recht. Für ihn war die EG ganz wesentlich eine Rechtsgemeinschaft. In der Konstruktion der EGKS war der Europäische Bundesstaat irgendwie schon angelegt. Die EGKS war wesentlich supranationaler als die EWG konstruiert. Die EWG war insofern schon der erste Rückschritt. Hallstein hat an diese supranationale Konstruktion geglaubt und daran festgehalten. Ein Beweis dafür ist das Buch „Der unvollendete Bundesstaat“²⁵¹ von 1969, in dem er die damalige Gemeinschaft als eine föderale Ordnung beschreibt, die zwar unvollendet ist, in der aber alles angelegt ist, was eine Föderation ausmacht. Er hat immer gesagt: „Die Institutionen sind politisch. Die Materien sind politisch. Die Prozeduren sind politisch. Es ist eigentlich alles politisch. Wir haben eine politische Gemeinschaft, wir müssen sie nur weiterentwickeln. Sie wird sich weiterentwickeln, weil hier die Sachlogik wirkt.“ Die Sachlogik, das beschreibt er sehr schön in diesem Buch, ist die Notwendigkeit, die dadurch entsteht, dass, wenn man einen Sektor integriert, notwendigerweise über kurz oder lang auch andere Sektoren davon betroffen sind. Der erste Beleg für die Richtigkeit dieser These war der Übergang von der Integration im Sektor der Kohle- und Stahlwirtschaft auf die Integration der allgemeinen Wirtschaft, obwohl damals natürlich manche Bereiche der Wirtschaft von der Integration noch ausgenommen blieben. Landwirtschaft und vieles andere ist ja in der EWG integriert worden. Im Laufe der Zeit sind immer mehr Bereiche oder Materien hinzugekommen. Es sind aber auch immer mehr Staaten integriert worden. Auch hier Sachlogik: Wenn es bei sechs Staaten erfolgreich ist und funktioniert, dann wird sich notwendigerweise auch der siebte und achte melden und mitmachen wollen. Das war Hallsteins Theorie, Konzeption und Vision. Er hat damit, finde ich, alles in allem Recht gehabt, wenn man sieht, wie es nach 1989 getrieben durch die weltpolitischen Ereignisse weitergegangen ist – über den Maastrichter Vertrag, den Amsterdamer Vertrag, den Nizzaer Vertrag zum Konvent und schließlich zum Vertrag von Lissabon, der allerdings gegenüber dem Verfassungsprojekt, das der Konvent verabschiedet hatte, wieder ein Rückschritt ist. Rückschritte gehören eben auch dazu.

Das, was wir zurzeit mit dem Euro erleben, dessen Konstruktion an die Grenzen stößt, die bis jetzt gegolten haben, passt auch zu Hallsteins

251 | *Walter Hallstein: Der unvollendete Bundesstaat. Europäische Erfahrungen und Erkenntnisse. Düsseldorf 1969.*

Theorie. Man sieht, dass die Konstruktion nicht hält und es die Notwendigkeit gibt, einen Schritt darüber hinaus zu gehen, indem man die Wirtschaft, in dem Bereich, der für die Währung wichtig ist, auch mit integrieren muss, was sodann auch wieder Folgen für andere Bereiche hat. Das war Hallsteins Philosophie.

Kann man Hallstein eigentlich, wenn man von den Integrationstheorien wie Föderalismus, Funktionalismus, Neofunktionalismus, Realismus, Intergouvernementalismus bis hin zu Konstruktivismus ausgeht, als ein Mischprodukt bzw. seine Vorstellungen als ein Mischprodukt zwischen Föderalismus und Funktionalismus sehen?

Ja. Ich würde sagen, es war ein funktionaler Föderalismus.

Föderalistischer Funktionalismus?

Das ist egal. Jedenfalls ist in seinen Vorstellungen eine Menge von Funktionalismus enthalten, auch was die Sachlogik betrifft. Aber auch Föderalismus, der Ordnungsgedanke, der dahinter steht, ist in seinen Vorstellungen enthalten. Der Gedanke vom Föderalismus schwebte ihm vor. Der föderale Rahmen und die föderale Ordnung war es, worauf es hinauslaufen sollte.

Sie haben schon auf den Konflikt Barzel-Kohl hingewiesen. Was wir aber weniger wissen und aus meiner Sicht noch nicht richtig erforscht haben, ist, was Barzels Vorstellungen von Europa waren. Gab es Differenzen mit Hallstein oder Kohl? Wie haben Sie Barzel erlebt? Barzel war damals ein Mann, der ambitioniert war und Aufbruchsstimmung vermittelte. Es gab auch den Streit zwischen Atlantikern und Gaullisten in der CDU/CSU. Wie ordnen Sie Barzel ein?

Rainer Barzel ist sehr jung in sehr hohe Ämter gekommen. Er war ein überzeugter Europäer, das ist gar keine Frage. Ich habe zu ihm Zugang über Europa gefunden. Ich war bei Hallstein, habe aber auch Barzel, der ja mein Fraktionsvorsitzender war, mit Hinweisen, Vermerken und Texten bedient. Insbesondere dann, wenn ich wusste, dass er eine wichtige Rede halten sollte oder musste. Ich habe mich immer gefreut, dass er meine Ideen, ohne mich zurückzurufen oder etwas zu bemerken, wirklich umsetzte und nutzte. Irgendwann hat er jemanden zu mir geschickt, der mir sagte, dass er mich als seinen persönlichen Referenten haben wollte. Ich sollte der Nachfolger von Ottfried

Hennig²⁵² werden, der Bundesgeschäftsführer der Partei wurde. Ich bin dann zu Hallstein gegangen und habe ihm das erzählt. Daraufhin sagte Hallstein, was typisch für ihn war: „Der Chef hat das erste Anrecht, der darf sich die besten Leute aussuchen! Natürlich gehen Sie dahin, das wird gut für Sie sein!“ Ich habe dann also bei Barzel angefangen. Das Erste, was er mir auf den Tisch legte bzw. worum er mich bat, war eine Antwort auf einen Brief des Fraktionsvorsitzenden der christlich-demokratischen Fraktion im EP, Hans August Lücker, zu entwerfen. Ich weiß nicht mehr genau, worum es in dem Brief ging. Jedenfalls war meine erste Arbeit für Barzel ein Briefentwurf, in dem ich mich mit dem auseinandersetze, was Lücker vorschlug. In der ganzen Zeit, während der ich bei Barzel war und auch noch später, hat Barzel sich sehr positiv und progressiv zu Europa geäußert. Er war ganz auf der Linie von Hallstein, würde ich sagen. Es gibt auch einen Barzel-Plan, der aus meiner Feder stammte. Das ist ähnlich wie bei Monnet, der Schuman die Sachen zusteckte. Ich muss dazu sagen, dass wir in der Opposition waren und es relativ leicht war, Pläne zu entwerfen. Es ging in diesem Plan um die Politische Union bzw. um die nächsten Schritte zur Politischen Union. In der Dokumentation, die ich mit Werner Weidenfeld unter dem Titel „Europa – Bilanz und Perspektive“ 1973 publiziert habe, ist dieser Plan abgedruckt.²⁵³

Barzel wollte die CDU erneuern. Die CDU kam aus der Adenauer-Zeit. Adenauer war Vorsitzender, danach Erhard und dann Kiesinger. Immer waren die Kanzler Vorsitzende und die CDU war die Kanzlerpartei. Barzel fand damals, dass damit Schluss sein müsse. Die Partei sollte ein eigenes Leben und auch eine Struktur haben, die für die moderne, vor uns liegende Situation und Zeit angemessen sei. Darauf und auf die Erneuerung der Programmatik hat Barzel hingearbeitet. Er kam vom christlich-sozialen Flügel der Partei und war geprägt von der katholischen Soziallehre. Er war ein Mitarbeiter Karl Arnolds²⁵⁴ gewesen und – das betrifft Europa – als ganz junger Mann, als jüngster Ministerialrat Nordrhein-Westfalens bzw. der Bundesrepublik Deutschland,

252 | *Ottfried Hennig (1937–1999), deutscher Politiker der CDU, 1972/73 Bundesgeschäftsführer seiner Partei, 1976–1992 Mitglied des Deutschen Bundestages.*

253 | *Thomas Jansen/Werner Weidenfeld: Europa – Bilanz und Perspektive. Mainz 1973.*

254 | *Karl Arnold (1901–1958), deutscher Politiker der CDU, 1947–1956 Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen.*

war er mit der EGKS befasst. Er war der erste, der als Länderbeauftragter, nicht nur für Nordrhein-Westfalen, sondern für alle Länder beobachtete, was in der EGKS passierte. Nordrhein-Westfalen war natürlich als Land von Kohle und Stahl wesentlich, das lag nahe. Das war praktisch seine erste Aufgabe und er bewährte sich in dieser Funktion. Dann wurde er Wahlkampfleiter der CDU von Nordrhein-Westfalen für Arnold.

Barzel war ein katholischer Ostpreuße und durch die Kriegereignisse nach Köln verschlagen worden. Dort hat er eine Schumacher, ein Kölner Mädchen, geheiratet und ist dadurch im Rheinland geblieben. Er hat aufgrund seiner Bewährung in der Funktion bei der EGKS sehr früh den Wahlkreis Paderborn erhalten und diesen sehr intensiv bearbeitet. Ich bin selbst viele Male mit ihm in seinem Wahlkreis gewesen. Er fuhr einmal im Monat für zwei bis drei Tage dorthin, redete mit den Leuten, hielt Sprechstunde. Ich machte auch eine Sprechstunde, weil es immer einen so großen Andrang gab und es anders nicht zu bewältigen gewesen wäre. Das hat Barzel sehr ernst genommen. Er war ein sehr fleißiger Mann, sehr engagiert und natürlich auch sehr ehrgeizig. In der Fraktion hatte er sich Respekt verschafft, schon in der Zeit als er Stellvertretender Fraktionsvorsitzender war. Durch die Krankheit und den Tod von Heinrich von Brentano, der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender und vorher Außenminister war, hat Barzel bald als geschäftsführender Stellvertreter, mit Mitte 30, als junger Mann, die Fraktionsführung übernommen.

Nach Brentanos Tod wurde Barzel 1964 sein Nachfolger. Er war auch kurz Minister im letzten Kabinett Adenauer, nämlich Minister für gesamtdeutsche Fragen. Das Thema der Wiedervereinigung hat ihn sehr stark berührt. Dafür hat er sich stark engagiert. Als Ostpreuße lag es von seiner Biographie auch sehr nahe. Er hielt wie Adenauer die Chance auf Wiedervereinigung eines Tages nur durch den Erfolg der europäischen Einigungspolitik für möglich. Von daher war er auch europapolitisch stark motiviert.

Barzel war jemand, der sehr stark forderte. Man musste bei ihm ran. Er trat einem gelegentlich auch auf die Füße und konnte auch – wenn es hart auf hart kam und die Nerven angespannt waren – grob und unfreundlich sein. Ich habe es aber kein einziges Mal erlebt, dass er sich dafür hinterher nicht entschuldigt hat. Das fand ich immer sehr fein. Er war ein vornehmer Mann. Rainer Barzel hat sich immer gut benommen. Das war sein Markenzeichen. Er war den Damen gegen-

über sehr charmant. Meine Frau hat auch immer von ihm geschwärmt. Er war wirklich immer sehr freundlich, nett und zuvorkommend. Er hatte politisch – auch für die Fraktion – eine klare Vorstellung von dem, was zu machen war. Von der Fraktion wurde das auch so lange anerkannt und gutgeheißen, bis er im Zusammenhang mit dem konstruktiven Misstrauensvotum gegen Willy Brandt eine Niederlage einstecken musste. Im Zusammenhang mit den Ostverträgen hat man ihn ins Messer laufen lassen. Die Fraktion war gespalten. Es waren genügend Mitglieder der Fraktion, die zustimmen wollten, aber es waren auch viele dagegen, den Ostverträgen zuzustimmen. Es kam dann zu der Situation, dass einige SPD- und FDP-Abgeordnete, die auf der Regierungsseite waren, zur CDU überliefen, wodurch sich die Mehrheitsverhältnisse änderten. Barzel wurde gedrängt, und wahrscheinlich hat er auch selbst gesehen, dass er den Schritt tun musste, Willy Brandt herauszufordern. Nachdem er die Fraktion mehrfach befragt hatte, ob alle Mann an Bord seien, hat er das Misstrauensvotum angekündigt. Als dann die Abstimmung kam, hat Barzel verloren und Brandt gewonnen. Wie man ja weiß bzw. begründet vermutet, hat es auch Bestechungen gegeben.

Die Stasi hat zwei Stimmen für 50.000 DM gekauft!

Einer von denen, die gekauft worden sind, war ein guter Freund bzw. Bekannter von mir, ein europäischer Föderalist, der in den europäischen Anliegen sehr engagiert war. Das war Julius Steiner.²⁵⁵ Er kam aus Pirmasens, glaube ich.

Können Sie sagen, wer der andere war?

Nein. Ich weiß es nicht und es ist, wenn ich mich recht erinnere, auch nie herausgekommen.

Woher weiß man, dass diese Stimmen gekauft waren? Es heißt, es sind zwei Stimmen gekauft gewesen.

Barzel hat sofort, als die Sache vorbei war, Gerüchte aufkamen und auf alle möglichen Leute mit dem Finger gezeigt wurde, die Parole ausge-

255| Julius Steiner (1924–1997), deutscher Politiker der CDU, 1969–1973 Mitglied des Deutschen Bundestages.

geben: „Wir wollen es nicht wissen! Die Abstimmung ist so gelaufen. Keine Hexenverfolgung!“ Barzel hatte natürlich Sorge um den Zusammenhalt der Fraktion. Er wollte vermeiden, dass jeder in Verdacht gerät. Damals ist die Sache von ihm unter den Tisch gekehrt worden. Die Fraktion ist seinem Votum gefolgt. Es war natürlich eine Niederlage, die dann noch durch die kurz darauf erfolgte Wahlniederlage verschärft wurde. Es waren ja vorgezogene Neuwahlen, die stattfinden mussten. Willy Brandt lief damals noch mit einem Heiligenschein herum, er hatte den Friedensnobelpreis bekommen und wurde auf der ganzen Welt als Heilsbringer verehrt. Niemand von der CDU hätte damals eine Chance gehabt, gegen Brandt zu gewinnen. Verloren hat eben Barzel und wenn solche Niederlagen stattfinden, für ihn war es ja schon die zweite, dann wird es sehr schwierig, die Position zu halten. Dazu kam dann noch, dass er auch in der Fraktion eine Niederlage erlitt, die er aber nicht erlitten hätte, wenn er nicht vorher die Niederlagen im Plenum erlitten hätte. In der Fraktion ging es um die Abstimmung über den UNO-Beitritt der DDR und der Bundesrepublik. Barzel vertrat die Auffassung, dass wir der UNO auf jeden Fall – unabhängig davon, ob die DDR beitrete oder nicht – beitreten müssten. Viele Hardliner in der Fraktion meinten: „Nein, wir müssen klar bleiben und hart sein. Wenn die DDR beitreten sollte, dürfen wir nicht beitreten.“ Es wurde dann in der Fraktion darüber abgestimmt und die Mehrheit entschied sich dafür, nicht beitreten zu wollen. Daraufhin ist Barzel zurückgetreten. Das wollte er nicht mitmachen. Es war ja auch eine abenteuerliche Idee, dass die DDR der UNO beitrete und die Bundesrepublik Deutschland nicht.

Kurz nach Barzels Rücktritt fand eine Sitzung des Bundesausschusses der Partei bzw. des Vorstands der Partei statt, wo Barzel ankündigte, dass er auch als Parteivorsitzender bei dem schon terminierten Parteitag nicht mehr als Vorsitzender kandidieren würde. Kohl war schon auf dem Sprunge und wartete auf den richtigen Moment. Er wurde dann auch als Barzels Nachfolger zum Parteivorsitzenden gewählt. Nachfolger Barzels in der Fraktion wurde Karl Carstens. Carstens hat mir damals angeboten, bei ihm die gleiche Funktion zu übernehmen, wie ich sie bei Barzel hatte. Ich habe ihm aber intuitiv gesagt: „Ich glaube, Barzel hat jetzt Betreuung nötiger als Sie, Herr Vorsitzender!“ Daraufhin hat Carstens zu mir gesagt: „Das finde ich sehr ordentlich und anständig. Sie haben ja Recht!“ Ich bin dann bei Barzel geblieben, was mir auch hoch angerechnet wurde, u.a. von Kohl. Als ich zehn Jahre später von Kohl als EVP-Generalsekretär vorgeschlagen wurde, hat Kohl das noch einmal als einen Pluspunkt, der für mich spreche, ausdrücklich erwähnt.

Loyalität und Treue haben auch ihren Wert!

Natürlich. Ich habe es auch nicht bedauert. Ich hätte vielleicht auch bei Carstens Karriere machen können. Schließlich ist er auch Bundespräsident geworden. Mein Nachfolger bei Carstens, persönlicher Referent und Büroleiter, wurde Hans Neusel,²⁵⁶ der dann Staatssekretär im Bundespräsidialamt wurde – einer der Vorgänger meines Bruders in dieser Funktion. Zu Carstens hatte ich immer ein sehr gutes Verhältnis. Ich habe ihn öfters getroffen. Er war auch immer besonders freundlich und nett. Er war insgesamt ein freundlicher und netter Mann.

Ja, so erschien er in der Öffentlichkeit. Wir haben schon über ihre frühe Aktivität im Rahmen des Europäisch-Föderalistischen Studentenverbandes gesprochen. Können Sie etwas zur Bedeutung bzw. zum Stellenwert der Europa-Union Deutschland sagen? Was hat diese Europa-Union Deutschland rückblickend mit Blick auf bundesdeutsche Europapolitik bewirkt?

Die Europa-Union Deutschland ist 1947/48 oben im Norden, in Eutin, gegründet worden. Es handelte sich um einen Zusammenschluss von Persönlichkeiten, die sich zugunsten der Einigung Europas mit einer föderalen Perspektive engagierten. Die Europa-Union war von Anfang an föderalistisch orientiert. Sie war auch überparteilich. Sowohl Sozialisten und Sozialdemokraten als auch Liberale und Christdemokraten wurden zusammengebracht, um das gemeinsame Ziel zu befördern. Es war der Versuch, die Einigungsbewegung, die sich auf politischer Ebene abspielte, zivilgesellschaftlich zu begleiten. In den 1950er Jahren war die Europa-Union außerordentlich einflussreich und durch ihre Anstöße bedeutend. Einflussreiche Vertreter der Zivilgesellschaft, aber auch Politiker waren in der Europa-Union engagiert. Ihr erster Präsident war Eugen Kogon,²⁵⁷ einer seiner Nachfolger wurde Ernst Friedlaender,²⁵⁸ der Vater von Katharina Focke,²⁵⁹ die später auch in der Europäischen Bewegung eine große Rolle gespielt hat. Es engagierten sich bedeutende Publizisten,

256 | Hans Neusel (geb. 1927), deutscher Politiker der CDU, 1979–1984 Staatssekretär im Bundespräsidialamt.

257 | Eugen Kogon (1903–1987), deutscher Politik- und Sozialwissenschaftler, 1949–1954 Präsident der Europa-Union Deutschland.

258 | Ernst Friedlaender (1895–1973), deutscher Publizist, 1954–1958 Präsident des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung.

259 | Katharina Focke (geb. 1922), deutsche Politikerin der SPD, 1972–1976 Bundesfamilienministerin.

Universitätslehrer, Industrielle, Gewerkschaftsführer, aber eben auch Politiker. Heinrich von Brentano hat in der Europa-Union eine Rolle gespielt und auch Fritz Erler. Es waren alle, die man auch in diesem Zusammenhang auf der politischen Bühne aktiv gesehen hat. Diese Leute arbeiteten alle in der Europa-Union Deutschland mit. Ein großer Präsident der Europa-Union in den 1960er Jahren war Baron Oppenheim,²⁶⁰ Besitzer des Bankhauses Oppenheim in Köln, der auch als Mäzen sehr engagiert war. Otto Wolff von Amerongen,²⁶¹ ein großer Industrieller, war Mitglied des Präsidiums. Diese Männer sicherten durch ihre Präsenz und ihre Mitwirkung auch die wirtschaftliche Basis der Europa-Union.

Die Europa-Union war vielfältig aktiv. Es wurden Kongresse veranstaltet und es wurde publiziert. Die Europa-Union hat später auch einen eigenen Verlag gegründet: den Europa-Union-Verlag, der leider heute nicht mehr besteht. Der Verlag ist irgendwann in den 1990er Jahren aufgrund von finanziellen Problemen und Managementfehlern den Bach runter gegangen – ein potenter Verlag, der damals die Rolle gespielt hat, die später der Nomos Verlag übernahm. Zeitweise gab es ein Konkurrenzverhältnisse zwischen Europa-Union-Verlag und Nomos Verlag, als dieser stark wurde.

Die Kapitaldecke des Europa-Union-Verlags war aber natürlich schwach, weil er nicht wegen des Erwerbzwecks geführt wurde, sondern einem Ideal diente. Die Europa-Union war ein Mitgliederverband. In der Zeit, als ich Generalsekretär war, in den 1980er Jahren, hatte der Verband 25.000 Mitglieder – nicht mehr. Die Mitglieder waren in Landes-, Kreis- und Ortsverbänden organisiert. In vielen Orten, auf der unteren Ebene, waren wir sehr präsent, d. h.. es gab viele aktive Kreisverbände der Europa-Union. Heinrich Schneider hat als Kopf und intellektueller Anreger in der Europa-Union eine große Rolle gespielt. Er kam von den Jungen Europäischen Föderalisten, deren Bundesvorsitzender er in den 1950er und Anfang der 1960er Jahre war. Ich bin Anfang der 1960er Jahre hinzu gestoßen. Eine Freundin war dort als Sekretärin tätig und ich bin dort zufällig hineingeraten, auch wenn es natürlich meinen Interessen entsprach. Ich habe wohl schon erzählt, dass ich von zuhause durch meinen Vater vorgeprägt war.

260 | Alfred Frhr. von Oppenheim (1934–2005), deutscher Bankier und Gesellschafter des Bankhauses Oppenheim.

261 | Otto Wolff von Amerongen (1918–2007), deutscher Unternehmer, 1969–1988 Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertags.

Den Beitrag der Europa-Union sollte man nicht unterschätzen, wenn man sich das, was in den 1950er Jahren passiert ist, als Historiker anschaut. Ein solcher Verband spielt seine Rolle. Den Jugendverband der Europa-Union bildeten die Jungen Europäischen Föderalisten, die immer der Zeit voraus liefen und dadurch oft in Konflikt mit dem Mutterverband gerieten.

Unter den Publikationen des Europa-Union-Verlags gab es mehrere Reihen: „Europäische Studien“, in denen auch die „Leitbilder“²⁶² von Heinrich Schneider erschienen sind, „Europäische Schriften“, die Zeitung *Europa-Union*, die später *Europäische Zeitung* hieß, sowie eine Vielzahl von Broschüren zur politischen Bildung.

Man kann über die Europa-Union nicht sprechen, ohne an die Verdienste von Gerhard Eickhorn zu erinnern. Er war viele Jahre lang Generalsekretär, d. h. mein Vorgänger. Gleichzeitig war er auch Generalsekretär des Deutschen Rats der Europäischen Bewegung. Eickhorn hat einen regelrechten Konzern aufgebaut. Alles, was seinerzeit außerhalb der Regierungsebene in der Bundesrepublik Deutschland mit Europa zu tun hatte, wurde von Eickhorn vernetzt: Verlag, Verband, das Europäische Zentrum für Politische Bildung, die Europahäuser und die Europäischen Akademien. Das alles gehörte irgendwie zusammen und wurde bei Beibehaltung der Eigenständigkeit der einzelnen Komponenten, organisatorisch zusammengefasst. Dazu gehörte auch das Bildungswerk für Europäische Politik, unter der Leitung von Katharina Focke, die später unter Willy Brandt Ministerin wurde, die Tochter von Ernst Friedlaender, der in den 1950er Jahren nicht nur Präsident der Europa-Union, sondern auch ein großer Journalist war. Viele Interviews, die Adenauer gegeben hat, besonders die wichtigen, hat er Ernst Friedländer gegeben. Nachfolgerin von Frau Focke wurde Beate Kohler,²⁶³ der dann Wolfgang Wessels folgte. Inzwischen war aus dem Bildungswerk das Institut für Europäische Politik geworden, dessen Leitung heute von Mathias Jopp²⁶⁴ wahrgenommen wird.

Es ist sicher ein wichtiger Verband, eine Pressure-Group, eine Interessengruppe, gewesen?

262 | Heinrich Schneider: *Leitbilder der Demokratie*. Wien 1973.

263 | Beate Kohler-Koch (geb. 1941), deutsche Politikwissenschaftlerin, 1990–2007 Professorin an der Universität Mannheim.

264 | Mathias Jopp (geb. 1950), deutscher Politikwissenschaftler, seit 1995 Direktor des Instituts für Europäische Politik in Berlin.

Genau, eine Pressure-Group. Wie gesagt: Zivilgesellschaft. Damals hatte man den Begriff noch nicht bzw. sprach noch nicht davon. Aber das war es: die zivilgesellschaftliche Begleitung des politischen Prozesses der europäischen Einigung mit dem ganzen Spektrum an denkbaren Instrumenten.

Natürlich war die Europa-Union Deutschland auch europäisch vernetzt. Sie gehörte als deutsche Sektion, als deutscher Verband, der Aktion Europäischer Föderalisten an. Im internationalen Verband der Europäischen Föderalisten gab es zu bestimmten Zeiten Auseinandersetzungen, Abspaltungen und auch Gegnerschaften. Es gab die „Spinellisten“, die besonders in Italien stark waren. Ein Beispiel für eine solche Abspaltung ist etwa die Gründung der Aktion Europäischer Föderalisten gegen die Union Europäischer Föderalisten (UEF). Später in den 1960er Jahren beruhigte sich die Lage dann aber wieder. Es kam zur Wiedervereinigung der verschiedenen Richtungen. Seitdem ist die UEF der Dachverband all dieser nationalen Verbände: in Italien das Movimento Federalista Europeo, gegründet von Altiero Spinelli, in Österreich die Europäische Föderalistische Bewegung, in der Max Wratschgo²⁶⁵ seit jeher eine große Rolle gespielt hat. Wratschgo war ein Studienrat bzw. Lehrer in Kärnten. Heute ist der Generalsekretär der UEF ein Österreicher, der frühere Verteidigungsminister Werner Fasslabend.²⁶⁶ Präsident ist der englische Liberale Andrew Duff.²⁶⁷ Er ist Mitglied des EP und ein hervorragender Mensch, den ich als Freund sehr schätze. Duff war lange Direktor des Federal Trust, ein Partner des Instituts für Europäische Politik in der Trans European Studies Association (TEPSA), eine Art akademische europäische Bewegung. Auch die Europahaus-Bewegung ist international vernetzt, wobei es auch dort jeweils entsprechende nationale Verbände gibt.

Insgesamt ist aber alles unter dem Dach der IEB, deren Generalsekretär ich von 1981 bis 1983 war, zusammengefasst. Hallstein oder auch Jean Rey²⁶⁸ waren Präsidenten der IEB. Heute ist es Pat

265 | *Max Wratschgo (geb. 1937), österreichischer Lehrer und Europaaktivist.*

266 | *Werner Fasslabend (geb. 1944), österreichischer Politiker der ÖVP, 1990–2000 Verteidigungsminister seines Landes.*

267 | *Andrew Duff (geb. 1950), irischer Politiker der Liberalen Demokraten, seit 1999 Mitglied des EP, seit 2008 Präsident der UEF.*

268 | *Jean Rey (1902–1983), belgischer Politiker der Parti Réformateur Libéral, 1958–1967 EWG-Kommissar für Außenbeziehungen, 1967–1970 EG-Kommissionspräsident.*

Cox,²⁶⁹ der irische Liberale, der von 2002 bis 2004 Präsident des EP war. Diese Internationalität und Verschachtelung von Partnerorganisationen ist typisch.

Stichwort „Internationalität“: Die internationale Kooperation auf europäischer Basis ist ein großes Projekt. Gibt es dafür historische – vielleicht auch außereuropäische – Vorbilder, an denen man sich orientieren konnte? Gibt es oder gab es Kooperationen über die europäischen Grenzen – vielleicht in Richtung USA oder Kanada – hinaus?

Was die Vorbilder angeht, kann man vielleicht auf die Bewegung von Coudenhove-Kalergi verweisen, die PU aus den 1920er Jahren. Aber die PU war sowohl von ihren Strukturen als auch im Hinblick auf ihre Ziele ganz anders orientiert als die Europäische Bewegung, deren Mitglied sie allerdings später wurde. Sie existierte nach dem Krieg fort. Mit der Europa-Union Deutschland befand sie sich immer im Konflikt. Ich habe mich selbst gelegentlich mit Otto von Habsburg angelegt, der zeitweise Präsident der PU war. Er war ein sehr konservativer Mann mit starker Europabegeisterung und durch seine Verbindungen sehr einflussreich. Otto von Habsburg passte das, was wir machten, gar nicht.

Für die Europäische Bewegung selbst kenne ich keine Beispiele. Die Europäische Bewegung ist eher das Vorbild für entsprechende Bewegungen geworden, z. B. in Lateinamerika. Auch in Lateinamerika hat es eine Bewegung gegeben, deren Ziel die Schaffung der Vereinigten Staaten Lateinamerikas war. Ich habe einen argentinischen Gewerkschafter, der in Venezuela lebte und arbeitete, in Erinnerung, den ich öfters getroffen habe. Dieser Mann war in der lateinamerikanischen Einigungsbewegung sehr engagiert. Insgesamt hat man sich eher an dem, was wir hier in Europa gemacht haben, orientiert.

Warum war Otto von Habsburg eigentlich nicht mit der Europa-Union einverstanden?

Wir waren ihm zu links und für uns war er reaktionär. Schon der Umstand, dass wir sowohl Sozialisten, Sozialdemokraten, Liberale und

269 | Pat Cox (geb. 1952), irischer Politiker der Progressiven Demokraten, 1989–2004 Mitglied des EP, 2002–2004 Präsident des EP, 2006–2011 Präsident der Europäischen Bewegung.

Christdemokraten beieinander hatten, die zusammen versuchten, etwas zu erreichen, war für die PU ein Stein des Anstoßes. Für uns war es eben ein Prinzip, ein Element des Erfolgs für Europa. Es ging uns damals ja nicht um spezifische Politiken, die wir für Europa vorschlugen, sondern wir wollten zunächst den Rahmen, das System schaffen, um eines Tages in der Lage zu sein, eine linke, rechte oder liberale Politik machen zu können. Die PU war uns gegenüber sehr negativ eingestellt und vice versa kann man das auch sagen. Wir hatten ein gemeinsames Spielfeld, aber man kann von ihnen nicht sagen, dass sie sich in dem Maße engagierten, dass sie eine Rolle gespielt hätten. Das gemeinsame Spielfeld war die IEB, in der auch der PU-Verband vertreten war, sich aber relativ wenig präsent zeigte.

Deren und Otto von Habsburgs Sache war es, auf hoher Ebene die Kontakte zu pflegen. Ihre Konzeption für Europa war intergouvernemental. Das war nicht unsere. Wir standen für eine föderalistische Konzeption. Coudenhove-Kalergi und Otto von Habsburg meinten, dass wenn man die Regierenden zusammenbringt und sie sich miteinander verständigten, die Sache schon halb gewonnen wäre.

Interessanterweise war die PU in den 1920er Jahren, als sie gegründet wurde, eine überparteiliche Vereinigung. In ihr waren auch Sozialisten, Großdeutsche, Christlich-Soziale, Konservative und Monarchisten vertreten. Coudenhove hatte als Vorbild die Panamerikanische Union. Er nimmt mehrfach Bezug auf sie. Das Modell, was er sich zunächst überlegte, ist ursprünglich am Bundesstaats-Modell der USA mit einem Zwei-Kammern-System orientiert. Das Modell wechselte dann aber auch von konföderativen zu intergouvernementalen Strukturen. Die Vereinigten Staaten von Europa war seine Lösung. Es gab aber auch noch andere Europa-Initiativen und Verbände. Das Spektrum vor dem Haager Kongress von 1948 ist sehr weit gefächert: wirtschaftsorientierte, zollabbauorientierte und das UEM von Duncan Sandys. Spielte Letzteres noch eine Rolle, als Sie in den 1970er und 1980er Jahren aktiv waren?

Das ist alles in die IEB eingeflossen. Duncan Sandys gilt als einer der Gründerväter der Europäischen Bewegung. Ich habe ihn selbst bei einer Veranstaltung der IEB getroffen. Damals war er schon ein älterer Herr, etwa so alt, wie ich jetzt bin. Das britische European Movement hat eine Sternstunde gehabt, als es nach dem Beitritt zur EG 1975 ein Plebiszit gab. Das britische European Movement hat sich zugunsten der

britischen Mitgliedschaft engagiert. Federal Trust war natürlich mit dieser Bewegung eng verbunden, indem es sich wissenschaftlich bemühte und Veranstaltungen ausrichtete.

Es gab auch Lord Lothian²⁶⁹ mit der Federal Union.

Genau, Lord Lothians Schriften sind vor einiger Zeit neu herausgegeben worden – nicht von den britischen Freunden. Lord Lothian war unmittelbar vor dem Krieg aktiv. Es gibt eine ganze Reihe von britischen Politikern, von denen man es gar nicht vermuten würde, die in dieser Zeit sozialisiert wurden und diese Ideen aufgenommen haben. Einer ist später ein sehr prominenter Anti-Europäer geworden: Lord Tebbit.²⁷⁰ Manchmal schlägt die Gesinnung auch um und man entwickelt sich in eine andere Richtung. Das ist alles Vorgeschichte der nach dem Krieg sich entwickelnden Europäischen Bewegung, die alle Kräfte, die föderalistischen wie die europäistischen, zusammenführen wollte, um daraus Kraft zu schöpfen bzw. Einfluss zu nehmen.

Welche Rolle spielt die Europa-Union Deutschland heute (noch)? Hat sie möglicherweise mit der Problematik zu kämpfen, dass die EU für sich ein Selbstläufer in Bezug auf ihre Erfolgsgeschichte war und im Grunde so viel erreicht worden ist, dass man sich fragen muss: Müssen wir noch da sein? Ist das eine Vermutung oder ein Befund?

Noch eine Unterfrage dazu: Wie haben Sie dieses europäische Picknick der PU 1989 wahrgenommen?

Das europäische Picknick lag außerhalb der normalen Arbeit des Verbandes Europa-Union bzw. der Europäischen Bewegung. Es war ein Event, das dann hochpolitisch geworden ist. Ich glaube nicht, dass das in der Strategie oder der Arbeit der Europa-Union eine besondere Rolle gespielt hat. Es ist mit Freude zur Kenntnis genommen worden.

Die andere Frage bezog sich darauf, dass man einmal das Opfer des eigenen Erfolges wird.

270 | Philip Kerr, Marquess of Lothian (1882–1940), britischer Diplomat und Politiker, 1938 Mitbegründer der Federal Union, die das Ziel eines föderalistischen Europas verfolgte.

271 | Norman Tebbit (geb. 1931), britischer Politiker der konservativen Partei, 1983–1985 Arbeits-, Handels- und Industrieminister seines Landes, 1985–1987 Vorsitzender seiner Partei.

Ich war von 1981 bis 1983 Generalsekretär der IEB. Damals war ich als Vertreter der KAS in Rom. Der Präsident war Giuseppe Petrilli. Hauptberuflich war er Präsident des IRI (Italienisches Institut für industriellen Wiederaufbau), einer mächtigen Gesellschaft, in der die staatseigenen Unternehmen zusammen gefasst waren. Er war ein ganz bedeutender Mann, später war er Senator der Republik. Zeitweise war er auch Mitglied und Vizepräsident der Hallstein-Kommission. In der Zeit habe ich als Generalsekretär die Initiative zur Auflösung der Europäischen Bewegung ergriffen. Ich bin damit aber nicht durchgedrungen, vielleicht war es von mir auch gar nicht so ernst gemeint. Es war auch eine Art Drohung, eine Art Aufforderung an die Mitgliedsverbände, sich nicht mehr nur national, sondern mehr im europäischen Verbunde zu engagieren, weil ich jedenfalls damals den Eindruck hatte, dass durch die Erfolge und den in Gang gekommenen Prozess eine gewisse Automatik zustande gekommen war. Vor allen Dingen wurden auch die Kräfte von der Integrationsbewegung auf staatlicher und politischer Ebene wie auch auf den verschiedenen zivilgesellschaftlichen Ebenen absorbiert. Gewerkschaftler, Unternehmer, alle möglichen Kategorien von Verbänden fingen an bzw. waren schon europäisch vernetzt. Die Kräfte, die früher in der Europäischen Bewegung, in der Europa-Union und bei den Europäischen Föderalisten, zusammengearbeitet haben, hatten neue Betätigungsfelder zur Förderung ihrer Anliegen gefunden. Das waren Betätigungsfelder, die sie aus professionellen bzw. politischen Gründen unmittelbarer ansprachen. Die Abgeordneten waren im EP oder im Europarat vertreten. Die Gewerkschaftler hatten den Europäischen Gewerkschaftsbund und die Unternehmer hatten auch ihre Verpflichtungen im europäischen Verbund. Die Parteien begannen sich europäisch zu organisieren. Meine Initiative, zu sagen: „Lösen wir den Verband doch auf. Es hat doch keinen Zweck mehr“, war also ein Reflex auf diese Vorgänge.

Das war Anfang der 1980er Jahre?

Ja, die richtigen Leute kamen nicht mehr zusammen und die, die noch zur Verfügung standen, engagierten sich auf der europäischen Ebene zu wenig. Ich wollte nicht die Europäische Bewegung als solche auflösen, sondern nur die Internationale. Die einzelnen nationalen Verbände in den jeweiligen Ländern spielten noch eine große Rolle und hatten ihre Aufgaben als Pressure Groups. Das war mir schon klar. Wegen ihrer geringen Kräfte spielten diese Verbände auf der internationalen Ebene jedoch keine große Rolle mehr. Aber über meinen Vorschlag ist

dann die Zeit hinweggegangen, wengleich es eine Diskussion in Gang setzte und mir die Gelegenheit gab, den Kollegen ein wenig ins Gewissen zu reden.

Ablösungsaspiration zur Existenzsicherung bzw. Existenzwahrung?

Ja, natürlich.

Das war eine dialektische Strategie.

Heute besteht die Europäische Bewegung nach wie vor. Pat Cox ist ihr Präsident, Andrew Duff ist der Präsident der Föderalistischen Bewegung. In Deutschland sind die Verbände zusammengefasst worden: Europa-Union Deutschland und Europäische Bewegung haben zumindest den gleichen Generalsekretär. Der Präsident auf der Seite der Europa-Union ist Peter Altmaier, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion.²⁷² Altmaier ist ein sehr engagierter Europäer, den ich aus Brüssel noch kenne. Präsident der Europäischen Bewegung Deutschland ist Dieter Spöri,²⁷³ ein sozialdemokratischer Abgeordneter. Der Generalsekretär ist ein junger Kollege, Bernd Hüttemann.²⁷⁴ Er hat die Zeichen der Zeit klug erkennend, die Europäische Bewegung in ein Netzwerk umgemodelt. Der Verband nennt sich heute auch Netzwerk Europäische Bewegung. Dort wird natürlich auch viel mit E-Mail, Websites usw. gearbeitet. Hüttemann spielt auch in Berlin eine gewisse Rolle. Er bringt in Berlin die europapolitischen Operateure aus allen Bereichen, aus der Politik, der Wirtschaft, der Wissenschaft, dem Verbandswesen usw. zusammen. Das hat die Europäische Bewegung immer schon versucht. Das war die Methode der Europäischen Bewegung. Hüttemann bringt diese Leute mit den Leuten, die auf der Regierungsebene verantwortlich sind, zusammen, etwa vor oder nach Gipfelkonferenzen, wichtigen Ministerratssitzungen bzw. wichtigen Ereignissen auf europäischer Ebene. Diese Leute kommen alle zusammen bzw. werden vom

272 | Peter Altmaier (geb. 1958), deutscher Politiker der CDU, seit 1994 Mitglied des Deutschen Bundestages, 2009–2012 Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, seit 2012 Bundesumweltminister.

273 | Dieter Spöri (geb. 1943), deutscher Politiker der SPD, 1992–1996 baden-württembergischer Wirtschaftsminister, 2006–2012 Präsident der Europäischen Bewegung Deutschland.

274 | Bernd Hüttemann (geb. 1970), deutscher Politikwissenschaftler und Europarechtler, seit 2003 Generalsekretär der Europäischen Bewegung Deutschland.

Netzwerk Europäische Bewegung einberufen. Dort haben sie Gelegenheit, mit Staatssekretären, Ministerialdirektoren, Verantwortlichen aus dem AA oder aus dem Wirtschaftsministerium zu sprechen und sich informieren zu lassen. Die beiden Figuren, die sich in Berlin darum kümmern sind Dietrich von Kyaw,²⁷⁵ der lange Jahre als Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland in Brüssel tätig war und nach seiner Pensionierung nach Berlin gegangen ist, und Joachim Wuermeling,²⁷⁶ ehemaliger Europaabgeordneter, Mitglied des Verfassungskonvents, der danach Staatssekretär im Wirtschaftsministerium geworden ist. Er hat sich mit Michael Glos (CSU),²⁷⁷ seinem Minister überworfen und ist jetzt in Berlin beratend tätig. Das ist ein kluger Junge. Er ist ein Enkel des früheren Familienministers, in den von Adenauer geführten Regierungen, Franz-Josef Wuermeling.²⁷⁸

Es gibt auch Diskussionsforen, die über das Internet laufen. Ich bin auch daran beteiligt. Man bekommt auch Material oder Links zu bestimmten Websites zugeschickt, auf denen diskussionswürdige Thesen publiziert werden. Man kann dann darauf reagieren. Das ist eine interaktive Geschichte, die „Europäische Bewegung – Zukunft Europas“ heißt.

Sie haben vorher Heinrich von Brentano erwähnt, der ein führendes Mitglied der Europa-Union gewesen ist. Hat es nach Brentano noch prominente Vertreter der Politik, seien es Außenminister, Europa-staatssekretäre oder sogar Bundeskanzler, gegeben, die in der Europa-Union Deutschland präsent waren bzw. dort ihre Präsenz gezeigt haben und sich auch mit diesem Gedanken identifiziert haben? Die Mitgliedschaft ist ja ein Indikator dafür, wie diese Minister, Politiker und Regierungsvertreter dem föderalen, dem föderativen, bundesstaatlichen Europa gegenüberstehen.

275 | Dietrich von Kyaw (geb. 1934), deutscher Diplomat, 1993–1999 Ständiger Vertreter der Bundesrepublik bei der EU.

276 | Joachim Wuermeling (geb. 1960), deutscher Politiker der CSU, 1999–2005 Mitglied des EP, 2005–2008 Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium.

277 | Michael Glos (geb. 1944), deutscher Politiker der CSU, 1993–2005 Vorsitzender der CSU-Landesgruppe und stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, 2005–2009 Wirtschafts- und Technologieminister seines Landes.

278 | Franz-Josef Wuermeling (1900–1986), deutscher Politiker der CDU, 1949–1969 Mitglied des Deutschen Bundestages, 1953–1962 Familienminister seines Landes.

Ja, die hat es gegeben.

Helmut Schmidt hat ein Vorwort zu den Memoiren von Jean Monnet geschrieben und sich bemüht, europäisch zu wirken.

Da ist ein anderer Strang interessant: das Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa, das von Jean Monnet gegründet und geleitet wurde. Es folgte einer anderen Methode, nicht der zivilgesellschaftlichen oder der Verbandsmethode, sondern eben der besonderen Monnetschen Methode. Es ging darum, wichtige, interessante, einflussreiche Leute aus Regierung, Opposition, Gewerkschaften und Wissenschaft zusammenzubringen. Das waren dann immer Leute, die auf ihren unmittelbaren Kontext großen Einfluss hatten. Rainer Barzel war ebenso wie Helmut Schmidt und Fritz Erler Mitglied im Aktionskomitee Jean Monnet. Ich habe Jean Monnet auch einmal bei Rainer Barzel getroffen, als er gerade einen Besuch machte. Auf dieser Ebene war das Aktionskomitee sehr einflussreich.

In der Europa-Union hat sich eine ganze Reihe von Leuten engagiert. Auch die Bundeskanzler sind immer zu den Kongressen der Europa-Union, die einmal im Jahr stattfanden, gekommen. Zu meiner Zeit waren von den Politikern Karl Mommer (SPD), Heinz Vetter,²⁷⁹ der Gewerkschaftschef, und sein Nachfolger Ernst Breit,²⁸⁰ der auch im Präsidium und im Vorstand war, sehr engagiert. Auch Ernst Majonica,²⁸¹ bis in die 1970er Jahre einer der bedeutenden Außenpolitiker der CDU/CSU-Fraktion, war dabei.

Weitere Persönlichkeiten, die noch eine Rolle spielten, waren z. B. Egon Klepsch (CDU) und Martin Bangemann (FDP).²⁸² Aber es war eine sehr breit aufgestellte Geschichte. Damals war die Stimmung zugunsten der föderalen bzw. föderalistischen Methode und Gestaltung der zukünftigen

279 | Heinz Vetter (1917–1990), deutscher Politiker der SPD, 1969–1982 Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

280 | Ernst Breit (geb. 1924), deutscher Gewerkschafter, 1982–1990 Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

281 | Ernst Majonica (1920–1997), deutscher Politiker der CDU, 1950–1955 Bundesvorsitzender der JU, 1950–1972 Mitglied des Deutschen Bundestages.

282 | Martin Bangemann (geb. 1934), deutscher Politiker der FDP, 1984–1988 Wirtschaftsminister seines Landes, 1989–1993 EU-Kommissar für Binnenmarkt und 1993–1999 für Informationstechnik und Telekommunikation.

gen EU normal. Es war der Mainstream, auch in den Parteien. Wir hatten kaum eine öffentliche Meinung, die dem sehr stark entgegenwirkte. Worunter wir eher gelitten haben – und damit gebrauche ich ein Wort von Theo Loch, der zeitweise mein Präsident in der Europa-Union war –, war das „interesselose Wohlwollen“. Es gab ein allgemeines Wohlwollen gegenüber der Politik der europäischen Einigung, das aber nicht dazu führte, dass sich die Leute besonders dafür interessierten, was passierte. Walter Scheel war auch einer meiner Präsidenten in der Europa-Union, der auf Theo Loch folgte. Auch Annemarie Renger²⁸³ war lange Mitglied des Präsidiums der Europa-Union, sehr engagiert und hilfreich. Heute kommen die Präsidenten von der nächsten Ebene. Es sind Abgeordnete, Parlamentarische Geschäftsführer oder Staatssekretäre, die diese Funktion ausfüllen. Vielleicht ist das ein Indiz für eine neue Situation.

Sie haben gesagt, dass föderale Gedanken in den 1970er Jahren Mainstream waren. Das hat sich in den 1980er/90er Jahren verändert, wobei mit dem Verfassungskonvent von 2002/03 wieder die Hoffnung und der Glaube aufkommen konnte, dass es doch so etwas wie einen neuen Anstoß geben könnte. Wegen dieser Überlegungen haben wir auch die Frage gestellt, welche Rolle die Europa-Union Deutschland heute noch spielt.

Eine Frage zu Jean Monnet: Das Aktionskomitee wird im Wesentlichen in den 1970er Jahren von ihm getragen. Er stirbt 1978. Hat es dann im Aktionskomitee einen Einbruch gegeben und wie war das Verhältnis der Europa-Union zum Aktionskomitee? Die Methoden waren ja, wie Sie sagten, unterschiedlich.

Es war ein sehr positives Verhältnis, obwohl es ein anderer Strang, eine andere Methode war. Die Bemühungen von Jean Monnet sind sehr positiv aufgenommen worden. Monnets Nachfolger wurde Max Kohnstamm, der das Komitee noch über einige Jahrzehnte weitergeführt hat. Er war in der EGKS ein engster Vertrauter und Mitarbeiter von Monnet gewesen – eine bedeutende Figur. Er war ein niederländischer Jude, den ich auch in Brüssel erlebt habe. Ich glaube, er lebt auch

283 | Annemarie Renger (1919–2008), deutsche Politikerin der SPD, 1972–1976 Präsidentin und 1976–1990 Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages.

noch.²⁸⁴ Kohnstamm habe ich einmal zusammen mit Fritz Hellwig²⁸⁵ und Jacques-René Rabier²⁸⁶ zu einem Kolloquium einladen können. Hellwig war in der letzten Phase Mitglied der Hohen Behörde und wurde dann auch Mitglied der Europäischen Kommission. Jacques-René Rabier war auch ein enger Mitarbeiter von Jean Monnet. Diese drei, ein Deutscher, ein Franzose und ein Niederländer, hatte ich als Zeitzeugen bei einer Veranstaltung, die ich im Auftrag des Präsidiums des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) zum Auslaufen des EGKS-Vertrags 2002 organisieren konnte, eingeladen. 50 Jahre nach 1952. Der EWSA ist das Einzige, was von der EGKS übrig geblieben ist. Denn der EWSA hat den entsprechenden Ausschuss, der im Rahmen der EGKS gegründet worden war, übernommen. Dieser Ausschuss hat die Händler, die Produzenten und die Verbraucher aus dem Kohle- und Stahlbereich zu einem beratenden Gremium zusammengebracht. Diesen Ausschuss wollte man, als der EGKS-Vertrag auslief, nicht aufgeben, sodass der EWSA sich in der Zeit, als ich Kabinettschef des Präsidenten war, dafür einsetzte, dass dieser Ausschuss in einer neuen Form erhalten bleibt und Teil des EWSA wird. Er spielt nach wie vor eine Rolle, zwar nicht mehr die, die er seiner Zeit hatte, aber dennoch eine beratende Rolle bei der Konversion von Stahl- oder auch Kohleindustrien.

2002 haben wir eine große Veranstaltung gemacht, die ich konzipieren durfte. Bei dieser Veranstaltung haben wir einen ganzen Tag über die Verdienste, die Rolle der EGKS und die Perspektiven diskutiert. Jacques Delors und die Straßburger Historikerin, Marie-Thérèse Bitsch,²⁸⁷ waren u.a. auch in dem Panel vertreten. Es war unheimlich spannend. Der Saal war voll. Es waren nicht nur die Mitglieder des EWSA anwesend, sondern wir hatten auch sonstige Leute eingeladen. Max Kohnstamm war bei dieser Gelegenheit sehr eindrucksvoll.

Von dem Aktionskomitee hörte man nicht mehr viel. Das bricht irgendwann ein.

284 | Max Kohnstamm (1914–2010), niederländischer Diplomat, verstarb einige Monate nach dem Interview mit Thomas Jansen im Oktober 2010.

285 | Fritz Hellwig (geb. 1912), deutscher Politiker der CDU, 1959–1967 Mitglied der Hohen Behörde der EGKS, 1967–1970 EG-Kommissar für Forschung und Atomenergie und Vizepräsident der Kommission.

286 | Jacques-René Rabier (geb. 1919), französischer Diplomat, 1958–1973 Generaldirektor des Presse- und Informationsdienstes der EG.

287 | Marie-Thérèse Bitsch (unbekannt), französische Geschichtswissenschaftlerin, emeritierte Professorin an der Universität Straßburg.

Ja, ich glaube, Kohnstamm hat es dann auch irgendwann offiziell beendet. Das Aktionskomitee gibt es nicht mehr. Es gibt aber Literatur. Von der Fondation Jean Monnet in Lausanne wurde einiges über das Aktionskomitee publiziert. Dort liegen auch die Akten und Papiere – nicht nur die von Jean Monnet, sondern auch die des Aktionskomitees.

Sie waren Chefredakteur der Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog in einer Zeit, in der Schmidt und Giscard zusammenkamen und das Europäische Währungssystem (EWS) aus der Traufe gehoben wurde. Wir haben noch eine Frage zur Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen, die in Richtung einer Periodisierung geht. Was waren die Höhen und Tiefen in diesen Beziehungen? Sie haben das ja über Jahrzehnte unter anderem im Rahmen ihrer Tätigkeit bei der Redaktion dieser Zeitschrift verfolgt. Was ist bleibend und mit Blick auf die Zukunft bei den deutsch-französischen Beziehungen wichtig?

Wenn ich versuchen soll, eine Periodisierung vorzunehmen, dann würde ich die erste Phase in den 1950er Jahren, bis etwa 1958 ansetzen. Diese Phase ist durch das gute Einvernehmen von Robert Schuman und Konrad Adenauer, die Gründung der EGKS und die Grundlegung des gegenseitigen Vertrauens gekennzeichnet. Die Aushandlung der Verträge brauchte schließlich Vertrauen.

Die Phase mit Charles de Gaulle hatte dann eine ganz andere Tonalität als die vorherige. Die Kontinuität liegt in der Person Konrad Adenauers, der bis 1963 mit de Gaulle zu tun hatte. Das ist eine eigene Phase de Gaulle-Adenauer. In diese Phase fällt der deutsch-französische Vertrag von Januar 1963. Es wurde von deutscher Seite versucht, de Gaulle europäisch bzw. im Sinne des gemeinschaftlichen Europas zu domestizieren. De Gaulle hatte ja eine andere Vision von Europa. Auch er war ein großer Europäer, der aber stark von der Nation her und von der Methode des Intergouvernementalismus mit starkem Führungsanspruch Frankreichs ausging. Adenauer hat das natürlich erkannt und verstanden. Er hat sich bemüht, einerseits dem entgegenzukommen, andererseits auch zu versuchen, die Franzosen in dieser Phase bei der Stange zu halten. Davon sind die Verhandlungen über den Fouchet-Plan²⁸⁸ von 1961/62 und den darauf folgenden deutsch-französischen

288 | *Die Pläne gehen auf Christian Fouchet (1911–1974), französischer gaulistischer Diplomat und Politiker, 1962–1967 Bildungsminister seines Landes, zurück. Sie sahen eine Weiterentwicklung der EWG zu einer EPU*

Vertrag von 1963 sehr stark geprägt. Wenn man den Fouchet-Entwurf für das Statut einer Europäischen Politischen Union (EPU) mit dem deutsch-französischen Vertrag vergleicht, stellt man fest, dass beide über weite Strecken mehr oder weniger textidentisch sind. Der deutsch-französische Vertrag entstand aus dem Scheitern der Fouchet-Verhandlungen über die EPU. Ich habe über die Entstehung des deutsch-französischen Vertrags in den beiden Bänden, die die KAS anlässlich des 100. Geburtstages von Konrad Adenauer herausgegeben hat, einen Beitrag geschrieben. Ich habe mich auf den Nachlass meines Vaters, auf seine Tagebücher usw. stützen können. Mein Vater war derjenige, der von deutscher Seite den Vertrag verhandelt hat.

Darauf folgt die Phase von 1963 bis 1969, während der Erhard und Kiesinger Kanzler waren. Erhard und de Gaulle verstanden sich überhaupt nicht. Sie lebten in dermaßen verschiedenen Welten, so dass das Verhältnis schwierig war. Und Kiesinger war schwach. De Gaulle tritt ja dann auch 1969 ab. Wenn man die Regierungszeit de Gaulles als eine Phase sieht, hat diese wiederum auf deutscher Seite zwei Unterphasen: eine mit Adenauer und eine mit Erhard und Kiesinger.

Darauf folgte Brandt als Bundeskanzler und auf französischer Seite Georges Pompidou.²⁸⁹ In dieser Phase fand 1969 der Gipfel von Den Haag mit den Ankündigungen der Vision einer EU und der Anregung des EWS statt.

Das EWS kam dann später mit Schmidt und Giscard. Brandt schlägt so etwas in der Art eines europäischen Währungsfonds vor.

Es lief im Prinzip auf einen Gemeinschaftshaushalt und entsprechende Beiträge der Mitgliedsstaaten, sogar auf eine gemeinsame Steuer hinaus. Wir hatten damals den Slogan gegen diese Bemühungen, vor allem seitens der Franzosen: „Kein Bundeshaushalt ohne Bund!“ Ein Bundeshaushalt war in Ordnung, aber der Bund musste vorher kommen. Im Grunde sind wir heute mit dem Währungsproblem wieder an der gleichen Stelle. Das war die Phase der 1970er Jahre, in denen mehrere Initiativen erfolgten.

vor, sollten aber eine Aufweichung des supranationalen Prinzips beinhalten, was zu Widerstand insbesondere seitens der Beneluxstaaten führte und letztlich zum Scheitern der EPU führte.

289| Georges Pompidou (1911–1974), französischer gaullistischer Politiker, 1969–1974 Präsident seines Landes.

Dann kam die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) im außenpolitischen Bereich dazu. Das war unter Pompidou und auf deutscher Seite unter Brandt. Darauf folgten Schmidt und Giscard und neue Impulse für ein EWS. Das kann man zusammennehmen. Roy Jenkins²⁹⁰ war damals der Präsident der Europäischen Kommission, der diese Idee sehr förderte und dazu auch konzeptionelle Vorschläge machte. In dieser Phase gab es eine enge Kooperation und ein Verständnis zwischen Schmidt und Giscard. Beide schätzten sich gegenseitig, obwohl sie sehr unterschiedlich waren – auf der einen Seite der hanseatische Sozialdemokrat und Republikaner, auf der anderen der adelige Giscard d'Estaing mit seinem präsidialen Habitus. Trotzdem sind sie sehr gut zusammen gegangen, weil sie dasselbe Ziel sahen und hatten.

Danach folgten Mitterrand und Kohl. Auch dieses Verhältnis war sehr eng. Beide schätzten sich nach den entsprechenden Annäherungsversuchen, die es zunächst hat geben müssen. Sie verstanden sich nicht nur auf politischer, sondern auch auf menschlicher Ebene. Beide hatten ein sehr starkes historisches Verständnis. Die beiden haben sehr viel miteinander über deutsche und französische Geschichte und die Lehren daraus gesprochen. Kohl war sehr geschichtsbewusst und von Hause aus Historiker. Geistig-politisch, literarisch hatten beide Berührungspunkte. Helmut Kohl hat François Mitterrand auch zu Ernst Jünger²⁹¹ gebracht, der auch eine Figur der deutsch-französischen Geschichte von gewissem Interesse ist. Auch das ist eine sehr interessante und sehr positive Phase.

Gab es nicht im Einigungsprozess auch Unstimmigkeiten zwischen Mitterrand und Kohl? War Mitterrand nicht teilweise sehr verschnuft über das Vorgehen Kohls?

Ja, das stimmt schon. Mitterrand wäre es lieb gewesen, wenn es bei den zwei Deutschlands geblieben wäre. Das ist aus der französischen Perspektive heraus ganz klar. Er war ein sehr konservativer, vorsichtiger

290 | Roy Jenkins (1920–2003), britischer Politiker der Labour Party, 1967–1970 Schatzkanzler seines Landes, 1977–1981 EG-Kommissionspräsident.

291 | Ernst Jünger (1895–1998), deutscher Schriftsteller und Philosoph. Während der Weimarer Republik gehörte er zum nationalistischen und anti-republikanischen Spektrum, nach 1945 wurden seine Publikationen, insbesondere seine Tagebücher, vielfach rezipiert, wofür er verschiedene Preise erhielt. In François Mitterrand hatte er einen Bewunderer.

Mensch, der fürchtete, dass die ganze europäische Architektur zusammenkracht, wenn plötzlich ein geeinigtes Deutschland mit den entsprechenden Dimensionen entstehen würde. Diese Differenzen haben Kohl und Mitterrand aufgrund ihrer gemeinsamen Basis, die sie in der Zeit vorher entwickelt hatten, überwunden. Nachdem die Differenzen nach Mitterrands Reise in die DDR – unmittelbar vor dem Zusammenbruch derselben – mit der Absicht, den Leuten Mut zu machen, deutlich geworden waren, erfolgte ein wichtiges Treffen zwischen den beiden, ich glaube, es war in Boulogne-sur-Mer. Dort sind die beiden am Meer zusammen spazieren gegangen und haben sich darüber ausgesprochen. Das Verhältnis ist dann wieder auf die Reihe gekommen, was von einer Solidität der Beziehungen trotz unterschiedlicher Sichtweisen zeugt. In der Politik kommt so etwas auch vor. Wenn die Grundlagen des Vertrauens da sind, dann ist so etwas auch zu machen. Es ist oft wichtiger eine Vertrauensbasis zu haben, als dass man sich in Details und Fragen der Agenda versteht. So etwas kann man immer nachholen.

Dann kommt Kohl-Chirac!

Das Verhältnis war nicht besonders gut. Es war korrekt. Kohl hatte immer ein besonderes Verständnis für die Bedeutung der deutsch-französischen Beziehungen als zentralen Wert für die europäische Integration. Wenn es mit Deutschland und Frankreich nicht klappt, klappt es überhaupt nicht. Das war die Lehre der Geschichte und Ende der 1940er, Anfang der 1950er Jahre der Ansatz des Einvernehmens zwischen Schuman, Monnet, Adenauer, Hallstein usw. Das Verhältnis zwischen Kohl und Chirac war, wie gesagt, korrekt, aber nicht so eng und herzlich, obwohl Chirac Kohl ideologisch natürlich viel näher stand als Mitterrand.

Woran lag das?

Vielleicht kann man das am besten mit dem Verhalten von Chirac in der Zusammenarbeit mit Schröder erklären. Die beiden sind auch nicht von der gleichen Partei, haben sich aber gut verstanden.

Aber auch erst in der zweiten Phase. Zunächst war eher das Verhältnis Schröder-Blair von Bedeutung.

Ja, aber Schröder hatte Illusionen. Er meinte, dass er mit Blair zusammenkommen könnte, weil er auch aus der Sozialdemokratie und dem

Sozialismus kam. Schröder wollte etwas anderes machen, er war ein „Event-Politiker“.

Beide waren Labour-Männer. Auf der Ebene haben sie sich getroffen.

Kohl hat Chirac nach meinem Eindruck als ein wenig oberflächlich und mehr an den Insignien der Macht, als an der Macht selbst interessiert, wahrgenommen. Das kann man dann auch von Schröder sagen. An der Macht waren diese Männer natürlich interessiert, aber nicht so sehr an der Frage, was man mit dieser Macht, die sie als Bundeskanzler und als Staatspräsident hatten, Vernünftiges anstellt.

Was die Inhalte angeht?

Genau. Ich finde, dass die Phase Chirac-Schröder sehr untypisch für die deutsch-französischen Beziehungen war. Insbesondere auf die europäischen Dinge hat die Zusammenarbeit dieser beiden ziemlich de-saströs gewirkt, trotz ihrer engen Verbindung. Schröder ist Chirac in verschiedenen Situationen nachgelaufen, um die deutsch-französischen Beziehungen gut zu halten. Es stand aber keine Strategie und Konzeption dahinter, was man aus der Gemeinsamkeit macht.

Ist es nicht die Irak-Krise, die beide noch enger zusammenführte? Ein gewisser antiamerikanischer bzw. amerikakritischer Reflex?

Der Umstand, dass sie eine gemeinsame Position eingenommen haben, war meines Erachtens für die europäische Entwicklung ganz schlimm. Schröder hat ohne jede Konsultation mit den Partnern in der Union, außer mit Chirac, die Entscheidung gegen das amerikanische Engagement getroffen und sich davon abgesetzt. Für die EU war das damals nicht gut. Blair ist ein gleichgroßer Sünder, der ohne Konsultationen und ohne jedes Gespräch mit den Partnern die Entscheidung getroffen hat, sich an die Amerikaner zu hängen. Es gab ziemliche Verwerfungen und Irritationen bei den Partnern. Ich glaube, inzwischen sind wir darüber hinweg. Das ist Angela Merkels großes Verdienst.

Sarkozy und Merkel haben ein schwieriges Verhältnis. Angela Merkel hat immer die Hände voll zu tun, um Sarkozy mit seinem Aktionismus – d. h. jeden Tag eine neue Idee vorzustellen, ohne zu berücksichtigen, wie die Vertragslage bzw. der politische Kontext ist – auf den Boden der Realität herunter zu holen. Dieser Aktionismus kann auch

zu positiven Ergebnissen führten. Ich muss sagen, dass der Aktionismus von Sarkozy während der französischen Präsidentschaft des Europäischen Rates positiv gewirkt hat, weil er in dieser Phase die französische Vorreiterrolle mit der europäischen Verantwortung zusammengebunden hat. Ein Beispiel dafür ist der Georgienkonflikt. Bei vielen anderen Gelegenheiten ist Sarkozy hingegen über das Ziel hinausgeschossen und Angela Merkel hat ihn dann versucht einzuholen, z. B. bei der Mittelmeerunion.

Die Mittelmeerunion wurde quasi schon durch die Wirtschaftskrise totgesagt, nach dem Motto: „Sarkozy hat sowieso keine Zeit mehr, sich darum zu kümmern.“ Vor kurzem hingegen war das Thema „Mittelmeerunion“ jedoch wieder in den Medien. Wie schätzen Sie diese Initiative Sarkozys im Hinblick auch auf deren Bedeutung für die EU als Parallel-, Teil- bzw. Konkurrenzunternehmen ein?

Meiner Ansicht nach hat er seine Vorstellung nicht durchdacht. Sarkozy wollte die Mittelmeerländer der EU mit den anderen Mittelmeerrainern vom südlichen Ufer zusammen führen, um gemeinsam Politik zu machen und bestimmte Projekte zu realisieren. Sarkozy hat nicht bedacht, dass das natürlich die EU auseinander gerissen hätte.

Hat das nicht auch etwas Postkoloniales an sich?

Ja, natürlich. Frankreich lebt natürlich immer noch unter den Vorstellung einer mehr oder weniger unmittelbaren Verantwortung für den Maghreb, für Marokko, Tunesien und Algerien. Der richtige Ansatz wäre aber gewesen, dass die EU insgesamt der Partner der südlichen Mittelmeerrainer sein muss, so wie es schließlich auch umgesetzt wurde. Man kann das heute nicht mehr so auseinanderdividieren. Es ist nicht mehr so, dass nur Frankreich, Italien und Spanien Mittelmeerländer sind. Denken Sie nur an die vielen Türken, Italiener, Spanier, Marokkaner usw., die in Deutschland oder Skandinavien leben. Auch Deutschland ist ein Mittelmeerland – einmal abgesehen von unserer Geschichte: Ich stamme aus Sinzig, das ist eine römische Siedlung gewesen. Ich bin eigentlich ein Römer vom Rhein, wie ich es den Italienern immer erkläre.

Sarkozy hatte also zu kurz gedacht und Merkel hat das intuitiv sofort begriffen, so dass ihre Reaktion darauf entsprechend ausfiel. Die Mittelmeerunion hat Sarkozy auch erfunden, weil die erste große Mittel-

meerinitiative, der Barcelona-Prozess, nicht richtig funktioniert hat, obwohl im Rahmen des Barcelona-Prozesses auch ganz interessante Sachen gemacht worden sind. Auf der politischen Ebene ist man währenddessen aber nicht richtig vorangekommen. Der Hauptgrund dafür liegt im Nahost-Konflikt. Die Araber, d. h. die südlichen Anrainerstaaten des Mittelmeers, haben in dieser ganzen Geschichte eine eigene Position vertreten, die von den Europäern nicht geteilt werden konnte. Das hat in allen Begegnungen und Initiativen eine Rolle gespielt. Nach der Konzeption des Barcelona-Prozesses musste Israel genauso dabei sein wie auch alle anderen Mittelmeerstaaten. Die Araber, aber auch Libyen als Sonderfall, waren dagegen und waren nur darauf bedacht, Israel rauszuhalten bzw. ihre Anti-Israelpolitik über diesen Transmissionsfrieden weiterzubringen.

Ansonsten hat es aber in den verschiedenen Körben bzw. Bereichen eine Menge interessanter Aktivitäten gegeben, was Sarkozy durch seine neuerliche Initiative beleben wollte. Die Union in seinem Sinne konnte es und durfte es jedenfalls nicht werden. Im Übrigen ist es aber auch nur natürlich, dass einige Länder der Gemeinschaft gegenüber ihrer Nachbarregion eine eigene Politik machen wollen. Das muss sich aber in die Gesamtpolitik der Gemeinschaft einpassen.

Das Verhältnis von Sarkozy und Merkel ist nicht so harmonisch, wie Sie sagen?

Sie verstehen sich ganz gut. Merkel hält, glaube ich, Sarkozy für ein wenig verrückt.

Nicht nur Merkel.

Das ist offenkundig, auch wenn sie sich gut verstehen: Küsschen links, Küsschen rechts.

Der Außenwahrnehmung nach ist das Verhältnis der beiden ganz herzlich.

Ja, auf der menschlichen Ebene ist das Verhältnis in Ordnung. Sarkozy lässt auch nie Frust aufkommen, wenn er merkt, dass er nicht weiterkommt. Dann zieht er auch zurück wie eben auch Merkel sehr vorsichtig mit ihm umgeht. Man muss auch für die anderen Paare, über die wir gesprochen haben sagen, dass man das Verhältnis nicht nur an zwei

Personen festmachen kann. Da hängt viel mehr von ab. Es gibt eine Menge „Volk“, das eine Rolle spielt. Vor allem die Operateure, die Akteure, die Minister und die Abgeordneten, die auch ihre Beziehungen haben, sind zu nennen. Die Ministerialbürokratie in Deutschland wie in Frankreich ist, insbesondere nach dem deutsch-französischen Vertrag, sehr stark aufeinander zugegangen. Das alles ist hilfreich für die Verschränkungen, für den Zusammenhalt und für die Pflege des Vertrauens.

Kommen wir noch einmal auf Kohl und Chirac zurück. Wir sind von dem Paar abgekommen. Zwischen den beiden herrschte kein so gutes Verhältnis. Sie haben erklärt, dass es sich auch aus dem Einvernehmen zwischen Chirac und Schröder ergibt. Wie ist das mit Blick auf Kohl zu verstehen?

Ich glaube nicht, dass Kohl in Chirac den Gesprächspartner gefunden hat, den er sich vorstellte. Der französische Staatspräsident musste in Kohls Vorstellung ein Mann sein, der auch geschichtlich denkt, sich nicht nur für das Klein-Klein der Politik interessiert und mit dem er sich auch über Perspektiven unterhalten kann. Ich denke, dass Chirac für Kohl eine Enttäuschung war. Kohl kannte Chirac ja schon aus der Parteien-Kooperation.

Aus der EDU?

Genau, aus der EDU.

Das ist erstaunlich. Es war doch eine Basis gegeben?

Schon, aber als ich Chirac selbst einmal als Vortragenden erlebt habe, nahm ich ihn als arrogant und unangenehm wahr, obwohl er persönlich ein außerordentlich liebenswürdiger und freundlicher Herr ist. Ich bin ihm auch einmal persönlich im Élysée-Palast begegnet, als Joseph Rován²⁹² von ihm einen hohen Orden bekam. Bei dieser Gelegenheit hatte ich die Möglichkeit, mit Chirac zu sprechen. Dort bestätigte sich mir, was ich schon von anderen gehört hatte. Menschlich ist Chirac außerordentlich liebenswürdig und freundlich. Ich hatte das Gefühl, als ich ihm gegenüberstand und drei Worte mit ihm wechselte, dass es für

292 | Joseph Rován (1918–2004), französischer Journalist und Geschichtswissenschaftler, politischer Berater von Helmut Kohl und Jacques Chirac.

ihn keinen wichtigeren Gesprächspartner gebe, als eben mich. Diese charismatische Fähigkeit besaß Chirac und die kam zum Tragen. Ich erinnere mich aber auch an einen Vortrag, den er vor der DGAP in Bonn gehalten hat. Ich saß damals mit Carl Otto Lenz²⁹³ zusammen.

Otto Lenz ist der 1957 sehr früh verstorbene frühere Chef des Bundeskanzleramts. Marlene Lenz, die Tochter, spielte auch eine Rolle.

Carl Otto ist der Bruder von Marlene Lenz,²⁹⁴ d. h. der Sohn von Otto Lenz. Carl Otto Lenz war Bundestagsabgeordneter, Vorsitzender des Rechtsausschusses, ein bedeutender Jurist. Er war dann Generalanwalt beim EuGH. Heute ist er pensioniert.

Mit ihm saß ich damals bei dem Vortrag Chiracs in Bonn zusammen. Wie Chirac in der anschließenden Diskussion die Leute, z.T. ergraute Ministerialbeamte und Ex-Botschafter, abfertigte, empfanden wir als ziemlich schlimm. Ich habe Chirac auch im Zusammenhang eines von der ÖVP organisierten Runden Tisches in Erinnerung, wo all die Verantwortlichen aus den Ländern aus MOE dabei waren. Da bekam ich einen ähnlichen Eindruck von ihm. Er kam, ließ sein Ei fallen und ging. Dann hatte sich das für ihn erledigt.

Er ließ sein Ei fallen? Das ist ein schöner Spruch – noch nie gehört!

Das sind meine sehr persönlichen Eindrücke.

Es ist interessant, solch atmosphärische Dinge zu erfahren. Trotz EDU und dieses Rahmens der Parteien- bzw. Parteienvertreterbegegnungen muss auch die Chemie stimmen. Die hat in diesem Falle offensichtlich nicht gestimmt?

Ja, sie hat nicht gestimmt. Das ist der Punkt. Die Chemie hat schon deswegen nicht gestimmt, weil – meine Vermutung – Chirac für Kohl eine Enttäuschung war und kein intellektueller Partner. In Mitterrand hatte Kohl so jemanden gefunden.

293 | Carl Otto Lenz (geb. 1930), deutscher Politiker der CDU, 1965–1984 Mitglied des Deutschen Bundestages, 1984–1987 Generalanwalt am EuGH.

294 | Marlene Lenz (geb. 1932), deutsche Politikerin der CDU, 1979–1999 Mitglied des EP.

In Anknüpfung zur Frage zum Verhältnis von Kohl zu Mitterrand stellt sich die Frage, ob es nicht auch eine ganze Reihe von Enttäuschungen – nicht nur im Zusammenhang der Deutschen Einheit – in der Beziehung gab? Musste Kohl nicht auch unzufrieden sein, dass Mitterrand nicht – nachdem er ihn mit der Deutschen Einheit auf Schiene gebracht hatte – auf die Politische Union anspringen konnte und wollte. Kohl, so scheint es, hegte zeitweise ganz deutliche Ambitionen für ein föderatives Europa, für eine Politische Union. Gab es nicht auf deutscher Seite diese Erwartungshaltung, denn die Deutschen waren auch vor der Einheit schon der Auffassung, dass eine europäische Währung kommen muss. Die DM wird nicht für die französische Zustimmung zur Deutschen Einheit geopfert. Für diesen Vorgang, der für die Deutschen eine enorme Sache ist, wird auch eine Zugeständnisposition Frankreichs erwartet.

Ja, da haben die Franzosen, auch Mitterrand, gesagt: „Unser Zugeständnis ist, dass wir euch erlauben, euch wieder zu vereinigen!“

Generös.

Das war die Überlegung. Kohl sah, dass der Moment gekommen war, insbesondere mit der Perspektive der Währungsunion, dass diese in die Politische Union eingepackt werden müsse. Das hat Kohl auch öffentlich zum Ausdruck gebracht. Es kann eigentlich keine Währungsunion ohne Politische Union geben. Wie Recht er hatte, zeigt sich jetzt.

Das ist ein wichtiger Punkt.

Es scheint mir nur so, dass die deutsche Politik bzw. diejenigen, die in der Politik heute das Sagen haben, diese Erkenntnis und Aussagen Kohls total verdrängt haben. Ich hoffe, es kommt wieder. Allmählich fängt es an, dass man z. B. in einem Interview einen Hinweis darauf gibt. Ich glaube, Jürgen Rüttgers²⁹⁵ ist einer von den ganz wenigen, die sich entsprechend geäußert haben. Auch Schäuble fängt sehr vorsichtig an, wieder in diese Richtung zu gehen. Es gibt da eine Angst vor der öffentlichen Meinung und die heute Verantwortlichen sind natürlich auch zeitlich und mental noch ein Stück weit von dem entfernt, was Kohl ausgemacht hat.

295| Jürgen Rüttgers (geb. 1951), deutscher Politiker der CDU, 2005–2010 nordrhein-westfälischer Ministerpräsident.

Es gab Enttäuschungen im Verhältnis Mitterrand-Kohl, das ist ganz klar. Die Reise Mitterrands in die DDR war natürlich eine herbe Enttäuschung. Es gab bei einem Straßburger Gipfeltreffen im Dezember 1989 eine Situation, in der die Währungsunion als eine Perspektive Gestalt annahm. Die Franzosen wollten auf diese Weise einmal natürlich die Vormachtsstellung der Deutschen Bundesbank brechen. Ich finde, das war auch im Interesse der Deutschen. Wenn auf Dauer alle europäischen Länder im Bereich der Währung nach der Pfeife der Bundesbank hätten tanzen sollen, so hätte dies sicher auch erhebliche Probleme im atmosphärischen Bereich bedeutet und zu Konflikten geführt. Insofern war es für die deutsche Seite auch eine Entlastung und eine Erleichterung, dass die Verantwortung bei der Europäischen Zentralbank (EZB) liegen sollte, zumal diese EZB nach deutschen Vorstellungen gestaltet worden ist. Das darf man ja auch nicht vergessen. Es ist ein Geben und Nehmen von verschiedenen Seiten gewesen. Was nicht erreicht wurde, ist die Politische Union. Die Enttäuschung darüber hat Kohl weggesteckt. Ihm ging es natürlich zunächst einmal um die Wiedervereinigung und darum, die Perspektive der europäischen politischen Einheit aufrecht und offen zu halten. Das glaubte er, mit der Währungsunion zu erreichen. Ich habe früher immer gesagt, dass die Währungsunion das materielle Herzstück der Politischen Union sei. Es ist aber mehr. Es ist die Seele.

Das Verhältnis Kohl-Mitterrand wird meines Erachtens etwas zu rosig gesehen, auch die Beziehung Kohl-Gorbatschow, wenngleich es natürlich immer bei allen ein Interesse für ein gutes Miteinander gab. Ein dritter Punkt im Spannungsfeld Kohl-Mitterrand war die Osterweiterung. Sie geht weit über das Thema der deutschen Einheit hinaus. Europaabkommen, die man nicht Assoziierungsabkommen nennt, vom EWR will man gar nicht reden. Frankreich war nicht begeistert über eine zu forcierte, zu rasche Erweiterung. Die deutsche Seite hat hingegen sehr deutlich gemacht, dass es eine Verantwortung für MOE gibt und Deutschland daher für die Erweiterung ist. War das ein Konfliktthema im Spannungsfeld Kohl-Mitterrand?

Daraus ist kein Konflikt entstanden, aber es war eine Meinungsverschiedenheit. Ich erinnere mich sehr gut an Giscard d'Estaing mit dem ich im Exekutivkomitee der Europäischen Bewegung saß. Giscard war der Präsident der IEB. Ich war ein Mitglied des *Comité Exécutif*. Damals haben wir sehr oft über diese Dinge gesprochen. Giscard vertrat natürlich die französische Vorstellung, dass man alles tun müsse, um die Erweiterung möglichst weit vor sich her zu schieben und zunächst die

EU zu konsolidieren. Ich habe dagegegehalten, dass wir es überhaupt nicht in der Hand haben, weil die Geschichte es eben bereits entschieden hat. Die Geschichte hat entschieden, dass die Erweiterung stattfinden muss, weshalb man sich bemühen müsse, diese zu gestalten. Wir haben sie nicht besonders gut gestaltet. Es hat natürlich erhebliche Fehler gegeben. Man hat sich zeitlich und auch von einigen Mitgliedsstaaten zu sehr unter Druck setzen lassen. Jeder Mitgliedsstaat hatte gegenüber den verschiedenen Ländern ein anderes Interesse. Daraus ist ein Mischmasch entstanden. Die Kommission war nicht stark genug, um die Linie zu halten. Das hat sich deutlich bei Rumänien und Bulgarien, aber auch schon vorher, gezeigt. Es gab unterschiedliche Konzeptionen und Sichtweisen von Franzosen und Deutschen. Es ist nicht zu Konflikten ausgeartet. Man hat es ausdiskutiert und in den Gremien entsprechend entschieden.

Vom Erweiterungskommissar Günter Verheugen²⁹⁶ scheinen Sie nicht sehr begeistert zu sein? Wir sprechen gerade über das Thema Osterweiterung und Verheugen wird maßgeblich mit diesem Projekt assoziiert. Er war im Wesentlichen für die Agenda der Osterweiterung, die im Grunde ein Jahrhundertprojekt war, zuständig. Die gesamte Zeitdauer dieses Projekts umfasste die Spanne von 1989 bis 2004/07. Zunächst war Verheugen noch gar kein Kommissar. Die Osterweiterung von 1989 an gerechnet hat immerhin 15 und mit Rumänien und Bulgarien 18 Jahre gedauert. Sie sagen, dass es dann wirklich sehr schnell gegangen ist. Man hat sich unter Druck setzen lassen und sich offenbar nicht mehr in einem kohärenten Konzept bewegt? Die Kommissionen waren keine starken, zum einen die Kommission Prodi²⁹⁷ und zum anderen auch die Kommission Barroso?

Ich habe die Kommission Prodi nicht als besonders starke Kommission erlebt, insbesondere ihren Präsidenten nicht als starke Führungspersönlichkeit. Prodi war mit seinem Kopf dauernd in Italien und hatte als Kommissionspräsident sogar noch eine eigene Partei in Italien gegründet. Das war für mich ein Anzeichen dafür, dass der Mann nicht richtig

296 | Günter Verheugen (geb. 1944), deutscher Politiker der FDP, später SPD, 1999–2004 EU-Kommissar für Erweiterung, 2004–2010 EU-Kommissar für Industrie- und Unternehmenspolitik.

297 | Romano Prodi (geb. 1939), italienischer Politiker der DC, heute PD, 1996–1998 und 2006–2008 Ministerpräsident seines Landes, 1999–2004 EU-Kommissionspräsident.

ticket und der Aufgabe des Kommissionspräsidenten nicht gewachsen war. Er hat sich – das sage ich aus unmittelbarer sehr subjektiver Anschauung – als Präsident der Europäischen Kommission nur für das interessiert, was ihn, den Professor Romano Prodi, interessierte. Er hat sich nicht für das interessiert, wofür er sich als Präsident der Europäischen Kommission hätte interessieren müssen. Er war ziemlich egozentrisch. Ich kann Ihnen das an einem Beispiel illustrieren: Ich war damals in der Gruppe für prospektive Analysen, dem Thinktank der Kommission für die Entwicklung und Pflege der Beziehungen zu den Kirchen- und Religionsgemeinschaften zuständig. Eines Tages bekam ich einen Anruf von Hans Küng,²⁹⁸ in dem dieser mir mitteilte, dass er Prodi in Brüssel einen Besuch abstatten wollte, um ihm sein neuestes Buch zu überreichen. Er fragte mich, ob ich ihm helfen könne. Ich habe ihm gesagt, er solle ein paar Zeilen schreiben und das Buch gleich mit-schicken. Das Buch und der an Prodi gerichtete Brief kam dann, an mich adressiert, bei mir an. Ich ging daraufhin ins Kabinett und bat, bei Prodi vorgelassen zu werden, um ihm das Buch zu überreichen und um ihm den Wunsch Küngs, sich mit ihm zu treffen, vorzutragen. Prodi kam mit seinem Kabinettschef ins Vorzimmer und ich überreichte ihm das Buch und den Brief von Küng. Einige Tage später war Hans Küng in Brüssel, um einen Vortrag zu halten. Prodi hatte ihm einen Termin zum Mittagessen gegeben und kam auch zu seinem Vortrag. Der Saal war voll und Prodi hörte sich das im Stehen an und lehnte alle Einladungen ab, in der ersten Reihe Platz zu nehmen. Das Thema und vor allem der Referent interessierte Prodi. Vorher hatte ich monatelang versucht, mit Prodi über die Beziehungen zu den Kirchen- und Religionsgemeinschaften zu sprechen. Ich dachte, ich müsste unbedingt ein Gespräch mit dem Präsidenten führen, damit er mir auch seine Vorstellungen übermitteln könne. Ich bin immer abgeschmettert worden. Das Thema hat ihn nicht interessiert oder ich habe ihn nicht interessiert.

Ich hatte ein anderes unmittelbares Erlebnis auf dieser Ebene mit Prodi. Gelegentlich habe ich Gesprächsrunden mit Katholiken, Protestanten und Orthodoxen um ein bestimmtes Thema herum organisiert. Eine gute Partnerin hatte ich in der Vertreterin der Evangelischen Kir-

298 | Hans Küng (geb. 1928), schweizerischer Theologe, 1963–1996 Professor an der Universität Tübingen, gilt als einer der bekanntesten Kritiker der Katholischen Kirche.

che Deutschland (EKD), Heidrun Tempel,²⁹⁹ die später auch als Kirchenreferentin im Bundeskanzleramt tätig war. Schröder hatte sie dorthin geholt. Sie war wohl sozialdemokratisch orientiert und eine hervorragende Kirchenrechtlerin. Zu einem kirchenrechtlichen Thema hatte ich ca. 30 Vertreter und Experten aus den verschiedenen christlichen Kirchen in der Kommission an einem Tisch versammelt, darunter auch Bischof Karl Lehmann,³⁰⁰ der eines der Referate übernommen hatte. Zu diesem Zeitpunkt war er noch nicht Kardinal. Ricky Levi,³⁰¹ ein Italiener jüdischer Konfession, Chef der Gruppe für prospektive Analysen, leitete eine dieser Sitzungen. Er war auch nur halb interessiert an dem, was wir taten. Er fand es aber ganz interessant, dass Karl Lehmann mit am Tisch saß. Levi sagte mir: „Übernimm’ doch einmal die Leitung, ich muss kurz zum Präsidenten. Ich bin gleich wieder da.“ Er ist dann zum Präsidenten gegangen und hat Prodi mitgeteilt, dass Karl Lehmann im Haus ist. Das hat Prodi interessiert. Levi kam dann wieder und fragte, ob es einzurichten sei, dass der Präsident zum Mittagessen kommen könne. Das Mittagessen war im Haus der EKD vorgesehen. Ich habe Heidrun Tempel gefragt, ob sie etwas dagegen habe, dass der Präsident zum Mittagessen hinzu käme. Sie antwortete: „Wunderbar!“ Prodi kam dann zum Mittagessen und setzte sich neben Lehmann, den er noch nicht kannte. Das war typisch für Prodi. Wenn er sich für jemanden oder für etwas persönlich interessierte, war er verfügbar.

Interessant. Innenpolitik und intellektuelles Ambiente wurden von Prodi favorisiert?

Das Intellektuelle, ja. Prodi ist ja auch Professor. Er weiß schon alles. Deswegen interessierte er sich auch nicht für die Gruppe für prospektive Analysen, für den Thinktank. Er hatte uns, der Gruppe von ca. 15 durchweg ganz interessanten Leuten, gegenüber auch einen gewissen Vorbehalt.

Tatsächlich? Hatte er den Verdacht, dass Sie zu viel machen?

299 | Heidrun Tempel (unbekannt), deutsche Diplomatin, 1994–2000 Vertreterin der EKD bei der EU, 2000–2007 Kirchenreferentin im Bundeskanzleramt.

300 | Karl Kardinal Lehmann (geb. 1936), deutscher römisch-katholischer Theologe, 1987–2008 Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz.

301 | Ricardo Levi (geb. 1949), italienischer Politiker der PD.

Ja, wir haben vorher schon Santer und bisweilen Delors gedient. Delors war für Prodi jemand, von dem man nicht sprechen durfte. Santer war unglücklich geendet und Prodi hat wahrscheinlich die ganze Kommission in Verdacht gehabt, dass sie Santer gestürzt habe. Er war nach meiner Einschätzung gegen die Kommission bzw. die Beamtenschaft derselben eingestellt. Er hat wohl deshalb eine ganze Reihe von Freunden aus Italien mit nach Brüssel gebracht und sich mit denen umgeben. Das war ein großer Fehler, da er dadurch auch den Kontakt zum Haus nicht bekommen hat. Im Kopf war er, wie gesagt, immer in Italien. Das sind meine Impressionen.

Hochinteressant. Was ist mit Verheugen?

Dazu fällt mir nicht besonders viel ein. Ich habe nicht den Eindruck gehabt, dass er ein besonders starker Mann war. Gut, er hat die Verantwortung für die Osterweiterung gehabt, aber das ist natürlich auch eine kollektive Verantwortung der Kommission. Es hat sich auch an seinem Nachfolger in diesem Ressort, dem Finnen Olli Rehn,³⁰² gezeigt, was sich bei allen Kommissaren unabhängig von deren Ressort zeigt: Wenn jemand ein Ressort hat, will er damit auch erfolgreich sein. Ein Erweiterungskommissar muss eben – ein wenig auf „Teufel komm’ raus“ – erweitern! Das kann man Verheugen vielleicht vorwerfen. Ähnliches habe ich bei einer Französin erlebt, der damaligen Generalsekretärin des Europarats, Catherine Lalumière.³⁰³ Sie war mir aus der Europäischen Bewegung bekannt. Sie hat sich als Generalsekretärin des Europarates sehr um die Länder aus MOE verdient gemacht. Sie hat im Vergleich zu anderen Franzosen überhaupt keine Abwehrhaltung gegenüber diesen Ländern. Verheugen hat sicher eine gute Arbeit gemacht, aber viel mehr kann ich nicht dazu sagen.

Kommen wir auf Ihre Biographie zurück. Sie waren Leiter der Außenstelle der KAS in Rom während der Jahre 1981 bis 1983. Das war eine kurze Phase, nach der Sie Generalsekretär der EVP wurden. Dieses Amt übten Sie von 1983 bis 1994 aus. Zunächst endete Ihre Tätigkeit als Chefredakteur der Dokumente, woraufhin Sie Leiter der

302 | Olli Rehn (geb. 1962), finnischer Politiker der liberalen Zentrumspartei, 2004–2009 EU-Kommissar für Erweiterung, seit 2010 EU-Kommissar für Wirtschaft und Währung.

303 | Catherine Lalumière (geb. 1935), französische Politikerin der Parti Radical de Gauche, 1989–1994 Generalsekretärin des Europarats.

Außenstelle der KAS in Rom wurden. Wie kam es dazu und wieso waren Sie dann doch nur so kurz von 1981 bis 1983 in Rom?

Das hat alles mit Zufällen zu tun. Mein Lebenslauf, meine Karriere ist sehr stark von Zufällen geprägt. Ich war Generalsekretär der Europa-Union und wurde nebenbei auch Chefredakteur der *Dokumente*. Gerhard Eickhorn war Generalsekretär der Europäischen Bewegung und mein Vorgänger als Generalsekretär der Europa-Union. Er war auch Geschäftsführer des Europa-Union Verlages. Zu einem bestimmten Zeitpunkt geriet die Zeitschrift *Dokumente*, in wirtschaftliche Schwierigkeiten. Diese Zeitschrift war schon 1946 von dem Jesuitenpater Jean du Rivau³⁰⁴ gegründet worden und wurde von der deutsch-französischen Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit (Bureau International de Liaison et de Documentation) getragen. Auf französischer Seite spielte Joseph Rovon eine große Rolle. Auf deutscher Seite war ein Bundestagsabgeordneter und Gewerkschaftler, Hermann Josef Russe,³⁰⁵ als Präsident verantwortlich. Die Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit war ein Verband, der wichtige Beiträge für die deutsch-französischen Beziehungen leistete, vor allem in den 1950er Jahren. Durch Publikationen, Begegnungen aller Art, intensive Jugendarbeit, landeskundliche Seminare, Konferenzen und Kongresse, hat sich diese Gesellschaft verdient gemacht. Ein Problem entstand in den 1970er Jahren. Der Geschäftsführer und spätere Generalsekretär der Katholischen Arbeiter Bewegung (KAB), Bernhard Winkelheide,³⁰⁶ wandte sich an uns mit der Frage, ob wir nicht einspringen könnten. Wir haben die Zeitschrift gerettet. Unmittelbar nach dem Krieg war sie zeitweise in einer Auflage von mehreren tausend Exemplar erschienen. Die Themen der Zeitschrift waren in. Aber jetzt war die Zeitschrift am Ende. Wir haben die Zeitschrift unter der Bedingung, dass wir als Europa-Union-Verlag auch die Redaktion stellen, übernommen. Ich bin dann gebeten worden, die Chefredaktion zu übernehmen. Das hatte auch finanzielle Gründe, da ein Teil meines Gehalts abgewälzt werden konnte. Ich habe diese Arbeit gerne gemacht, es war eine sehr schöne Aufgabe, bei der ich auch eine Menge gelernt habe.

304 | Jean du Rivau (1903–1970), französischer Jesuitenpater, 1945 Begründer der *Dokumente*.

305 | Hermann Josef Russe (1922–2008), deutscher Politiker der CDU, 1965–1980 Mitglied des Deutschen Bundestages.

306 | Bernhard Winkelheide (1908–1988), deutscher Politiker der CDU, 1949–1972 Mitglied des Deutschen Bundestages, 1965–1972 Vorsitzender der KAB.

Ich fuhr in dieser Zeit einmal zu einer Tagung nach Rom, die von der Europäischen Bewegung organisiert worden war. Das waren die deutsch-italienischen Gespräche, die jährlich stattfanden. Die Europäische Bewegung hatte diese Gespräche als Instrument zur Förderung der bilateralen Beziehungen geschaffen. Es gab auch die deutsch-französischen und die deutsch-englischen Gespräche, die immer auf sehr gutem Niveau stattfanden. Auf dem Rückweg von der Tagung in Rom saß ich im Flugzeug neben dem damaligen Hauptgeschäftsführer der KAS, Karl-Heinz Bilke.³⁰⁷ Als wir Norditalien und die Alpen überflogen, sagte mir Bilke, dass dort unten am Comer See die Begegnungsstätte der KAS, die Villa La Collina, in Cadenabbia liege. Adenauer machte dort früher Urlaub und traf sich dort mit bedeutenden Persönlichkeiten. Im Gespräch über die italienische Aktivität der KAS, erfuhr ich, dass in Rom eine Vertretung eröffnet worden sei. Stephan Wegener, ein Thyssen-Enkel,³⁰⁸ war dort tätig, wollte aber aus Rom wieder weg, weil er im Unternehmen seiner Familie eine Aufgabe übernehmen müsse. Bilke sagte mir, dass sie jemanden für die Position in Rom suchten und fragte mich, ob ich jemanden kenne, den ich empfehlen könne, der italienisch spreche. Daraufhin habe ich gesagt: „Ich spreche italienisch!“. „Wollen Sie das machen?“, fragte er mich, woraufhin ich erwiderte: „Ja!“ In erster Linie habe ich es für meine Frau und unsere Kinder gemacht. Meine Frau ist Italienerin und meine Kinder haben sich bis dahin fast ausschließlich im deutschen Sprachraum getummelt. Ich dachte, es wäre gut, wenn sie etwas vom kulturellen Hintergrund ihrer Mutter mitbekämen. Für meine Frau, dachte ich, wäre es gut, wenn sie wieder italienische Luft schnuppern könne. Ich bin relativ schnell mit Bruno Heck, dem damaligen Vorsitzenden der KAS, und den zuständigen Kollegen ins Gespräch gekommen und dann nach Rom gegangen. So kam ich für die KAS nach Rom. Das war eine sehr schöne, zugleich anregende und herausfordernde Arbeit. Ich war absolut unabhängig, hatte ein Budget und konnte im Prinzip machen, was ich wollte. Die Zentrale war weit weg und sie wusste auch nicht, was man im Rom machen kann. Der für die europäischen Außenstellen zuständige Kollege, Josef Thesing,³⁰⁹ Leiter des Instituts für Internationale Solidarität, hatte keine Ahnung von Italien. Sein Interesse galt vor allem

307 | Karl-Heinz Bilke (1934–1984), deutscher Politiker der CDU, 1973–1978 Bundesgeschäftsführer seiner Partei, 1978 Hauptgeschäftsführer der KAS.

308 | Siehe auch: Stephan Wegener (Hg.): August und Josef Thyssen. Die Familie und ihre Unternehmen. Essen 2004.

309 | Josef Thesing (geb. 1937), deutscher Politikwissenschaftler, 1984–2002 Leiter des Internationalen Instituts der KAS.

Lateinamerika. Als Instrument diente mir die Begegnungsstätte in Cadenabbia, wo ich eine ganze Reihe von deutsch-italienischen Begegnungen mit jungen Leuten, Gewerkschaftlern, Professoren, Frauen, Politikern usw. organisiert habe. Das war immer interessant. Eine besonders attraktive Tagung habe ich einmal mit italienischen und deutschen Professoren der Politik- und Geschichtswissenschaften organisiert. Diese Tagung entstand in Zusammenarbeit mit dem nach Don Luigi Sturzo benannten römischen Institut. Die Professoren, die ich persönlich kannte, angefangen bei meinem Doktorvater Karl Dietrich Bracher, hatte ich natürlich bevorzugt eingeladen. Es war wirklich eine sehr gute Zusammensetzung. Man hat sich dann über die Politik- und die Geschichtswissenschaften in Deutschland und Italien ausgetauscht.

Weiterhin habe ich die italienischen Journalisten und Korrespondenten in Bonn bzw. die deutschen in Rom zusammengebracht, damit sie sich kennenlernen und miteinander diskutieren. Vor allem sollten sie auch aneinander ihre Vorurteile abarbeiten. Das ist zu einer ständigen Einrichtung geworden. Diese Treffen sind später von der „Villa Vigoni“ weitergeführt worden. Solch interessante Sachen habe ich im Rahmen der Tätigkeit bei der KAS machen können. Das war eine wirklich sehr schöne Zeit.

Das war eine kurze Zeit, drei Jahre.

Im Sommer 1982 tauchte Helmut Kohl in Rom auf, bevor er nach dem konstruktiven Misstrauensvotum gegen Schmidt Kanzler wurde. Er wurde von Peter Hartmann, dem späteren Botschafter in Paris und London, begleitet, der damals der Verantwortliche für das BAB der CDU war.³¹⁰ Kohl nahm an einer Konferenz der christlich-demokratischen Internationale teil, die von der DC ausgerichtet wurde. Es gehörte zu den Aufgaben des Vertreters der KAS im Ausland, sich um die CDU-Politiker, die in die jeweiligen Länder kamen, zu kümmern. Ich habe Kohl als Dolmetscher zu seinen Gesprächen mit verschiedenen italienischen Politikern begleitet. Ich habe mich auch um seine Frau gekümmert und das Ehepaar Kohl in Rom herumgeführt. Zwischendurch haben wir einmal Rast in der Harry's Bar an der Via Veneto gemacht. Kohl erzählte von der EVP.

310 | Peter Hartmann (geb. 1935), deutscher Diplomat und Politiker der CDU, 1965 Eintritt in den diplomatischen Dienst, 1995–1998 Staatssekretär im AA.

Für die Sie ja schon ein Programm, ein Statut entworfen hatten?

Ja, das war aber schon lange vorher gewesen.

1975?

Ja, genau. Das war vor der Gründung der EVP 1976. Kohl erzählte von der EVP und sagte, dass ihm daran manches nicht gefalle. Vor allem sei es nicht gut, dass der Generalsekretär, Jean Seitlinger, ein lothringischer Franzose, gleichzeitig auch Bürgermeister von Rohrbach-lès-Bitche, Mitglied der Nationalversammlung und des EP war. „Ja, wann soll der denn Generalsekretär der EVP sein? Das geht doch nicht.“ Wie oft in Frankreich sammeln die Leute Titel, ohne das zu tun, was der Titel eigentlich verspricht. Kohl sagte: „Das müssen wir ändern! Da muss ein Deutscher hin, jemand, der sich rund um die Uhr mit der EVP befasst und sich engagiert!“ Er entwickelte diese Ideen und plötzlich sagte er: „Ich habe mir gedacht, dass Sie dafür der Richtige sind!“ Ich war natürlich erstaunt. Dann sagte er: „Ich weiß schon, Sie meinen, ich hätte etwas gegen Sie, weil Sie bei Barzel waren! Das ist aber nicht so, ich habe in meiner Umgebung eine Reihe von Leuten, die Sie immer verteidigt haben, wenn ich mich abfällig über Sie und Ihre Zusammenarbeit mit Rainer Barzel geäußert habe. ‚Nein, der Jansen ist jemand, der sich mehr für die Sache, als für die persönlichen Dinge interessiert‘, haben Sie mir gesagt.“ Diese Leute waren Horst Teltchik, Eduard Ackermann, Wolfgang Bergsdorf³¹¹ und auch Werner Weidenfeld. Sie bildeten einen festen Kreis von Getreuen und Beratern um Kohl. „Überlegen Sie es sich, reden Sie mit Ihrer Frau. Wenn Sie sich entschieden haben, rufen Sie Peter Hartmann an!“, sagte Kohl zu mir. „Dann werden wir sehen, wie es weiter geht und wann wir es machen können.“ Meine Frau war nicht begeistert, dass es zu diesem plötzlichen Abbruch unseres römischen Aufenthaltes kommen sollte. Als Termin hatte mir Kohl nämlich April 1983 genannt. Zu diesem Zeitpunkt wurde ich vom Politischen Büro der EVP tatsächlich gewählt. Die Schwierigkeit, die ich noch umschiffen musste, um alles fest zu machen, war Bruno Heck, der Vorsitzende der KAS. Heck hatte meine Ernennung nach Rom sehr gefördert und nun musste ich ihm mitteilen, dass Kohl mich in Brüssel haben wollte. Heck war richtig sauer und sagte mir, dass wir einen Ver-

311 | Wolfgang Bergsdorf (geb. 1941), deutscher Politikwissenschaftler, 1973–1982 Büroleiter von Helmut Kohl, 1983–1998 Leiter der Abteilung Kultur und Medien im Bundeskanzleramt, 2000–2007 Präsident der Universität Erfurt.

trag über drei Jahre hätten. „Das geht überhaupt nicht! Ich bestehe darauf, dass Sie bleiben!“ Helmut Kohl hat Heck aber gesagt, dass er mich brauche, womit die Sache vermutlich erledigt war. Obwohl Heck ja viel älter als Kohl und schon im Kabinett von Adenauer Familienminister, Generalsekretär der Partei usw. war, ist Kohl natürlich mächtiger gewesen. Sein Argument, „Ich brauche den Mann“, war damals unüberwindbar.

Kohl hat mir gesagt, „Wenn Sie Generalsekretär der EVP sind, vertreten Sie die Interessen der EVP und nicht die Interessen der CDU! Sie werden es nämlich erleben, dass der eine oder andere Parteifreund einmal nicht mit Ihnen zufrieden sein wird, weil er meint, dass Sie gegen die Interessen der CDU arbeiten und andere Interesse mehr im Augen haben würden, als die Interessen der CDU.“ Das fand ich sehr gut, das war für mich ermutigend. Allerdings war das, was Kohl mir damals sagte, später auch Anlass zur Enttäuschung. Kohl hatte diese Aussage nämlich irgendwann selbst vergessen und warf mir vor, ich würde nicht die Interessen der Partei vertreten. Das war aber zu einem Zeitpunkt, als er nach der Wiedervereinigung zum „lieben Gott“ geworden war. Er neigte jetzt dazu, seine Umgebung, seine Mitarbeiter, seine Leute, Freunde und natürlich die Strukturen, auch die eigene Partei im Sinne seiner Machtposition als Bundeskanzler zu instrumentalisieren. Das lag auch schon früher in seinem Naturell bzw. seiner Art. Ich nehme ihm das nicht übel. Ich weise nur darauf hin.

So kam ich im April 1983 nach Brüssel. Ich wurde im Politischen Büro auf Vorschlag von Leo Tindemans gewählt, den ich ja auch überzeugen musste, weil er das Vorschlagsrecht hatte. Kohl hatte Tindemans unter Druck gesetzt. Tindemans hatte einen eigenen deutschen Kandidaten. Er hat sich, als er gehört hatte, dass Kohl einen Deutschen wollte, jemanden ausgesucht, den er kannte und mit dem er schon zusammen gearbeitet hatte. Das war ein guter Freund von mir, der langjährige Vertreter der KAS in Brüssel, Hans-Werner Dahl³¹². Tindemans wollte ihn haben. Kohl kam also und sagte: „Nein, das macht der Thomas Jansen!“ Tindemans sagte: „Wer ist Thomas Jansen? Den kenne ich gar nicht!“ Ich habe Tindemans daraufhin anlässlich einer Sitzung der Europäischen Bewegung in Brüssel besucht. Er hat mich schon merken lassen, dass ich nicht seine Wahl bzw. sein Kandidat war. Anfangs hatte

312| *Hans-Werner Dahl (geb. 1939), 1978–1991 Mitarbeiter der KAS in Brüssel.*

ich also reichlich zu tun, um das Vertrauen von Tindemans zu gewinnen. Geschafft war es 1984 nach dem ersten EVP-Kongress in Rom, den wir gemeinsam organisiert hatten. Das erste Jahr war etwas schwierig, obwohl ich Freundschaft mit Leuten aus der Umgebung Tindemans geschlossen habe und auf diese Weise das Terrain vorbereitet war. Ich habe mich gegenüber Leo Tindemans absolut loyal verhalten, was ich sowieso immer versucht habe, zu tun. Nach diesem Kongress waren die Anfangsschwierigkeiten überwunden und ich hatte dann immer ein sehr gutes Verhältnis zu Tindemans. Er ist nicht mehr lange Zeit Präsident geblieben. Seine Nachfolger waren der Niederländer Piet Bukman, der Luxemburger Jacques Santer und dann schließlich der Belgier Wilfried Martens. All diese Präsidenten stammten aus den Beneluxländern, Belgien, den Niederlanden und Luxemburg. Ich habe mich immer gut mit meinen Präsidenten verstanden. Das ist auch wichtig in dieser Funktion. Das war mein Weg von der Europa-Union über die KAS in Rom nach Brüssel.

Vielen Dank auch für diese sehr wichtigen und erhellenden Hinweise, wie solche Dinge laufen. Für den Außenstehenden ist das ja nicht immer erkennbar.

Stimmt es, dass laut Erhard Busek Helmut Kohl in den Dimensionen des Heiligen Römischen Reiches, im Grunde eines großen Europas gedacht hat und nicht nur wie bei Adenauer Westeuropa im Vordergrund stand, sondern auch die Mitte und der Osten des Kontinents? Wieweit hat sich Kohls Europabild bzw. -politik eigentlich gewandelt? Man kann ja nicht sagen, dass er in der Phase der Stuttgarter Erklärung der Einheitlichen Europäischen Akte, während des Vertrags von Maastricht und zur Zeit des Amsterdamer Vertrages immer die gleiche Position hatte. Das alles sind ganz unterschiedliche Stationen der europäischen Einigung. Ursprünglich gab es auch noch die Colombo-Genscher-Initiative zu der Zeit, als sie in Rom waren. Hat Kohl irgendwo angeknüpft? Es ist ja interessant, dass der FDP-Außenminister Genscher eine Initiative setzt. Dann kommt Kohl. Wie kann man dem Europabild und der Europapolitik Kohls gerecht werden?

Das, was Busek sagt, kann sein. Ich habe es von Kohl aber niemals verbalisiert zu hören bekommen. Kohl dachte natürlich in der Dimension Europas als Kulturraum, weil er – das halte ich für vollkommen richtig – als geschichtsbewusster Mensch erkannt hatte, dass für die Einigung Europas es absolut notwendig ist, dass ein kultureller Konsens

zwischen den Staaten und Ländern, die sich zusammenschließen, absolut notwendig ist. Ich kann mir gut vorstellen, dass er die Dimension des Heiligen Römischen Reiches im Hinterkopf hatte, weiß aber nicht, ob es nach der Wiedervereinigung in einer konkreten Politik, der Erweiterungsentwicklung, zum Ausdruck gekommen ist. Die realpolitische Entwicklung war aber sicher in seinem Sinne. Der Raum, diese Staaten, diese Völker mussten auch aus Sicherheitsgründen Anbindung finden. Deutschland und die anderen westeuropäischen Länder mussten aber auch die Möglichkeit bieten, die wirtschaftliche Entwicklung in diesen Ländern zu fördern. So hat Kohl wohl gedacht. In Kohls Europapolitik sehe ich seit Amtsantritt 1982 zum Bundeskanzler eine große Kontinuität. In Bezug auf Ihre Frage möchte ich sagen, dass Kohl – wie übrigens schon Adenauer – sehr pragmatisch vorging, und gerne alles mitgemacht hat, was gerade möglich war, unter der Voraussetzung, dass die Richtung stimmte.

Könnten Sie das Verhältnis der Parteiführer-Konferenzen zur Vorbereitung des Europäischen Rates schildern? Inwieweit führt das integrationshistorische bzw. -theoretische Paradoxon, dass wir den Europäischen Rat außerhalb des Vertragssystems hatten bzw. dass auch die Parteiführer-Konferenzen außerhalb der Statuten der EVP lagen, im Grunde jedoch zu supranationalen Ergebnissen? Welche Rolle spielt Helmut Kohl in diesem Kontext?

Das Instrument der Konferenz der Partei- und Regierungschefs war wichtig zur Vorbereitung der Begegnungen im Europäischen Rat, weil es eine Gelegenheit für die Parteiführer und vor allen Dingen für die Regierungschefs gab, sich unter Freunden auszusprechen und sich über ein taktisches Verhalten in Anbetracht von Positionen der Gegenseite, z. B. der Sozialisten, abzustimmen. Für die taktischen Überlegungen war es ganz wichtig, dass die Chefs ein klares Bild von den Positionen der Partner gewinnen konnten, und dass sie sich auf ihre Parteifreunde aus den anderen Ländern verlassen konnten, bevor sie in den Europäischen Rat gingen.

Tatsächlich war das ein Instrument, das ursprünglich nicht in der Satzung der EVP vorgesehen war. Es war uns schon bewusst, dass diese Treffen außerhalb der Satzung stattfanden. Es war aber eine Sache, die sich aus den Notwendigkeiten der Vorbereitungen des Europäischen Rates ergab. Und es bestand auch der Bedarf an einem Führungsgremium, das über Partei und Fraktion stand. Damals waren die Partei-

strukturen und die Organe der Partei im Verhältnis zu denen der Fraktion sehr untergewichtig. Die Fraktion hatte das Geld und die Macht. Sie war am Prozess auf der zwischenstaatlichen und supranationalen Ebene beteiligt. Der erste Durchbruch, den die Partei gegenüber der Fraktion erzielt hat, war tatsächlich, dass die Fraktion eines Tages kam und sagte: „Hier haben wir das Problem mit den Konservativen. Wir kommen damit nicht klar. Wir sind zerrissen. Entscheidet Ihr das in den Parteigremien!“ Damals wurde klar, dass man ein solches Führungsorgan benötigte. Denn diese Autorität hatte auch das Präsidium der EVP nicht.

Übrigens war ein entsprechendes Organ auch nicht in der Satzung der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) vorgesehen. Die SPE hat dieses Instrument nach dem Vertrag von Maastricht in ihre Satzung aufgenommen, als der Parteien-Artikel schließlich beschlossen war und alle Parteien sich neu erfinden mussten, um der neuen Situation gerecht zu werden. Wir hatten dies in der EVP schon früher getan, wir hatten es antizipiert. Wir haben die Satzungsreform schon vor Maastricht durchgeführt und bei dieser Gelegenheit die Parteiführer-Treffen berücksichtigt. Seit 1992 standen diese in der Satzung.

Worin unterschieden sich eigentlich Aktionsprogramme von Grundsatz- und v.a. Wahlprogrammen? Wie häufig wurden solche Aktionsprogramme beschlossen bzw. verabschiedet und wie war Ihrer Erinnerung nach die Wirkung?

Das Aktionsprogramm befasst sich mit bestimmten aktuellen politischen Problemen und beschreibt, welche Maßnahmen oder Aktionen zu ergreifen sind. Will heißen: Welche Politiken sollen mit welchen Zielen und mit welchen Methoden entwickelt und realisiert werden, um die anstehenden Probleme in dem betreffenden Aktionsfeld zu lösen bzw. einer Lösung näher zu bringen. Es richtet sich vornehmlich nach innen, also an die Parteigliederungen, die Mitgliedsparteien, die Parlamentsfraktionen und die Abgeordneten. Aktionsprogramme wurden auf fast allen Kongressen, die im Abstand von zwei Jahren stattfanden, diskutiert und beschlossen. In den Jahren der Europawahl waren sie durchweg umfassend angelegt und dienten auch als Wahlprogramme. Bei den von den Kongressen zwischen den Wahlen verabschiedeten Programmen handelte es sich meist um solche, die sich mit ausgewählten aktuellen Politikfeldern (Außenbeziehungen, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, institutionelle Entwicklung der Gemeinschaft etc.) befassten.

Das Wahlprogramm ist seiner Natur nach auch ein Aktionsprogramm, das aus Anlass der Europawahl verabschiedet wird und sich deshalb auch an die Öffentlichkeit wendet, um zu zeigen, wofür die Partei steht und worauf sich ihre Kandidaten verpflichten. Es bezieht sich in der Regel auf die gesamte Palette der Politiken, die im Laufe der Wahlperiode voraussichtlich aktuell sein werden. Wahlprogramme wurden jeweils vom Kongress vor der Europawahl, also alle vier Jahre, beschlossen.

Das Grundsatzprogramm enthält im Idealfall eine systematische Darstellung und Auseinandersetzung mit dem, was die Partei motiviert und leitet, also ihre Prinzipien, ihre Werte, ihr Menschen- und Weltbild sowie ihre Vorstellungen von der gesellschaftlichen und politischen Ordnung, die sie verwirklichen will. Die EVP hat bislang nur zweimal solche Grundsatzprogramme beschlossen, nämlich „Das politische Programm der Europäischen Volkspartei: Gemeinsam für ein Europa freier Menschen“, verabschiedet vom I. Kongress im März 1978, und das „Athener Programm“, das vom IX. Kongress im Herbst 1992 in Athen verabschiedet wurde. Die Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms ist, wie ich höre, unlängst von den Gremien der EVP beschlossen worden. Nach den entsprechenden Vorarbeiten der Grundsatzkommission, die wohl demnächst konstituiert werden wird, und der Diskussion in den Mitgliedsparteien, soll das neue Grundsatzprogramm im Jahre 2013 verabschiedet werden.

Sie verweisen auf die eher schwierigen Konsensfindungen im Bereich der sozial- und wirtschaftspolitischen Themen der Innenpolitik der Parteien. Können Sie sich noch konkret erinnern, zwischen welchen Parteivertretern es Abstimmungsprobleme gab und bei welchen Themen es sich hier um Konsensfindungsschwierigkeiten handelte?

Präzise Erinnerungen daran habe ich nicht. Ich glaube aber, dass ich dazu einiges in meinem EVP-Buch,³¹³ in dem überhaupt viel über die Programmarbeit nachzulesen ist, gesagt habe. Woran ich mich gut erinnere ist, dass sich meistens die Bayern (CSU) und die Niederländer (CDA) als die Hauptvertreter „konservativer“ und „progressiver“ Auffassungen gegenüberstanden. Wenn sich ihre Exponenten, die regelmäßig von relativ weit entfernten Positionen ausgingen, einigen konnten,

313| Thomas Jansen: *Die Entstehung einer europäischen Partei. Vorgesichte, Gründung und Entwicklung der EVP.* Bonn 1996.

war der Konsens gefunden. Da beide, sowohl die Bayern als auch die Niederländer, über einen ausgeprägten Sinn für Parteidisziplin verfügten, konnte man sich darauf verlassen, dass die Einigung respektiert wurde und solide war.

Welches Bild hatte Helmut Kohl von Jean Monnet? Sie haben gesagt, Kohl war sehr belesen.

Ja, er war sehr belesen und historisch interessiert. Ich glaube, dass Robert Schuman ihm als Figur und politisch Verantwortlicher, der machte, was Monnet ihm im Hintergrund zuspiegelte, näher stand als die Person im Hintergrund. Ich glaube aber schon, dass Kohl die Verdienste Monnets anerkannte. Das scheint mir völlig außer Zweifel zu stehen.

Gab es Unterschiede in den Europa-Vorstellungen, in der Europa-Politik von Barzel und Kohl?

Barzel war ja europapolitisch nie in einer Regierungsverantwortung und nahm deswegen eine weniger konkrete Position ein, die nicht so sehr auf Handlung, Entscheidung und Aktion bezogen war. Barzel war Oppositionsführer in der Zeit, als ich mit ihm zusammengearbeitet habe, bis Kohl schließlich in der Fraktion – er war ja als Nachfolger von Carstens auch Fraktionsvorsitzender – das Heft in die Hand nahm. Barzel hat sich gedanklich mit den Fragen der europäischen Integration befasst, dazu auch Reden gehalten und Stellungnahmen abgegeben – ich sprach ja schon vom Barzel-Plan, der föderalistisch ausgerichtet war. Insgesamt war Barzel europapolitisch auf der klassischen Linie wie Adenauer und von Brentano.

Vertrat Adenauer eine klassische Linie und welche Vorstellungen hatte Adenauer von Europa? Staatenbund oder Bundesstaat? Wie kann man das fassen? Adenauer war zweifelsohne Europäer.

Adenauer war sehr pragmatisch. Die Idee der Wirtschaftsgemeinschaft gab es schon in den 1920er Jahren. Adenauer erinnert in einem Brief an Robert Schuman daran: „Ich habe 1925 schon daran gedacht!“ Adenauer hat 1933 in einer Rede in Köln beim letzten Kongress des SIPDIC eine Kohle- und Stahlgemeinschaft zwischen den rheinländischen Staaten vorgeschlagen. Es gibt leider keinen Originalbeleg davon, sondern nur einen Zeitungsartikel, der darüber berichtet. Vielleicht findet sich in den Archiven irgendwann einmal etwas Genaueres darüber.

Vielleicht sind die diesbezüglichen Unterlagen bei den Bombardierungen von Köln verbrannt. Adenauer war in dieser Hinsicht schon lange vor dem Krieg vorbereitet. Er hat später natürlich die Initiative Schumans gefördert, sein Einverständnis gegeben und die Sache im positiven Sinne verfolgt und die Realisierung betrieben.

Adenauers Mann für die Außenbeziehungen und die Europafragen, Walter Hallstein, wurde Verhandlungsführer bei der Ausarbeitung des EGKS-Vertrages. Hallstein ist den Anweisungen des Kanzlers gefolgt. Ich glaube aber nicht, dass Adenauer Hallstein gesagt hat: „Du musst im Sinne des Föderalismus tätig werden!“ Es gab wohl von Anfang an eine geistige Übereinstimmung. Adenauer hat Hallstein gewiss ermutigt, in der Auseinandersetzung und im Dialog mit den Franzosen die föderale Linie zu verfolgen. Aus der Zusammenarbeit zwischen Jean Monnet, Walter Hallstein, den Verhandlungsführern der Benelux-Länder sowie dem italienischen Verhandlungsführer, Paolo Emilio Taviani,³¹⁴ ist schließlich der EGKS-Vertrag entstanden.

Der damalige italienische Ministerpräsident De Gasperi ist einem Vorschlag bzw. einer Empfehlung von Altiero Spinelli gefolgt, eine „Ad-hoc-Versammlung“ im EGKS-Vertrag vorzusehen. Die Italiener haben das auch durchgesetzt. Diese Ad-hoc-Versammlung sollte sozusagen als verfassungsgebende Versammlung dienen, und ein Statut für die zukünftige Europäische Politische Gemeinschaft ausarbeiten, die aus der Erfahrung mit der EGKS herauswachsen sollte. Damit war auch die Idee der EVG verbunden.

Adenauer hat wohl konzeptionell keinen besonderen Einfluss darauf genommen, aber er hat die Ideen mitgetragen. Die natürlichen und notwendigen Entwicklungen und Perspektiven hat er gesehen. Seine Leute, Hallstein und von Brentano, der konzeptionell sehr im Sinne der föderalen Perspektive orientiert war, haben diese Politik dann in der Praxis verfolgt. Das geht aus den von Brentano veröffentlichten Reden und aus dem Buch „Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Heinrich von Brentano im Briefwechsel mit Konrad Adenauer 1949–1964“ von Arnulf Baring hervor.³¹⁵

314 | *Paolo Emilio Taviani (1912–2001), italienischer Politiker und Mitbegründer der DC, 1961–1968 und 1972–1974 Innenminister seines Landes.*

315 | *Arnulf Baring: Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Heinrich von Brentano im Briefwechsel mit Konrad Adenauer 1949–1964. Hamburg 1974.*

Es war typisch, dass Adenauer geistig-politisch so eng mit Robert Schuman verbunden war. Beide stammten ja aus dem deutsch-französischen Grenzraum. Beide waren praktizierende Katholiken. Diese Dinge spielten eine Rolle. Aber dass Adenauer von Schuman auf de Gaulle so nahtlos umschwenken konnte und sich auch mit de Gaulle gut verstanden hat, indem er die Gelegenheit nutzte, auch mit ihm die Europapolitik – wenngleich diese auch eine andere Tonlage annahm – fortzusetzen, zeigt, dass Adenauer sehr pragmatisch war.

Das heißt, einen Rückschluss von Hallsteins und Brentanos föderalistischer Vision eines europäischen Bundesstaates auf die Haltung Adenauers zu ziehen, ist nicht zulässig?

Ja, genau. Das ist richtig.

Wenn wir auf Barzel und Kohl zurückkommen ist noch ein dritter im Bunde erwähnenswert: Franz Josef Strauß. Hat Strauß, der „Auch-Außenminister“ in der Oppositionszeit der Christdemokraten, als er in München und Kohl in Mainz residierte, mit dem EDU-Projekt versucht, eine Spielwiese für sich zu schaffen? Wie ist das Verhältnis Strauß-Kohl zu charakterisieren?

Es war ein ganz schwieriges Verhältnis. Strauß hielt von Kohl überhaupt nichts. Er hielt ihn für jemanden, der nicht in der Lage sein würde, das Amt des Kanzlers auszuüben. Strauß hielt sich für das Amt prädestiniert. Er vertrat auch konzeptionell eine andere Position. Strauß war in der ersten Phase seiner Politiker-Existenz ein Föderalist. Je mächtiger er wurde, wurde für ihn das Intergouvernementale zur wichtigen Alternative. Er hat Kohl das Leben nicht leicht gemacht, wobei Kohl sich von ihm nicht einschüchtern ließ. Kohl hat dagegen gehalten. Es gibt viele Leute, die in der Umgebung von Kohl und Strauß tätig waren und sich an ein wahres Gebrüll bei Zusammenkünften der beiden erinnern. Sie haben sich wohl gegenseitig angeschrien. Kohl hat sich von Franz Josef Strauß nicht die Butter vom Brot nehmen lassen. Er war letztlich der Stärkere. Strauß war ja im Grunde ein Zauderer, ein nicht-entscheidungsfreudiger Mann. Er war zwar ein starker Redner und jemand, der forderte und wusste, wo es lang ging, aber eher rhetorisch als praktisch. Das hat sich an vielen Stellen, vor allem in Krisensituationen, z. B. beim Überfall der Palästinenser auf die israelische Mannschaft bei den Olympischen Spielen 1972 in München gezeigt. Strauß hat dabei keine besonders glückliche Rolle gespielt, weil er als Zauderer erschien

und in der konkreten Situation nicht genau wusste, was zu tun ist. Leute wie Genscher und Schmidt waren viel entschlossener, was wahrscheinlich auch auf die jeweiligen Erfahrungen zurückzuführen ist. Kohl hatte auch eine klarere Vision.

Strauß hat die EDU sehr gefördert und sich für die EVP ziemlich wenig interessiert. Er ist nie zu einer Parteiführer-Konferenz gekommen, sondern hat immer Stellvertreter geschickt. Das hat sich dann auch bei Stoiber fortgesetzt, der auch nie erschienen ist.

Was ist mit Max Streibl³¹⁶ und Erwin Huber³¹⁷?

Streibl war Stoibers Vorgänger als Ministerpräsident von Bayern. Huber war Generalsekretär und nur kurz Parteivorsitzender. Erwin Huber hat sich schon interessiert, aber in Maßen. Für ihn war die EDU wichtiger. Ich weiß nicht, ob das die bayerisch-österreichische Schiene war. Wahrscheinlich hat das eine Rolle gespielt. In der EVP dominierte die CDU. Vielleicht haben die Bayern hier wenig Spielraum gesehen, um ihr eigenes Profil zu zeigen. Zwischen der EDU und der EVP gab es auch Kontroversen. Die EVP war gemäß unserer Vorstellung von der EG eine supranational angelegte Parteienformation und nicht eine bloße Kooperationsstruktur. Sie wollte im System der EG eine Partei sein. Die EDU war ein Verein von Parteidiplomaten, die sich relativ unverbindlich trafen. Ich erkenne heute an, dass die EDU eine wichtige Funktion darin hatte, die Konservativen und Christdemokraten aus West wie Ost, die unterschiedlichen geistig-politischen programmatischen Strömungen, zusammen und ins Gespräch zu bringen. Darin besteht die große Leistung der EDU. Konkrete politische Beiträge zur Integration und darüber hinaus hat die EDU, meines Erachtens, nicht gebracht. Im Übrigen war die EDU und Andreas Kohl in Person für mich immer die Idealkonkurrenz.

Das war auch ein Knackpunkt in meiner Beziehung zu Kohl. Er hielt zwar von der EDU auch nicht viel, erkannte aus den geschilderten Gründen aber die Existenz und die Funktion der EDU an, doch die EVP war

316| Max Streibl (1932–1998), deutscher Politiker der CSU, 1967–1971 Generalsekretär seiner Partei, 1988–1993 bayerischer Ministerpräsident.

317| Erwin Huber (geb. 1946), deutscher Politiker der CSU, 1988–1994 Generalsekretär und 2007/08 Vorsitzender seiner Partei, 1995–1998 und 2007/08 bayerischer Finanz- und 2005–2007 Wirtschaftsminister.

für ihn viel wichtiger. Als ich mich jedoch einmal kritisch in einem Artikel über die EDU äußerte, den ich in der *Sonde*, der Zeitschrift des RCDS, veröffentlichte, haben sich alle möglichen Leute – angefangen bei Andreas Khol, der sich über Bernhard Vogel bei Helmut Kohl beklagte – „auf die Hinterbeine gestellt“. Dadurch entstand zwischen mir und Helmut Kohl ein erstes Problem, weil es ihm nicht passte, dass sich der Generalsekretär der EVP zu diesem Thema äußerte. Vielleicht bin ich als Funktionsträger der CDU zu weit gegangen. Als Funktionsträger der EVP fühlte ich mich jedoch verpflichtet, die Interessen der EVP auch offensiv zu vertreten.

Ein weiterer Punkt, der unser Missverständnis bzw. die Kontroverse beförderte, betraf die Behandlung der einen oder anderen Partei in MOE. Die CDU-Bundesgeschäftsstelle verfolgte unter Bezugnahme auf die Rückendeckung von Helmut Kohl, die Politik, in den Staaten von MOE nach deren Befreiung ab 1990 ausschließlich Kontakte zu Parteien zu pflegen, die mögliche bzw. zukünftige Regierungsparteien in diesen Staaten werden könnten. Die CDU wollte nur mit den großen Parteien, unter Vernachlässigung der hier und da existierenden kleinen Parteien mit christlich-demokratischer Tradition, zusammenarbeiten. Diese Parteien waren aber zum Teil nur aufgrund der neuen politischen Situation „klein“. Im Fall Ungarns äußerte sich das wie folgt: Es gab das Magyar Demokrata Fórum (MDF) unter József Antall,³¹⁸ die Unabhängige Partei der Kleinlandwirte, der Landarbeiter und des Bürgertums (FkgP). Und es gab die Christlich-Demokratische Volkspartei (KDNP) mit einer entsprechenden Tradition. Der damalige Vorsitzende war jemand, der 19 Jahre im Gefängnis gesessen hatte. Er hatte vorher schon, vor der Zeit der Kommunisten, in Ungarn eine Rolle in dieser Partei gespielt. Ich war absolut dafür, dass wir diese Partei mit an Bord nehmen müssten, unabhängig davon, ob wir auch das MDF mitnehmen würden. Bei meinem ersten Besuch 1989 habe ich dann József Antall getroffen, der damals noch nicht Führer des MDF war. Er hatte aber ein Angebot von der MDF, die Funktion des Generalsekretärs dieser Partei zu übernehmen. Aber auch von der FkgP und der KDNP war ihm angeboten worden, als deren Generalsekretär tätig zu werden. Er sagte mir: „Ich werde keines von diesen Angeboten annehmen, denn meine Funktion ist es, diese drei Parteien zusammenzuführen bzw. zusammenzuhalten.“ Das hat er schließlich auch als Regierungschef getan. Nur mit der

318 | József Antall (1932–1993), ungarischer Politiker des MDF, 1990–1993 Ministerpräsident seines Landes.

MDF alleine hätte er es nicht schaffen können. Er musste sich auf alle drei Parteien stützen, was auch meine Überlegung war. Wir konnten es uns einfach nicht leisten, kleine Parteien als *Quantité négligeable* zu betrachten. Wir mussten sie in ihrer Eigenwürde ernst nehmen. Das haben mir bestimmte Parteifreunde in der CDU – in der CSU wahrscheinlich auch – sehr übel genommen. Mich hat das aber nicht so sehr gestört. Meine Auffassung führte dann aber im Verhältnis zu Kohl zu Problemen, weil diese Kollegen – wobei ich besonders zwei Leute im Auge habe, deren Namen ich aber nie nenne – bei Kohl regelrecht gegen mich intrigierten. Das waren Leute, die davon lebten, dass sie sich in der Nähe von besonders mächtigen Leuten befanden, deren Wohlwollen sie genossen. Diesen Leuten kam es ganz gut zu pass, dass sie jemanden, der weit weg war, systematisch anschwärzen konnten. Ich konnte das ja vor Ort, also in Bonn, nicht richtig stellen. Diese Intrigen führten dann schließlich in letzter Konsequenz zu meinem Rücktritt bzw. dazu, dass ich nicht mehr für das Amt des Generalsekretärs der EVP kandidierte. Für mich war es eine schmerzliche Erfahrung, dass Kohl sich auf diese Einflüsterungen eingelassen hat und mir keine Gelegenheit mehr einräumte, mit ihm darüber zu sprechen. Es war eine regelrechte Fronde, die sich damals auftrat, was vielleicht auch damit zusammenhing, dass der eine oder andere von denen, die ich im Auge habe, selbst Ambitionen auf das Amt des Generalsekretärs hegte.

Wer wurde nach Ihnen Generalsekretär der EVP?

Klaus Welle. Er gehört aber sicher nicht zu den besagten Personen. Er war ja ein ganz junger Mann, der aus der JU und der Studentenorganisation kam. Ich kannte und schätzte ihn. Er kam regelmäßig zu den Sitzungen des Politischen Büros. Kohl hatte ihn ausgewählt, weil er jung, schmiegsam, gestaltbar und intelligent war. Er verfügte auch im Auftreten und in der Fähigkeit zur Kommunikation über ein großes Potential. Die Fähigkeit zur Kommunikation besaß ich leider nie in diesem Maße. Mir lag es eher schriftlich als mündlich zu kommunizieren. Welle war ein sehr guter Mann, den ich später auch öfters in den Sitzungen des Politischen Büros als meinen Nachfolger im Amt des Generalsekretärs erlebt habe. Er war später Kabinettschef des Präsidenten des EP, Hans-Gert Pöttering, der Welle schließlich auch zum Generalsekretär des EP ernannt hat – eine schöne Karriere.

Aus diesen Ausführungen ist zu entnehmen, dass Sie die Funktion des Generalsekretärs der EVP gerne fortgeführt hätten?

Ich war eine ganze Weile Generalsekretär, fast zwölf Jahre lang, und hätte das Amt gerne noch fortgeführt, ja. Kohl hatte aber Martens, den Präsidenten der EVP, unter Druck gesetzt, indem er sagte: „Du musst die Sache mit Jansen bereinigen. Wir brauchen einen anderen Generalsekretär.“

Ich erinnere mich noch wie heute an den Tag, als Martens mich vor einer Sitzung des Politischen Büros morgens um acht Uhr in sein Hotelzimmer in Luxemburg bestellte und mir sagte: „Thomas, Sie sehen, dass ich durch diesen Druck, den man mir zumutet, eine Gürtelrose“, einen reaktiven Ausschlag, „bekommen habe. Helmut Kohl setzt mich unter Druck. Ich soll Sie hier und heute abwählen lassen.“ Die Wahl des Generalsekretärs der Partei findet alle zwei Jahre statt, wobei der Präsident das Monopol auf den Vorschlag hat. Kohl musste sich also an Martens wenden, so wie er sich früher an Leo Tindemans gewandt hatte, um seinen Kandidaten durchzusetzen. „Ich habe in dieser Situation alle Parteivorsitzenden von Oslo bis Malta angerufen“, sagte mir Martens, „und habe ihnen die Situation geschildert. ‚Ich stehe unter Druck. Was halten Sie davon? Sind Sie damit einverstanden, dass ich Jansen den Laufpass gebe?‘“ Von Oslo bis Malta habe er ein klares „Nein“ erhalten. Man habe ihm gesagt, dass er das nicht machen könne, denn: „Wenn du das machst, bist du selber einen Kopf kürzer! Jansen ist ein guter Generalsekretär. Wir stehen vor der nächsten Europawahl. Du hast ein gutes Argument: Pferde wechselt man nicht im Strom, besonders dann nicht, wenn es kritisch wird. Jansen muss bleiben!“ Mit dieser Rücken- deckung ist er dann in die Sitzung des Präsidiums gegangen. Mich bat er, nicht an der Sitzung teilzunehmen, um eine freie Aussprache zu ermöglichen. Im Präsidium sitzen ja nicht die Parteiführer, sondern die Delegierten, die in dieses Gremium gewählt wurden. Von deutscher Seite war das Ottfried Hennig, der aber leider aufgrund einer Krankheit nicht dabei war und auch bald starb. Er war ein guter Freund und mein Vorgänger als persönlicher Referent bei Rainer Barzel gewesen, späterer Bundesgeschäftsführer der CDU, Bundestagsabgeordneter, Parlamentarischer Staatssekretär und schließlich Vizepräsident im Präsidium der EVP. Martens ist in der Präsidiumssitzung wie bei den Parteiführern verfahren, indem er die Frage stellte, ob es an der Zeit sei, den Generalsekretär zu wechseln. Er sagte nicht, dass Kohl ihn unter Druck setzte. Er erklärte, dass es aus Italien einen Vorschlag für meine Nachfolge gäbe und dass es sich dabei um einen interessanten Mann handele. Jeder sollte reihum seine Meinung äußern, angefangen bei Gerold Tandler, damals Stellvertretender Vorsitzender der CSU. Tandler wusste

natürlich Bescheid und sagte: „Das kommt überhaupt nicht in Frage. Wie kommen wir denn dazu?“ Zu diesem Zeitpunkt brach nämlich die DC zusammen. Ein Italiener komme schon deshalb nicht in Frage. Der Vertreter des BAB der CDU brachte später hingegen das Argument zugunsten des Italieners vor: „In dieser schwierigen Situation muss man den Italienern [der DC] helfen, indem man einen Italiener zum Generalsekretär der EVP macht!“ Tandler gab aber den Ton an und sagte auch ein paar nette Worte zu meiner Person. Ich hatte ein gutes Verhältnis zu Tandler und habe ihn sehr geschätzt.

Tandler kennt man noch aus dem Fernsehen. Man hat ihn als Politiker wahrgenommen, er war Mitglied des Bayerischen Landtages. Er hatte einen sudetendeutschen Hintergrund und war führender CSU-Politiker.

Genau, er war unter Franz Josef Strauß Generalsekretär der CSU und auch viele Jahre Innenminister in Bayern.

Martens ist dann während der Präsidiumssitzung herum gegangen und hat zuletzt den CDU-Vertreter, nicht Ottfried Hennig, der eigentlich dort hätte sitzen sollen, sondern ein Parteifunktionär, nach seiner Meinung gefragt. Dieser habe dann – wie man mir später erzählte – eine verdreckte Rede gehalten, indem er zu bedenken gab, dass es nach meiner langen Amtszeit von annähernd zehn Jahren angebracht sei, im Hinblick auf die neuen Herausforderungen einen jüngeren Kandidaten zu nehmen. Ich war damals ja schon 45 Jahre alt. Im Übrigen sei die Situation in Italien zu berücksichtigen.

Schließlich ist man nach diesem Meinungsaustausch ins Politische Büro gegangen. Der vorgeschlagene italienische Kandidat, Enrico Letta,³¹⁹ ist ein sehr guter Freund von mir, den ich sehr schätze. Ich hätte mir gewünscht, dass er eines Tages mein Nachfolger geworden wäre. Er hat aber auch so eine brillante Karriere gemacht. Heute ist er stellvertretender Chef der Partito Democratico (PD), einer Partei der linken Mitte. Als die DC in die verschiedenen Richtungen auseinander fiel, ging Enrico Letta zur Partito Popolare Italiano (PPI) und ist unter Romano Prodi u.a. Industrieminister gewesen. Das war beachtlich. Vor zwei,

319| Enrico Letta (geb. 1966), italienischer Politiker der PD, 1998/99 Europa- und 1999–2001 Industrieminister seines Landes.

drei Jahren gründete Walter Veltroni³²⁰ den PD aus den Parteien La Margherita, in der die Partito Popolare aufgegangen war, und den Democratici di Sinistra, wodurch Enrico Letta zur PD kam.

Letta wäre eine gute Wahl gewesen. Die Argumentation des Vertreters der CDU hingegen war abwegig. Durch das Gespräch mit Martens war ich auf die Sitzung des Politischen Büros vorbereitet. Er schlug mich wieder als Generalsekretär vor und forderte mich auf, eine Art Kandidatenrede zu halten. Nach dieser Rede fand eine Aussprache statt, zu der ich nicht im Saal blieb, woraufhin schließlich die Abstimmung folgte. Für mich ging die Abstimmung sehr gut aus. Ein paar deutsche und italienische Kollegen enthielten sich. Eine große Mehrheit unterstützte meine Wiederwahl – auch die meisten deutschen Kollegen.

Kohl wollte Sie aufgrund eines Methoden- bzw. Strategiedisputs in Bezug auf den Umgang mit den kleinen, eindeutig als christlich-demokratisch zu klassifizierenden Parteien nicht mehr haben? Ist das der Kern?

Jawohl, das ist er. Aber es wird auch andere Gründe gegeben habe, die ich nicht kannte, da weder Kohl noch einer seiner Beauftragten mit mir darüber gesprochen hatte. Ich habe immer – auch in Auseinandersetzung mit den Konservativen – die Position vertreten, dass die EVP im Wesentlichen ihren christlich-demokratischen Charakter erhalten und verteidigen muss, auch gegenüber den Interessen der neu hinzukommenden Parteien. Sie muss die neuen dazu zwingen, sich zu dieser christlich-demokratischen Tradition und Orientierung der EVP zu bekennen. Das war meine Linie – und auch die der Mehrheit. Sie wurde von den Italienern, den Leuten aus Benelux, von den Iren, den Franzosen, aber eben nicht von allen Deutschen, die im Auftrag von Kohl tätig geworden sind, vertreten. Die Deutschen insgesamt, die Mehrheit der Fraktion, sind wohl auf meiner Linie gewesen. Das war eine Strategie-Kontroverse bzw. Konzeptions-Kontroverse. Die Frage war, was für eine EVP man haben wollte. Ich habe natürlich erkannt, dass die EVP sich für Parteien anderer Traditionen und Orientierungen öffnen muss, aber ich dachte, dass wir die neuen Parteien „christiano-demokratisieren“ sollten bzw. zumindest den Versuch machen sollten, es zu

320 | Walter Veltroni (geb. 1955), italienischer Politiker der PD, 1996–1998 Kulturminister seines Landes, 1999–2004 Mitglied des EP.

tun, wobei es übrigens nicht nur um das christlich-demokratische Profil der Partei ging, sondern auch um ihr europäisches Profil. Vielleicht war das eine Illusion.

Es war also auf der einen Seite ein sehr idealistischer Ansatz, auf der anderen Seite ein realpolitischer, sehr reduktionistischer, limitierter, selektiver Ansatz Kohls.

Wenn wir noch einmal zu Strauß und Kohl zurückkommen, so scheint es – von außen ohne jede interne Kenntnis und Erfahrung betrachtet –, dass Strauß mehr auf die EDU mit einer breiteren Ausrichtung, mit den Konservativen und den Gaullisten setzte, während Kohl als Christdemokrat mehr auf die EVP setzte? Muss man das nicht auch vor dem Hintergrund des Antagonismus Strauß-Kohl in der Innen- und Parteipolitik verstehen?

Ja, das sehe ich auch so. Dennoch hat Kohl die EDU nicht vernachlässigt, weil er die Bedeutung mit Hinblick auf Mehrheitsverhältnisse auf europäischer Ebene erkannt hatte und deshalb die konservative Welt mit an Bord nehmen wollte. Ein Argument, womit er Recht hatte, war, dass man die Konservativen, insbesondere die Briten, nicht in der Isolation belassen dürfe. Man muss sie einbeziehen, um sie domestizieren zu können, wenngleich auch das etwas illusorisch war. Der Versuch war es aber wert, unternommen zu werden. Die Konservativen sind ja kürzlich wieder abgeschwommen. Sie werden, meines Erachtens, wieder kommen. Das hängt von den Entwicklungen in Großbritannien ab.

Kommen wir jetzt auf die Fragen grundsätzlicher, systematischer Art: Wieso haben sich Publizistik, Journalistik, Wissenschaft und Forschung bisher so wenig mit der Geschichte der Außenpolitik der Christdemokratie mit Blick auf transnationale Parteienkooperation beschäftigt? Das ist ein Befund, der im Vergleich zur SI ins Auge springt.

Das ist eine gute Frage. Wahrscheinlich hängt das auch mit dem persönlichen Interesse des Personals, das in den Medien tätig ist, zusammen. Das sind mehrheitlich Leute, die sich mehr für linke Bewegungen als für Bewegungen aus der Mitte interessieren. Aber vielleicht ist das eine allzu oberflächliche Erklärung.

Mit Sicherheit ist es so, dass die christlich-demokratischen Organisationen sich nicht so interessant gemacht haben. Die Sozialisten hingegen

haben es immer verstanden, sich interessant zu machen. Vielleicht hat das kulturelle Gründe. Die christlich-demokratischen Bewegungen und Parteien sind ja im Wesentlichen gemäßigte, die dann auch für Medien nicht so interessant und spektakulär waren.

Die SI hat es immer verstanden, sich interessant zu machen, obwohl vieles von dem, was von ihr produziert wurde, heiße Luft war. Über viele Jahre hinweg haben es die Sozialisten geschafft, alles, was sich sozialistisch nannte, zusammenzuführen, obwohl gar nicht alles zusammen passte. Da wurden Befreiungsbewegungen, sozialdemokratische, durchaus bürgerliche Bewegungen miteinbezogen. In der Kultur der Parteien, die von links kommen, war es angelegt, sich in diese Bewegung einzubringen. Wenn Willy Brandt beim Treffen der Internationale mit den Chefs der Befreiungsbewegungen aus Afrika usw. zusammenkam, war das für die Medien immer sehr interessant und spektakulär. All diese Dinge spielten eine Rolle.

Die Sozialisten waren „more sexy“?

Ja.

War das Spektrum der Christdemokraten und Konservativen heterogener?

Umgekehrt ist es der Fall. Das Spektrum der Mitte-Rechtsparteien ist weniger heterogen, als das der linken Parteien. Wie eben schon aufgezeigt, gab es ja bei den Linken die Befreiungsbewegungen, sozialdemokratische Parteien, soziale Bewegungen usw. Diese Strömungen waren alle enthalten. Deshalb konnten sie auch nie eine vernünftige, inhaltlich-kohärente Politik entwickeln. Es waren immer nur Erklärungen zu spezifischen Situationen und Ereignissen, die die SI produzierte, niemals eine kohärente Programmatik.

Das erstaunt, insofern Sie uns sagten, dass es mit der NEI, der EU-CD, der EDU, der EVP und den verschiedenen Fraktionen eine gewisse Mehrgleisigkeit gab?

Ja, es gab eine Mehrgleisigkeit, die durch Protagonisten der verschiedenen Parteien und durch unterschiedliche Konzeptionen bedingt war. Die Sozialisten haben aber auf europäischer Ebene immer nachgehinkt. Der Unterschied zwischen christlich-demokratischer und SI besteht da-

rin, dass für die Christlichen Demokraten der verschiedenen Parteien die internationale Ebene immer eine sekundäre war, während die regionale bzw. europäische Ebene primär war. Die Internationale der Christdemokraten heißt übrigens auch erst seit den 1980er Jahren so. Vorher hieß sie Union Mondiale Démocrate-Chrétienne. Der Begriff „Internationale“ ist erst von Heiner Geißler aus medialen Gründen eingeführt worden. Man wollte auch in der Berichterstattung auf Augenhöhe mit der SI behandelt werden. Die Christlichen Demokraten haben immer größeren Wert auf die regionale Dimension gelegt. Das hängt auch mit der föderalen Philosophie, mit der Subsidiaritätsphilosophie, der Christlichen Demokraten zusammen. In der Programmatik der christlich-demokratischen Parteien hat das immer eine große Rolle gespielt. Die Sozialisten waren mehr zentralistisch orientiert und haben versucht, die Internationale so zu organisieren bzw. zu nutzen, um die Politik von oben her zu bestimmen. Die Internationale der Sozialisten ist auch nicht durch die Parteien entstanden. Sie ist eine Kopfgeburt und von oben, aus einer Entscheidung einer internationalen Gruppe, entstanden.

Ja, aus der Internationalen Arbeiterassoziation von 1864.

Die Internationale der Sozialisten hat auch in einzelnen Ländern Parteien gegründet, in denen es solche Parteien noch nicht gab. Das wäre auf christdemokratischer Seite wegen der Subsidiarität unmöglich gewesen. Die Strukturen bzw. die Parteien mussten quasi von unten nach oben wachsen.

Das ist ein interessanter Gesichtspunkt, den man noch zuspitzen kann. Betrachtet man das sozialistische Wählerpotential deutschland-, österreich- und europaweit im Vergleich zu Mitgliedern und Elektorat der christdemokratischen Volksparteien, so muss man doch konstatieren, dass die Wählerschaft der christdemokratischen Parteien – die ja Volksparteien sein wollen – heterogener ist, während die Sozialisten Klassen- bzw. Arbeiterparteien waren. War es somit für die Sozialisten im Hinblick auf Repräsentanz nach außen und vom Profil her auch in Bezug auf Internationalismus konsequenter und leichter, klarere eindeutige Profile zu entwickeln bzw. Erklärungen abzugeben?

Ja, das wird wohl so sein.

Gibt es in methodischer Sicht einen Zusammenhang zwischen Wählerbasis und dem Auftreten einzelner Vertreter dieser Parteien auf

internationaler Ebene? Gibt es ein Rückbindungs- bzw. Rückkopplungsproblem?

Das ist eine Frage der politischen Soziologie, womit ich mich nie beschäftigt habe. Aus dem Stegreif würde ich sagen, dass früher die Parteien inhaltlich und bezüglich ihrer Ausrichtung sehr viel stärker von der Ideologie der Eliten bestimmt waren. Heute spielen die Ideologien der Eliten eine sehr viel geringere Rolle, als noch vor ca. 40 Jahren. In der heutigen Zeit sind die kulturellen Bedürfnisse der Wähler wichtiger. Es gibt unterschiedliche Kulturen. Einige sind mehr links, einige mehr rechts. Es gibt auch eine Kultur der Mitte. Daran orientieren sich heute natürlich die Eliten, weil sie ja Wahlen gewinnen wollen. Heute werden die Eliten bzw. Parteiführungen mehr von den Interessen, Bedürfnissen, d. h.. dem Ausdruck der Kultur der Wähler bestimmt. Die auf der Führungsebene verbalisierte und zum Ausdruck gebrachte Ideologie spielt eine geringere Rolle.

Wie erklären Sie den historischen Nachholprozess der Gründung von transnationalen Parteikooperationen der Christdemokraten im Vergleich zur SI bzw. KI? Historisch bzw. faktisch lässt sich ja feststellen, dass es die SI bzw. KI zeitlich vor den christdemokratischen Parteizusammenschlüssen gab.

Ich sehe eigentlich nicht, dass auf christlich-demokratischer Seite ein Nachholprozess notwendig war. Es kommt immer auf die Ebene an. Es ist ganz typisch, dass die christlich-demokratischen Parteien in Europa den Sozialdemokraten im Integrationsprozess immer voraus waren. Das ist gar keine Frage. Die Sozialdemokraten haben zwar zwei Jahre vor der Gründung der EVP in der Perspektive der Europawahl den Bund der sozialdemokratischen Parteien der EG gegründet (1974). Aber es gab schon seit 1965 die EUCD – und die Kommunikations- und Kooperationsstrukturen, die die Sozialisten damals zustande gebracht haben, sind weit hinter dem zurückgeblieben, was die EVP dann 1976 in der Lage war, zu schaffen. Die Entwicklung zeigt ganz deutlich, dass es auch so geblieben ist.

Das ist eine interessante These.

Ich weiß von den sozialdemokratischen Kollegen auf der europäischen Ebene, dass sie immer mit einem gewissen Neid auf das geschaut haben, was in der EVP abließ. Es gibt auch ein berühmtes Zitat vom

damaligen Parteivorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Europas, Guy Spitaels,³²¹ der auf einem Parteikongress der SPE einmal sagte: „Schaut auf die EVP! Da müssen wir hin! Da dürfen wir nicht hinter zurückbleiben!“

In einer historischen Betrachtung sieht man in den 1950er Jahren Sozialisten wie Paul-Henri Spaak, Jean Monnet, der dem sozialdemokratischen Milieu eher als dem christdemokratischen zuzuordnen ist und Guy Mollet,³²² der gut mit Adenauer auskam, die sehr europäisch agierten. Wenn Sie sagen, dass die Christdemokraten den Sozialdemokraten voraus waren, dann meinen Sie das bezogen auf die Organisationsstruktur?

Ja, bezogen auf die Organisationsstruktur, aber auch als Folge der Politik, die die Christlichen Demokraten in den Regierungen gemacht haben: Robert Schuman, Konrad Adenauer, Alcide De Gasperi, Joseph Bech,³²³ Joseph Luns³²⁴. Der ganze Integrationsprozess begann zu einer Zeit, wo es überall christlich-demokratische Regierungen gab. Natürlich hatten die Christdemokraten unkonventionelle Berater wie z. B. Jean Monnet, der wohl ein Sozialist war, oder Altiero Spinelli, der vom Kommunismus kam. Spinelli war aber ein Kopf, der in die Zukunft dachte. Monnet oder Spinelli sind dennoch nie in der SI in Erscheinung getreten. Spinelli gründete die Föderalistische Bewegung. Ich sehe es nicht so, wie es Ihre Frage unterstellt.

Interessant. Es kann auch der Sinn von Fragen sein, dass man die Fragen widerlegt.

Da müssen Sie einmal einen Kollegen von der anderen Seite fragen, ob er das auch so sehen würde. Ich glaube aber, dass man es durchaus nachweisen kann.

321 | Guy Spitaels (1931–2012) belgischer Politiker der sozialistischen Partei, 1977–1979 Beschäftigungs- und Arbeitsminister, 1979/80 und 1980/81 Vizepremierminister seines Landes, 1981–1992 Vorsitzender seiner Partei.

322 | Guy Mollet (1905–1975), französischer Politiker der sozialistischen Partei, 1946–1969 Vorsitzender seiner Partei, 1956/57 Ministerpräsident seines Landes.

323 | Joseph Bech (1887–1975), luxemburgischer Politiker der CSV, 1953–1958 Staatsminister, 1958/59 Außenminister, 1959–1964 Präsident der luxemburgischen Abgeordnetenkammer.

324 | Joseph Luns (1911–2002), niederländischer Politiker der KVP, 1956–1971 Außenminister seines Landes, 1971–1984 NATO-Generalsekretär.

Was ist grundsätzlich zum Wechselverhältnis von KI bzw. SI zu den christlich-demokratischen Parteienkooperationen zu sagen? Ein wechselseitiges Wahrnehmungsverhältnis haben Sie mit Guy Spitaels, der mit Neid auf die EVP blickte und den Hinweis gab, sie zu kopieren, schon angedeutet. Die 1970er Jahre nannte Ralf Dahrendorf³²⁵ das „sozialdemokratische Jahrzehnt“: Olof Palme, Bruno Kreisky, Willy Brandt, die Treffen der Internationale, Nord-Südkommission, fact-finding-missions im Nahen Osten. Hat das sogenannte „Dreigestirn“ – die Briefwechsel zwischen Brandt, Kreisky und Palme wurden publiziert – Druck auf der anderen Seite erzeugt, etwas zu profilieren und aufzubauen? Wie hat man im christdemokratischen Parteienspektrum darauf reagiert? Hat das Einfluss auf die Entwicklung und Gründung der EVP oder der EDU gehabt?

Möglicherweise, ich kann mich aber nicht erinnern, dass diese Thematik offenkundig war. Solche Konstellationen und öffentlichkeitswirksame Aktionen haben immer eine Wirkung, auch auf die politischen Gegner. Ich glaube aber, dass die Gründung der EVP in den 1970er Jahren genau wie die Gründung des Bundes der sozialistischen Parteien in der EG und die Gründung der Liberalen Formation Reaktionen auf die Ankündigung der demnächst stattfindenden Europawahl waren. Eine Wahl der europäischen Abgeordneten durch die Völker Europas. Das war der Ansatzpunkt. Hier wachten die nationalen Parteiführer auf und sagten sich: „Da müssen wir gewappnet sein und als europäische Formation auftreten, um auf dieser Ebene entsprechend Erfolg zu haben!“ Daraufhin folgten die Gründungen, wobei zunächst die Strukturen geschaffen und Programmarbeit geleistet werden musste. Alle setzten daran, gemeinsame Programme für ihre Parteifamilien aufzustellen. In der ersten Europawahl wurde erstmals – ich glaube erfolgreicher, als es später bei Europawahlen geschehen ist – der Versuch gemacht, tatsächlich als europäische Formation in Erscheinung zu treten. Es gab das Interesse der nationalen Parteiführungen bzw. Parteien, sich mit dem Etikett „europäische Partei“ versehen zu können und damit in den Wahlkampf zu ziehen. Natürlich ging es insgesamt nicht nur um den Wahlkampf, sondern es wurde gleichzeitig damit angezeigt, dass es in Zukunft immer wichtiger sein würde, dauerhafte Strukturen wie ge-

325 | Ralf Dahrendorf (1929–2009), deutsch-britischer Sozialwissenschaftler und Publizist, Politiker der SPD, später FDP, 1970–1973 EG-Kommissar für Außenwirtschaft und Handel, 1973–1977 EG-Kommissar für Forschung, Wissenschaft und Ausbildung.

meinsame Fraktionspositionen zu etablieren, um schließlich auf europäischer Ebene erfolgreich zu sein.

Es ist interessant, Ihre Eindrücke zu hören, weil Andreas Khol und die ÖVP Kreisky, Brandt und Palme als eine Herausforderung wahrnahmen.

Ja, das ist eine ganz andere Perspektive. In den anderen Ländern wurde das nicht so gesehen. Die ÖVP hat sich natürlich sehr stark an Kreisky abgearbeitet und der Umstand, dass er mit Brandt und Palme in Erscheinung trat, war für den Oppositionsführer in Österreich eine schmerzhaft Erfahrung und Herausforderung.

Der Name „Nouvelles Equipes Internationales“ bedeutet „neue internationale Mannschaften“ – nicht europäische. Dann erfolgte die Gründung der EUCD 1965 auf Sizilien. Auch wenn diese Frage in Bereiche geht, die Sie nicht direkt erlebt haben, weil Sie noch Student waren, würden wir gerne wissen, wie eigentlich der „Equipes Internationales“-Ansatz im Hinblick auf den Ansatz „Europäische Union Christlicher Demokraten“ zu erklären ist? Sie haben dann maßgeblich auf den Namen der EVP Einfluss genommen, indem Sie diesen Namensvorschlag gemacht haben? Wie erklären Sie sich diese Namensgebungen?

Den Namensvorschlag EVP habe ich in einem Arbeitspapier gemacht. Er wurde dann von dem damaligen Präsidenten der EUCD, Kai-Uwe von Hassel, aufgenommen und durchgesetzt. Ich habe auch in meinem Buch dargestellt, dass es in der Familie der Parteien christlicher Inspiration – so hieß ja auch das Internationale Sekretariat Demokratischer Parteien Christlicher Inspiration zwischen den Kriegen – von Anfang an zwei Vorstellungen über die Richtung und die Selbstdarstellung gab – sowohl auf nationaler und erst Recht auf internationaler Ebene. Die französische Vorstellung war vor dem Hintergrund des Laizismus, der Ideologie der laïcité, immer darauf bedacht, durch den Namen, den Auftritt, die Programmatik und die Sprache nicht als kirchennah zu erscheinen. In der französischen Perspektive verwies der Begriff christlich-demokratisch auf ein klerikales oder vatikanisches Element. Das musste auf jeden Fall vermieden werden. Alle französischen Parteien, die den anderen europäischen christlich-demokratischen Parteien entsprachen, haben Namen angenommen, in denen die Begriffe „christlich-demokratisch“ oder „christlich-sozial“ nicht auftauchen. Das begann schon in den 1920er Jahren mit der Parti Démocrate.

Ja, genau. Daraus wurde nach dem Krieg das MRP.

Diese Parteien hatten es in Frankreich immer schwer – unabhängig von ihrem christlich-demokratischen Charakter – gegenüber den großen Blöcken, z. B. gegenüber den traditionellen Parteien, der Parti Républicain oder der Parti Radical et Radical-Socialiste. Vor dem Krieg gab es den Versuch einer Neugründung der Partei, die man „Nouvelles Equipes Françaises“ nannte. Daran anknüpfend hat man unmittelbar nach dem Krieg von den „Nouvelles Equipes Internationales“ gesprochen, weil sich die anderen der französischen Konzeption unterworfen hatten.

Die andere Linie ging davon aus, dass die Identität klar herausgestellt werden müsse. Sie setzte sich dann durch, als Italiener und Deutsche stärker wurden. Man wollte Farbe bekennen, weswegen man sich christlich-demokratisch bzw. DC nannte. Die erste christlich-demokratische Partei Italiens überhaupt war die PPI. Die Italiener nennen die Christlichen Demokraten noch heute *popolari*. Das Wort „popolare“ wird synonym für christlich-demokratisch verwendet. Nach dem Krieg wurde unter den Erfahrungen des Faschismus und des Totalitarismus gesagt, dass Partito Popolare allzu nichtssagend ist. Nun müsse man aber sagen, wer man ist und wo man herkommt. „Wir sind Christliche Demokraten! Wir vertreten die Christliche Demokratie!“ So nannte sich schließlich die Partei: DC.

Das war auch die Position der Parteien in den Beneluxländer, obwohl sie anfangs zwischen der französischen und der deutsch-italienischen Konzeption schwankten. Sie folgten schließlich der Konzeption, die die stärkere Anhängerschaft fand.

Die Franzosen waren als einzige Siegermacht auf dem europäischen Kontinent der bestimmende Faktor in der Gestaltung und den Strukturen, worauf letztlich der Begriff „Nouvelles Equipes Internationales“ zurückgeht. Es waren in den NEI auch immer die Franzosen, die Präsidenten und Generalsekretäre stellten. Erst mit der EUCD kam im Zusammenhang mit dem Einflussgewinn der Italiener und der Deutschen die andere Konzeption zum Tragen. Mit einer Ausnahme waren alle Präsidenten der EUCD Italiener oder Deutsche. Auch bei den Generalsekretären sah es ähnlich aus. Der erste war der Belgier Leo Tindemans, dem die Italiener Arnaldo Forlani und Giuseppe Petrilli folgten, bis ich als Deutscher schließlich Generalsekretär wurde. Die Italiener und Deutschen haben seit 1965 die Entwicklung bestimmt. Das Argument,

mit dem Kohl mich für die Position des Generalsekretärs der EVP eingefangen hat, entsprach letztlich dieser Logik.

Warum aber hießen die NEI „Nouvelles Equipes Internationales“ und nicht „Nouvelles Equipes Européennes“?

Das hängt alles miteinander zusammen und ist vielleicht auch von der Existenz und Wirkung der SI inspiriert, obwohl es eine rein europäische Angelegenheit war.

Die NEI waren rein europäisch?

Ja, das waren sie, obwohl sie dann allerdings auch Kontakt zu den Lateinamerikanern gefunden haben. Das kam interessanterweise auf dem Umweg über mittel- und osteuropäische Emigranten zustande, die in Lateinamerika bzw. den USA Unterschlupf gefunden hatten und früher in Ländern wie Polen, Ungarn, Tschechoslowakei usw. in den christlich-demokratisch orientierten Parteien tätig waren. Diese Leute haben dann den Kontakt zu der neuen Formation NEI gesucht und haben ihrerseits auch eine amerikanische Organisation der Christdemokraten gegründet, die Organización Demócrata Cristiana de América (ODCA). Das war wieder ein regionaler Ansatz. Die ODCA wurde dann Partner der EUCD und beide bildeten später die Säulen der Christdemokratischen Internationale. Dennoch blieben die beiden regionalen Bündnisse immer wichtiger als die Internationale.

Es gibt im Rahmen unpopulärer Entscheidungen und Gesetze bei keiner Partei außer der CDU große Diskussion um den Parteinamen. Häufig wird über das „C“ für christlich gestritten. Gab es bei der CDU/CSU jemals eine Initiative zur Streichung des „C“ bzw. zur Forcierung einer Umbenennung?

Was wir heute auf europäischer Ebene kennen, ist die EVP, die als Volkspartei mit dem Untertitel „Föderation christlich-demokratischer Parteien in der Europäischen Gemeinschaft“ entstanden ist. Das war Ergebnis einer großen Auseinandersetzung über den Namen innerhalb dieser Parteienfamilie. Einige wollten nach französischer Konzeption einen Namen, der nicht den Begriff „christlich“ enthielt. Andere meinten, diese europäische Partei müsse sich offen für Parteien anderer Traditionen als der christlich-demokratischen aufstellen. Auch von deutscher Seite wurde diese Forderung erhoben: „Wir müssen auch für die Konserva-

tiven und die Bauernparteien in Mittel- und Osteuropa offen sein.“ Man dachte natürlich in den 1970er Jahren auch an zukünftige Entwicklungen, die nicht aktuell waren, aber stattfinden könnten. In MOE gab es keine bzw. nur sehr wenige Parteien, die sich christlich-demokratisch nannten, z. B. eine in der Tschechoslowakei. Die Parteien, die später zur EVP gekommen sind, waren Bauernparteien, also Volksparteien. Die Bauern waren das Volk. Unter anderem deswegen, aber auch mit Blick auf Skandinavien, Spanien usw. hat man auf deutscher Seite – Kai-Uwe von Hassel war der Hauptantreiber – darauf hingewirkt, möglichst einen Namen ohne das Etikett „christlich“ und somit einen offenen Namen zu wählen.

Dann wurde der Kompromiss „Europäische Volkspartei. Föderation der christlich-demokratischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft“ gefunden, wobei man sich darüber klar war, dass der Untertitel auch wegen seiner Umständlichkeit irgendwann wegfallen würde, während die „Europäische Volkspartei“ bleiben würde. In der Tat habe ich damals mittels eines Memorandums für einen Arbeitskreis, dessen Vorsitzender der ehemalige Botschafter Heinrich Böx in seiner Eigenschaft als Leiter des BAB war, dafür plädiert, als Namen „Europäische Volkspartei“ zu wählen. Mein Vorschlag bezog sich darauf, dass der Begriff „Volkspartei“ ein typischer Begriff für Parteien mit christlich-demokratischer Orientierung war: *Partito Popolare Italiano*, *Mouvement Républicain Populaire* in Frankreich, *Österreichische Volkspartei*, *Chrëschtlech Sozial Vollekspartei* in Luxemburg, *Christelijke Volkspartij* in Belgien, *Katholieke Volkspartij* in den Niederlanden. Die Idee und der Name „Volkspartei“ sind eng mit der Geschichte von Parteien dieser Orientierung verbunden.

1965 entstand die EUCD. Der Begriff „EU“ ist schon da und taucht später 1969 im Haager Gipfel mit der Vorstellung, eine Politische Union zu schaffen, wieder auf. Wurde mit dem Namen „EU“ eine Union verbunden, die über die Vereinigung der christdemokratischen Parteien auf die Politische Union der damaligen EWG hinausgeht? Hatte man das von der Partei ausgehende Momentum, das auf die Strukturen der EWG übertragen werden sollte, im Blick?

Das Vorbild war eher die Europa-Union Deutschland bzw. die Europa-Union der Schweiz. Die Europäische Bewegung nutzte diesen Namen in verschiedenen Ländern zur Bezeichnung ihrer nationalen Verbände, deren ältester die Europa-Union der Schweiz war, und nach deren Vor-

bild auch die Europa-Union Deutschland gegründet wurde. Auf europäischer Ebene sind auch heute noch diese Verbände in der UEF zusammen gefasst. Das war wohl die Idee, die hinter der Namensgebung für die EUCD stand, die 1965 gegründet wurde. Man sah ganz klar, dass man mit den NEI und ihren schwachen und möglichenarmen Strukturen auf den verschiedenen Ebenen, auf denen Gemeinschaftspolitik vorangetrieben wurde, nicht weiterkam, und dass man breiter aufgestellt und besser organisiert sein musste. Aus diesen Überlegungen entstand die EUCD.

Man hat 1948 für den Brüsseler Pakt schon den Begriff „Westunion“ verwendet. Der Terminus „Union“ war schon für einen Staatenzusammenschluss in der offiziellen, staatspolitisch legitimierten Diktion oberhalb von Verbänden und Europavereinigungen ein gebräuchlicher Begriff. Es ist begriffs- bzw. ideengeschichtlich interessant, was man mit dem EUCD-Begriff assoziiert hat.

In den frühen 1960er Jahren, von 1962 bis 1964, fanden die Verhandlungen über das Statut einer EPU statt, die sogenannten Fouchet-Verhandlungen. Der Begriff „Union“ lag in der Luft und man hat ihn verwendet, um die neue Identität der Parteienformation zu benennen. Im Selbstverständnis der EUCD gab es übrigens eine Kontinuität zu den NEI: Der erste Kongress der EUCD war gleichzeitig der letzte Kongress der NEI. Man hat sogar die Zählung der Kongresse weitergeführt, so dass der erste Kongress der EUCD als ihr XIX. Kongress gezählt wurde.

Die EUCD gilt im historischen Rückblick als gescheitert. Ihre Organisationsstruktur wurde von maßgeblichen Kräften, Parteien und Persönlichkeiten als zu lose und zu ineffizient betrachtet. Hinzu kam die Unterscheidung zwischen christdemokratischen und konservativen Parteien, wobei die Letztgenannten in der EUCD ausgeschlossen blieben. Ist das Urteil, von einer gescheiterten EUCD auch mit Blick auf die Vorgängersituation NEI zu sprechen gerechtfertigt? Wie schätzen Sie es im Rückblick und als Parteienforscher ein?

Gescheitert wäre zu viel gesagt. In dieser Phase war die EUCD das, was man meinte, zu brauchen, wobei man für sie eine Struktur wählte, die irgendwann in Bezug auf die neuen Bedürfnisse nicht mehr adäquat war. Man hat aus den Erfahrungen mit den NEI nicht genügend gelernt. Beispielsweise wurde die Regelung, wonach nicht die Parteien, sondern die Staaten nationale Vertretungen hatten, eingeführt. Das war die Idee

der Equipes, die man von den NEI übernahm und in anderer Form weitergeführt hat. Es gab im Kongress und im Politischen Büro jeweils nationale Equipes. CDU und CSU aus Deutschland bildeten eine nationale Equipe. Im Politischen Büro waren das fünf Personen, was dazu führte, dass die deutschen Parteien, Regierungsparteien, große Volksparteien, mit fünf Leuten vertreten waren und die Partito Democratico Cristiano von San Marino auch mit fünf Personen vertreten war. Alle Länder waren mit fünf Leuten vertreten, unabhängig davon, wie viele Parteien es in den Ländern gab und welche Bedeutung sie hatten. In Deutschland gab es zwei Parteien, in Spanien gab es drei, eine nationale in Madrid, eine katalanische in Barcelona und die baskische in Bilbao. Aus diesen drei Parteien wurde eine nationale spanische Equipe von fünf Personen im Politischen Büro gebildet. Die Basken und Katalanen waren aber ihrem Selbstverständnis nach keine Spanier. Das war also in mehrfacher Hinsicht eine Fehlkonstruktion.

Dennoch hat man dann damit gearbeitet, weil man relativ bald unter dem Druck der Ereignisse und der Entwicklung nicht mehr so sehr auf diese Konstruktion angewiesen war. Der Motor verlagerte sich in die christlich-demokratische Fraktion des EP. Die Parteien aus den Nicht-Mitgliedsstaaten wurden marginalisiert bzw. marginalisierten sich auch selbst, weil sie den Eindruck hatten, sie wären marginalisiert.

Nach der Gründung der EUCD 1965 gab es eine Reihe von Kongressen und Mitte der 1970er Jahre folgte schon die Gründung der EVP. Die EUCD und ihre Strukturen wurden also nicht mehr so sehr gebraucht. Trotzdem blieb die EUCD neben der EVP bestehen. Erst als ich 1983 Generalsekretär wurde – ich war der Erste, der gleichzeitig Generalsekretär von EVP und EUCD war – wurden beide Parteienverbände organisatorisch und institutionell sukzessive zusammengeführt. Zunächst in der Person des Generalsekretärs, danach im Generalsekretariat. In Rom war das Generalsekretariat der EUCD und auch ich war in Rom für die KAS tätig. Das Generalsekretariat der EUCD musste aber unbedingt aus Rom verlagert werden, da die Italiener es dermaßen für ihre italienischen Zwecke instrumentalisiert hatten, dass es seiner eigentlichen Funktion nicht mehr nachkommen konnte. Es war ein glücklicher Umstand, dass ich als neuer Generalsekretär aus Rom kam, aber in Brüssel residierte, weil ich gleichzeitig auch zum Generalsekretär der EVP gewählt worden war. Folglich habe ich das Generalsekretariat der EUCD, das Archiv und alles mit nach Brüssel genommen, sonst wäre in Rom alles versackt. Damals begannen wir, auch die Statuten aufeinander

abzustimmen, die Gremien miteinander zu verschränken und eine Aktionseinheit zwischen EVP und EUCD zu schaffen – bei Beibehaltung beider Organisationen und ihrer je eigenen Identität und Würde. Das musste so erfolgen, weil natürlich viele der Mitgliedsparteien der EUCD nicht Mitglied in der EVP waren.

Ist der Eindruck ein falscher, wenn man sagt, dass die EUCD und ihre Würde erhalten blieben, aber ihre Bedeutung verloren ging?

Die EUCD hat nach Gründung der EVP deutlich an Bedeutung verloren. Das ist gar keine Frage. Das Wesentliche spielte sich dann im Rahmen der EVP ab, aber wir haben den Arm der EUCD genutzt, weil er im Hinblick auf eine mögliche Ausweitung des Aktionsbereichs ganz nützlich war.

Wir kommen jetzt zu einer der spannendsten Fragen, die auf die Entstehung der EVP abzielt. Sie haben im Verlauf des Gesprächs schon einige Andeutungen gemacht. Zum Zeitpunkt der Gründung der EVP waren Sie persönlicher Referent bei Rainer Barzel bzw. auf dem Weg zur Europa-Union Deutschland. Sie konnten damals nicht wissen, dass Sie später Generalsekretär dieser Partei werden würden, und dass Sie mit der Konzeption und mit dem Entwurf des Statuts und der Namensgebung eng assoziiert werden würden. Die EVP wurde 1976 gegründet, drei Jahre vor der Direktwahl von 1979. Können Sie uns schildern, wie Sie dazu gekommen sind, wer Sie gebeten hat, etwas auszuarbeiten und welche Überlegungen Sie Mitte der 1970er Jahre hatten?

Ich war zu diesem Zeitpunkt Generalsekretär der Europa-Union Deutschland, d. h. ein europapolitisch sehr engagierter Mensch, der aber auch in der CDU ein wenig mitmischte. In der CDU war auf politischer Ebene Kai-Uwe von Hassel für das Geschäft der europapolitischen Zusammenarbeit verantwortlich. Von Hassel war Verteidigungs- und Vertriebenenminister, Präsident des Deutschen Bundestags und Ministerpräsident von Schleswig-Holstein gewesen, also eine rundum bedeutende Figur in der damaligen CDU. Er hatte einen pensionierten Diplomaten, Dr. Heinrich Böx, als Operateur gewonnen. Böx war meines Wissens in letzter Funktion Botschafter in Warschau gewesen. Er hatte die Aufgabe, sich Gedanken über die Organisation der Zusammenarbeit der Parteien in der EUCD auf der Ebene der Gemeinschaft zu machen. Böx war ein kluger Mann, der eine Reihe von Kollegen, von

denen er sich Mitarbeit und Beiträge versprach, zur „Arbeitsgruppe Bök“ eingeladen. Unter anderem gehörten dazu Hubertus DeBloch,³²⁶ der damals Beamter in der Landesvertretung Bayerns beim Bund war, und Meinhard Ade,³²⁷ Leiter des Planungstabs in der Bundesgeschäftsstelle der CDU. Die Arbeitsgruppe bestand aus ungefähr fünf jüngeren Leuten, die im Rahmen oder Umfeld der Partei, z.T. in Ministerien, jedenfalls parteinah, engagiert und europäisch interessiert waren. In dieser Gruppe wurden Verfahrens- und Organisationswege und mögliche Vorschläge, die die CDU einbringen sollte, diskutiert. Ich habe dann meine Ideen als Diskussionsbeitrag zu Papier gebracht.

Das spezifische Interesse der Parteien aus den EG-Ländern, die der EUCD angehörten, musste einen angemessenen organisatorischen Ausdruck finden. Die entsprechende Organstruktur musste sich einpassen in das politisch-institutionelle System der EG. Der Name war auf europäischer Ebene zwischen Italienern, Franzosen usw. strittig. Das Ganze habe ich dann möglichst systematisch in einem Memorandum zu Händen Herrn Bök bzw. Herrn von Hassel zu Papier gebracht. Die Namensfrage habe ich unter Hinweis auf den historischen Volksparteibegriff mit dem Vorschlag „EVP“ zu lösen versucht. Auch Ideen zur Organstruktur und der Rolle der Fraktionen im Europarat sowie im EP habe ich in das Memorandum eingearbeitet. Bök war von meiner Arbeit ganz angetan und er hat es mit von Hassel besprochen. Sie haben dieses Memorandum dann in die europäischen Gremien gebracht. Auf der europäischen Ebene sollten zwei junge belgische Politiker die Statuten erarbeiten. Wilfried Martens, der damals Vorsitzender der flämischen Partei CVP war, setzte einen Flamen und einen Wallonen darauf an, nämlich Raf Chanterie³²⁸ und Gérard Deprez. Sie haben unter Verwendung meines Memorandums und anderer Anregungen daraus einen Satzungsentwurf erstellt. Es war eine glückliche Fügung, dass wir diesen Namen hatten. Er hat uns aus dem Namensstreit herausgeführt. Den alten Herrn Bök habe ich später gelegentlich beim Spaziergehen im Siebengebirge getroffen. Jedes Mal sagte er zu mir: „Herr Jansen, Sie sind der Erfinder des Namens der EVP!“ Das bestätigte mir, dass die Entscheidung

326 | Hubertus DeBloch (geb. 1936), Diplomat, ehemaliger Leiter der Vertretung des Freistaats Bayern bei der EU.

327 | Meinhard Ade (geb. 1944), deutscher Politiker der CDU, 1985–1994 Ministerialdirektor im Bundespräsidialamt.

328 | Raphaël Chanterie (geb. 1942), belgischer Politiker der CVP, 1981–1999 Mitglied des EP.

über den Namen tatsächlich auf meine Anregung zurück ging, obwohl die Idee natürlich in der Luft gelegen hatte.

Unstrittig war der Name nicht?

Der Name ist mit dem Zusatz bzw. Untertitel „Föderation christlich-demokratischer Parteien in der Europäischen Gemeinschaft“ akzeptiert worden. Der Zusatz war leicht zu akzeptieren, da uns bewusst war, dass der klobige Untertitel irgendwann wegfallen würde.

Ihr Europabild von 1975/76 haben Sie rückwirkend selbst als illusorisch bezeichnet. Im Laufe der Zeit wurden Sie desillusioniert. Sie haben das Spannungsfeld zwischen Pragmatikern, Idealisten, Realpolitikern und Visionären dargestellt. Waren Sie damals ein Realist oder ein idealistischer Unionist? Mit welchen Erwartungen sind Sie an das Projekt EVP herangegangen?

Ich weiß nicht, ob ich mir damals Gedanken darüber gemacht habe. Ich war ein Europäischer Föderalist, ich war Generalsekretär der Europa-Union Deutschland. Daher war ich auch immer an den programmatischen Debatten zur europäischen Entwicklung beteiligt. Die damals diskutierte Konzeption, die wir auch in der Europa-Union verfolgten, war die eines europäischen Bundesstaates. Der Bundesstaat war, wie Hallstein sagte, im Grunde da. Die Institutionen und Organe der EG, die Materien, mit denen sie es zu tun hatten, die Geographie, also das Territorium der Mitgliedsstaaten, die der Gemeinschaft angehören, ebenso die zeitliche Dimension, denn der EWG-Vertrag enthielt eine dynamische Strategie mit einem Zeitplan zur Verwirklichung der Zollunion und des Binnenmarktes – all das war vorhanden. Es kam jetzt darauf an, es im Sinne eines Bundesstaates zu vollenden. Diese Ideen habe ich voll verinnerlicht und sie sind bis heute meine Losung. Insofern habe ich mich nicht desillusionieren lassen, auch wenn ich von einzelnen Ideen aufgrund der im Laufe der Zeit gemachten Erfahrungen Abstand genommen habe.

Visionär und Realist? Waren Sie beides?

Ja, natürlich. Das liegt doch wohl in der menschlichen Natur. Mich hat immer das Institutionelle interessiert und fasziniert. Ich führe das auf eine Bemerkung zurück, die jemand, als ich noch sehr jung war, zu meinem Vater machte. Das war, glaube ich, ein Verwandter von Theodor

Heuss. Er bemerkte meinem Vater gegenüber, der damals als Diplomat in Paris tätig war und mich zu diesem Gespräch mitgenommen hatte: „Der Bundespräsident sagt immer, es komme darauf an, gute Institutionen zu errichten! Gute Institutionen sichern die Kontinuität, während die Menschen sich verändern.“ Ich glaube, darauf lässt sich mein Interesse am Institutionellen zurückführen.

Auch Monnet äußerte diese Gedanken.

Ja, Monnet war auch ein Institutionalist.

Sie haben erzählt, dass Ihr Urwunsch das Germanistikstudium war. Inwiefern prägten auch literarische Einflüsse Ihr Europabild? Es gibt ja auch das unbelegte Monnetsche Diktum, wonach er, wenn er mit der Integration noch einmal anfangen könnte, er mit der Kultur beginnen würde.

Das ist nicht nur nicht belegt, sondern es ist auch falsch. Monnet hat das nie gesagt. Dieses Diktum geht auf Prof. Héléne Ahrweiler³²⁹ zurück. Mir und anderen Kollegen erzählte sie anlässlich einer Veranstaltung in Athen, dass sie bei einer Podiumsdiskussion gesagt habe, nach ihrer Meinung hätte Monnet die Kultur ins Zentrum der Integration stellen müssen. Sie war ja auch eine Kulturwissenschaftlerin, eine Literatin. Sie habe sich gewundert, dass am nächsten Tag in der Zeitung stand: „Monnet sagt: ‚Wir hätten bei der Kultur und nicht bei der Wirtschaft anfangen sollen!‘“ Ahrweiler protestierte dann, dennoch verbreitete sich dieses angebliche Diktum und wurde von vielen Leuten gerne – vor allem im Antiwirtschafts- bzw. Antipolitik-Affekt – aufgegriffen. Ich bin ziemlich sicher, dass es auch nicht funktioniert hätte, die Kultur in den Mittelpunkt zu stellen. Die Kultur ist zwar etwas Wunderbares und kann zusammenführen, sie kann aber auch – gerade bei der Vielgestalt und Plurikulturalität Europas – auch das Gegenteil bewirken.

Inwieweit hat bei Ihnen ein kulturhistorisches Interesse, die Neigung und Liebe zur Literatur eine Rolle im Hinblick auf Ihr Europa-Engagement gespielt?

329 | Héléne Ahrweiler (geb. 1926), griechisch-französische Geschichtswissenschaftlerin, Professorin an der Université Paris-1 Panthéon-Sorbonne.

Darüber habe ich nie nachgedacht. Für mich waren das Vorbild meines Vaters und das Miterleben des Prozesses, der in den 1950er Jahren, als ich ein junger Knabe war, in Gang kam, prägender. Mein Vater war der erste deutsche Diplomat überhaupt, der nach dem Krieg ins Ausland geschickt wurde – und zwar nach Luxemburg. Es war eine bewusste Entscheidung von Konrad Adenauer, einen Diplomaten ins kleinste Nachbarland, das viel unter dem Nazireich gelitten hatte, zu schicken. Das Vertrauen musste wiederhergestellt werden. In Luxemburg habe ich die Gründung der EGKS miterlebt. Ich stand auf dem Rathausplatz, als die Größen von damals auf die Balkone heraustraten und die Unterzeichnung der EGKS-Verträge verkündeten. Ich erlebte die Festivitäten und die beginnende Arbeit der Hohen Behörde. Mit den Kindern Franz Etzels,³³⁰ der der deutsche Vertreter in der Hohen Behörde war, war ich befreundet. Sie wohnten auch in Luxemburg. Diese Erfahrungen haben mich wesentlicher geprägt als irgendwelche Literraten oder theoretische Einflüsse.

Welche staatsphilosophischen und staatspolitischen Schriften haben möglicherweise Ihr föderalistisches Europabild beeinflusst?

Ich bin natürlich als Rheinländer und als Kind rheinischer Eltern, die in Bonn studiert sowie promoviert haben und bei Föderalisten wie Braubach in die Schule gegangen sind, natürlich vom Geist des *Rheinischen Merkurs* geprägt. Der *Rheinische Merkur* war unsere Hauszeitung. Der katholische rheinische Föderalismus, mit leicht antipreußischen Elementen, und die Idee der Subsidiarität waren von Bedeutung und formten mich. Ich erinnere mich, dass wir im Europäisch-Föderalistischen Studentenverband, in dem ich auch als Präsident der Delegiertenversammlung eine gewisse Rolle übernommen habe, häufig die Föderalistismustheorien mit den Schlüsselbegriffen wie „Personalismus“, „Subsidiarität“, „Solidarität“, „Pluralismus“ etc. gelesen und diskutiert haben. Das alles bezieht sich auf meine Studentenzeit während der 1960er Jahre.

Was war Ihre größte Enttäuschung in diesen Jahrzehnten bzw. wer waren Ihre stärksten politischen Gegner und Störfaktoren im Hinblick auf die Aufbau- und Organisationsarbeiten der Parteienkooperation?

330 | Franz Etzel (1902–1970), deutscher Politiker der CDU, 1952–1957 Vizepräsident der Hohen Behörde der EGKS, 1957–1961 Finanzminister seines Landes.

Sie sind mit großen Hoffnungen und Erwartungen an diese Sache gegangen und es ist deutlich geworden, dass Sie von vielen Wünschen Abstriche machen und Abstand nehmen mussten. Bei der europäischen Integration gab es ja immer einen Widerstreit zwischen Befürwortern und Gegnern.

Meine Gegner oder besser meine Gegenspieler, als Generalsekretär der EVP waren die zuständigen Leute in den nationalen Partei-Sekretariaten. Sie waren einfach nicht in der Lage, aus ihrer nationalen Befangenheit und aus der Sorge um die nationale Wahl auszubrechen und das für wichtig zu halten, was ich auf europäischer Ebene für wichtig hielt. Das war aber im eigentlichen Sinne keine Gegnerschaft, sondern eine politische Auseinandersetzung mit Leuten, mit denen ich auch befreundet war. Ich erinnere mich an viele Gespräche mit Peter Radunski,³³¹ der später Senator in Berlin war. Er war der große Organisator der CDU in Sachen Öffentlichkeitsarbeit, ein wirklicher Wahlkampfstrategie und bedeutender Kollege, den ich immer sehr geschätzt habe. Mit Radunski setzte ich mich immer auseinander, dass man gerade im Europawahlkampf den europäischen Themen und der EVP auch ausreichend Raum geben muss. Die EVP ist ja für die CDU auf europäischer Ebene tätig. Als Arnaldo Forlani 1980/81 Ministerpräsident Italiens war, hat er auf einer EVP-Veranstaltung sogar vorgeschlagen, dass die nationalen Mitgliedsparteien der EVP sich doch alle auf den Namen „Europäische Volkspartei Italien“, „EVP Deutschland“ usw. umtaufen sollten. Daraus entstand dann die Idee, dass die CDU bei der Europawahl als EVP in Deutschland, die CVP als EVP in Belgien usw. auftreten sollte, um bekannt und bewusst zu machen, dass die nationalen Parteien nicht allein für sich Wahlkampf machen, sondern im europäischen Parteienverbund. Diese Idee hat bei Peter Radunski und bei der Wahlkampfkommission der CDU überhaupt keine Gegenliebe gefunden. Sie meinten, dass das nicht machbar sei. Der Name CDU sei eingeführt und wenn der Begriff EVP angehängt würde, sei dies für die Leute zu kompliziert und missverständlich. Das waren die Gegenargumente. Die kleineren Mitgliedsparteien haben jedoch solche Ideen gerne umgesetzt. Die CVP in Belgien oder die CSV in Luxemburg waren in dieser Hinsicht Vorreiter. Diese kleinen Parteien griffen solche Ideen gerne auf, weil sie sich davon etwas versprochen. Sie haben auch etwas davon gehabt. Die CVP

331 | *Siehe auch das Interview in diesem Band: Peter Radunski: „Ich bin heute ein radikal Gewendeter und sage, dass die EU eine Staatengemeinschaft sein kann, einen Bundesstaat wird es aber nicht geben“.*

war nie so erfolgreich in einer Wahl wie in der berühmten „Leo Tindemans Wahl“, in der sie sozusagen als belgische Sektion der EVP auftrat. Der Name CVP wurde auf allen Plakaten, Broschüren und sonstigen Werbemitteln konsequent mit dem Namen EVP gleichgesetzt.

Gab es jemals, ob nun in NEI, EUCD oder dann EVP eine Art Kriterienkatalog für die Aufnahme von Parteien in den Verband? Wie hat man nach dem Zweiten Weltkrieg und nach dem Aufbrechen von rechten Diktaturen reagiert bzw. wie schnell ist man auf diese Parteien zugegangen? Hat man diesen Parteien geholfen, bestimmte Kriterien zu erfüllen, um dann aufgenommen zu werden, z. B. in Spanien oder Griechenland?

Erstens muss ich sagen, dass die EVP niemals eine Politik der Anwerbung verfolgt hat, aber sie hat natürlich eine Partei genau untersucht, wenn diese sich der EVP annäherte, um Mitglied zu werden. Es gab zwar keinen Kriterienkatalog, aber die Satzung schrieb bestimmte Dinge vor, z. B. dass es sich um eine demokratische Partei handeln müsse usw. Diese Frage ist nach 1990 sehr aktuell geworden, als viele Parteien aus MOE plötzlich vor der Tür standen und Mitglied der EVP bzw. der EUCD als Vorstufe der EVP werden wollten. Damals bildeten wir ein Komitee, den „Arbeitskreis Mittel- und Osteuropa“. Dieser Arbeitskreis sandte dann Delegationen in die verschiedenen Länder, um die einzelnen Parteien zu begutachten und die jeweiligen Parteileute kennen zu lernen. Die Kandidaten mussten ihre Programme und ihre Statuten vorlegen, um aus Sicht der EVP nachvollziehen zu können, ob diese Parteien demokratisch und ob ihre Strukturen mit denen der EVP kompatibel waren. Die Programmatik war wesentlich und es war wichtig zu sehen, ob es sich um eine nachhaltige oder eine kurzlebige Partei handelte. Die Partei musste an Wahlen teilgenommen haben, in Parlamenten vertreten sein usw. Nach dieser Methodik ging man vor, woraus man schließlich Kriterien entwickelte. Bis heute ist das Statut der EVP weiterentwickelt worden und die Bedingungen für die Mitgliedschaft in der EVP sind in der Satzung ausführlich dargestellt.

Wie sah es in Italien nach dem Auseinanderbrechen der DC aus? Wie hat man darauf reagiert? Man hätte sowohl Berlusconi wie Prodis Partei in die EVP aufnehmen können, weil beide gepasst hätten.

Als die DC auseinanderbrach, haben wir zunächst die Nachfolgeparteien der DC ohne weitere Formalitäten aufgenommen. Das waren im

Wesentlichen drei Parteien: der PPI, die Cristiani Democratici Uniti (CDU) und das Centro Cristiano Democratico (CCD). Diese Parteien wurden auch von uns bekannten Leuten, die auch schon in der EVP engagiert waren, geführt. Das war kein Problem. Damit waren wir aber nicht am Ende der Entwicklung der italienischen Parteienlandschaft. Es folgte Lamberto Dini,³³² der eine Partei zwischen liberaler und konservativ-christlich-demokratischer Ausrichtung gründete. Er wollte Mitglied der EVP werden, woraufhin man auch ihn aufnahm. Es gab kein großes Examen, weil er mit seinem Namen bzw. seiner Person – er war ja gerade Ministerpräsident Italiens gewesen – für Solidität bürgte. Natürlich hatte er auch Fürsprecher von Seiten verschiedener Mitgliedsparteien. Das Problem der Partei Berlusconi stellte sich Ende der 1990er Jahre, als Berlusconi mit seiner Forza Europa (FE) praktisch scheiterte. Er hatte mit der Forza Italia (FI) im EP eine Gruppe gebildet, die FE hieß. Das war eine mononationale Fraktion, der sich einzelne Individuen aus anderen Parteien anschlossen, die meinten, dort gut aufgehoben zu sein. FE hat natürlich nicht funktionieren können, weil es ein Widerspruch in sich selbst war, eine mononationale Fraktion im EP zu betreiben. Die FE suchte dann etwa 1998 bei der EVP Anschluss. Die EVP hatte sich damals schon verändert. Sie war anders als die EVP, die ich bis 1994 kannte. Es waren schon manche Deiche gebrochen. Die EVP war auf dem „take them all“-Trip.

Sie hätten Berlusconis Gruppierung wahrscheinlich nicht in die EVP eingeladen?

Ja, ich hätte sie nicht eingeladen. Ich war tatsächlich der Meinung, dass die EVP einen großen Fehler machte. Später zeigte sich dann auch, dass es ein Fehler war. FI war weder eine demokratische Partei noch überhaupt eine Partei.

War die Partei christlich?

Christlich? Nein, FI war ein Wahlverein – ein leerer Container, der aber einen Führersitz und Räder hat. Auf dem Sitz hat Berlusconi Platz genommen. Er führte seinen leeren Container durch die Gegend und sammelte Stimmen ein.

332 | *Lamberto Dini (geb. 1931), italienischer Politiker der La Margherita, heute PdL, 1995/96 Ministerpräsident und 1996–2001 Außenminister seines Landes.*

Das ist ein schönes Bild.

FI hatte weder ein Programm noch Strukturen oder Organisation. Alles wird improvisiert. Berlusconi ist ein unglaublicher Meister im Improvisieren, Organisieren, Manipulieren und ein großer Kampagnenführer.

Heute ist aus der FI der Popolo della Libertà (PdL) geworden, der wiederum etwas anderes ist. Im PdL ist auch die Alleanza Nazionale (AN) eingeflossen, die ich heute – wenn es sie noch geben würde – in die EVP aufnehmen würde. Die AN war wesentlich solider als die FI.

Gianfranco Fini³³³ war Parteichef der AN. Die AN ging aus den ehemaligen Faschisten hervor.

Ja, aus ehemaligen Faschisten. Es haben viele Klärungsprozesse stattgefunden. Fini hat sich große Verdienste erworben, indem er die ehemaligen Faschisten in die Mitte und zur Demokratie führte. Er hat die ehemaligen Faschisten auch mit der Vergangenheit Italiens ausgesöhnt. Heute ist Fini mit einem Teil seiner Anhänger aus der ehemaligen AN der Garant der demokratischen Entwicklung im Mitterrechts-Spektrum. Das heißt, er ist derjenige, der dafür sorgt, dass der PdL nicht total ins Populistische abschwimmt – das ist fast paradox.

Wer hat sich in der EVP so massiv dafür eingesetzt, dass die Berlusconi-Partei Mitglied wird? Oder wer hatte Interessen daran?

Es gibt natürlich das Interesse der Fraktion, möglichst groß und zahlreich auftreten zu können. An diesem Faktor hängen natürlich auch die Zuwendungen für die Fraktionsarbeit: die Anzahl der Mitarbeiter für die Fraktion, die Anzahl der Säle bzw. Räume, die man zur Verfügung hat, und natürlich auch die Chance, Mehrheiten zustande zu bringen und sich in politischen Entscheidungen durchzusetzen. Von der Fraktion kam ein entsprechender Druck. Unter den Vertretern der FI gab es übrigens sehr vernünftige und gute Leute, die z.T. eine Vorgeschichte in der DC hatten.

Gab es nur innerhalb des EP ein Interesse, diese Gruppe in die EVP aufzunehmen?

333 | Gianfranco Fini (geb. 1952), italienischer Politiker der AN, heute Futuro e Libertà, 2004–2006 Außenminister seines Landes.

Wie schon gesagt, fand die Aufnahme zu einem Zeitpunkt statt, als manche Dämme schon gebrochen waren, als praktisch jeder aufgenommen wurde. Die EVP hat ja auch die Gaullisten etwa zur gleichen Zeit aufgenommen. Man hat nicht mehr so genau hingeschaut. Auch auf die Parteien aus MOE wurden die bereits skizzierten Kriterien im Falle eines Aufnahmegesuchs nicht mehr so strikt angewandt.

Gab es einen Profilverlust?

Mit dieser Entwicklung ist natürlich ein Profilverlust einhergegangen. Hans-Gert Pöttering, der Fraktionsvorsitzender war, versuchte dem durch programmatische Reden entgegenzuwirken. Er hielt systematisch an der Qualifizierung der EVP als einer christlich-demokratischen Partei fest. Auch Wilfried Martens wirkte als Parteivorsitzender in diese Richtung. Im Endeffekt mag das ein wenig geholfen haben. Der Umstand, dass die Italiener aus der PdL bzw. FI auf der europäischen Ebene praktisch eine geringe Rolle spielten und programmatisch nichts einbrachten, half auch und führte dazu, dass eine gewisse Klarheit im programmatischen Bild noch vorhanden ist. Die britischen Konservativen waren ja auch einige Jahre lang in der EVP-Fraktion, bis sie ausgetreten sind. Sie sind Pragmatiker, die sich nicht für Programme oder Gestaltungsfragen interessieren, weshalb sie auch in der Fraktion nicht störend waren. Heute ist das bei FI und den Gaullisten der Fall. Sie sind im Verhältnis zu den Abgeordneten aus den klassischen christlich-demokratischen Parteien nicht sonderlich präsent, weder physisch noch geistig. Die Leute aus den klassischen Parteien sind im Hinblick auf eine bestimmte Programmatik durchweg disziplinierter und auch mehr an Programmatik interessiert. Die CDU hat z. B. in der Fraktion im EP bzw. in den Gremien der EVP eine hohe Präsenz. Das ist überhaupt gar kein Vergleich zu den Italienern und Franzosen, die alle zuhause wichtige Dinge zu tun haben.

Könnte man das Verhalten und den Versuch der EVP, die im Zuge der großen Erweiterung die Parteien einiger Länder mit chaotischer Parteistruktur wie in Italien, Polen, Ungarn usw. ins europäische Haus zu holen mit dem Agieren der CDU/CSU nach dem Zweiten Weltkrieg vergleichen, als diese versuchten den rechten Kreis einzubinden, um bestimmte Gruppen ins demokratische Spektrum zu holen?

Ja, das ist genau der Punkt. Das ist ein wichtiges Element der Strategie der Öffnung.

Ging diese Strategie von den Erfahrungen der Deutschen aus, die dieses Prinzip erkannt hatten?

Ja, aber nicht nur. Von den Deutschen ist das in besonderer Weise betrieben worden. Anfang der 1990er Jahre habe ich, der ich ja eigentlich immer dafür war, die EVP „sauber zu halten“, die Strategie der Öffnung zur Diskussion gestellt. Wie damals im Zusammenhang mit der Gründung der EVP habe ich den Parteiführern ein Memorandum, ein Aide-Mémoire, über die Strategie der Öffnung vorgelegt. Auch in diesem Memorandum argumentierte ich, dass man die britischen Konservativen mit ihrer großen Partei aus einem großen Land nicht allein und isoliert lassen dürfe. Sie dürften nicht alleine gehen, weil es für die EG insgesamt nicht gut sei. Wenn wir die Briten dabei hätten, hätten wir auch die Chance sie zu „christiano-demokratisieren“. Das war der Hintergedanke, der auch auf andere Parteien zutraf. Das hatte gerade im Hinblick auf die Parteien aus MOE, die sich nicht nur als Parteien, sondern auch im europäischen System zurecht finden mussten, einen Sinn.

Können Sie ausschließen, dass in den 1970er Jahren Mitglieder in die Partei aufgenommen wurden, die unter Beobachtung eines nationalen Verfassungsschutzes standen?

Das kann ich absolut ausschließen. Solche Gewächse hatten wir nie. Es waren alles antitotalitäre, antifaschistische, antinationalsozialistische Parteien. Es handelte sich bei der Gründung ab den 1950er Jahren um Christdemokraten, die sich auch im Widerstand bewährt hatten. Es waren Parteien der Mitte, die auch in ihren Ländern (relative) parlamentarische Mehrheiten hatten und die sich schon über viele Jahre als Parlaments- und Regierungsparteien qualifiziert hatten. Die Parteien, die damals zusammenkamen, waren durchweg Parteien, die auch eine gewisse Tradition der Zusammenarbeit hatten. In meinem Buch mit dem Titel „Die Entstehung einer europäischen Partei“ habe ich daher auch die gesamte Vorgeschichte beginnend mit dem Internationalen Sekretariat der demokratischen Parteien christlicher Inspiration, mit den NEI, der EUCD usw. dargestellt. Die EVP entstand nicht aus dem Nichts. Es gab eine lange Vorgeschichte. Man kannte sich schon.

Für die neuen Parteien aus den ostmitteleuropäischen Staaten würde ich nicht für jede Figur, die im Zusammenhang mit der EVP in Erscheinung getreten ist, die Hand ins Feuer legen, weil ich die Leute bisweilen auch nicht kenne.

Haben Sie im Laufe Ihrer langjährigen Tätigkeit eine ansatzweise bzw. allmählich in Entwicklung befindliche „europäische Kultur“ der Mitgliedsparteien erkennen können?

Ich glaube schon, dass die „europäische Kultur“ – besser vielleicht: „europapolitische Kultur“, „europäisches Bewusstsein“ oder „EVP-Bewusstsein“ – in den Mitgliedsparteien der EVP im Laufe der Jahre gewachsen ist, wobei zu unterscheiden ist zwischen den Parteien, die sehr lange mit dabei sind, und denen, die nach und nach hinzu gekommen sind. Man muss auch unterscheiden zwischen der allgemeinen Mitgliedschaft und den Mandats- und Verantwortungsträgern, wobei auch unter den letzteren zunächst einmal jene ein entsprechendes Bewusstsein entwickelt haben, die in irgendeiner Weise mit den europäischen Dingen zu tun haben. Das werden aufgrund der Entwicklung immer mehr.

Kommen wir noch einmal auf die 1970er Jahre zurück. Die Ausflüge in die 1990er Jahre sind natürlich spannend, weil wir die Akteure noch vor Augen haben. Unser Projekt konzentriert sich aber auf die Phase ab Mitte der 1960er bis Ende der 1970er Jahre, wobei ein Nachfolgevorhaben nicht auszuschließen ist. Unterschiedliche Kulturen und Mentalitäten bewirkten immer wieder Krisen innerhalb der EUCD, der EVP und der EDU. Wie konnte ein Generalsekretär, ein mit den Dingen vertrauter Beobachter und ein an der Nahtstelle zwischen Partei und internationaler Struktur stehender Mann zwischen den Blöcken vermitteln? War das überhaupt Ihr Anliegen und musste es ein Anliegen sein?

Natürlich war die Vermittlung zwischen EUCD, EVP und EDU eine wichtige Funktion der Leute, die in diesen Strukturen tätig waren. Normalerweise bieten sich für eine Arbeit auf dieser Ebene auch Leute an, die vom Naturell und von der Mentalität her eine entsprechende Eignung mit sich bringen. Wir haben selten Leute auf dieser Ebene, die unfähig sind, sich zu verständigen oder sich Vermittlungsbemühungen verschließen. Diese Mentalitäten usw. liegen in der Natur der Sache und helfen sehr, wenngleich es insbesondere in führenden Positionen, z. B. als Generalsekretär, Pflicht und Voraussetzung ist. Das Vermitteln zwischen den Unterschieden, die kultureller Art sind bzw. sich aus unterschiedlichen Interessenlagen ergeben, muss man beherrschen und es als eine seiner wichtigsten Aufgaben ansehen.

Konkreter gefragt: Wer waren die schwierigsten Persönlichkeiten?

Es gibt ja nicht nur einen Schwierigen, sondern immer zwei. Der eine Schwierige kommt von der einen Seite, der zweite Schwierige von der anderen. Die Schwierigsten waren die Niederländer und die Bayern. Das war ein Spagat, den wir überbrücken mussten. Insbesondere wurde es bei der Programmarbeit bzw. bei der Vorarbeit der Programme, die bei den Kongressen verabschiedet wurden, deutlich. Wenn wir die Niederländer und die Bayern zusammenbrachten, hatten wir gewonnen. Der Konsens war praktisch komplett. Es ist dadurch erleichtert worden, dass es sich bei den Vertretern beider Parteien, der CSU wie auch des CDA, um sehr disziplinierte Leute handelte, die auch einem gewissen demokratischen Zentralismus nicht abhold waren bzw. einem solchen zuneigten.

Ich weiß nicht, wie es heute unter Seehofer in der CSU und unter Balkenende³³⁴ im CDA läuft. Balkenende lernte ich als jungen Intellektuellen im wissenschaftlichen Institut des CDA kennen. Er war dort als Referent tätig. Das war ein kluger Junge, der sich auch als Ministerpräsident ganz ordentlich gemacht hat. Er ist nicht der Typ des Niederländers, den ich im Auge habe. Der Unterschied zwischen dem bayerischen barocken Katholizismus und dem niederländischen Calvinismus kam hier zum Tragen. Den Niederländern hätte man am besten in jeden Satz „christlich“ schreiben müssen bzw. die Bibel zitieren müssen, um eine bestimmte Position verteidigen zu können. Sie waren damals ziemlich fundamentalistisch, was sich aber im Laufe der Jahre natürlich änderte und heute nicht mehr in dieser Schärfe existiert.

In den 1970er Jahren waren vor allem die Jahre 1976 mit der EVP-Gründung und 1978 mit der EDU-Gründung Schicksalsjahre der europäischen Christdemokratie. Die feierlichen Gründungsfotos lassen scheinbar vergessen, dass hinter diesen Gründungen leidenschaftliche Machtkämpfe festzustellen waren und die europäische Solidarität der westlichen Schwesterparteien oftmals Lippenbekenntnisse blieben. Der Gründung der EDU gingen jahrelange Streitigkeiten auch um die Stellung der ÖVP innerhalb der EVP voran. Wie haben Sie es empfunden, als Einwände der Neutralen vor der Gründung der EVP ignoriert bzw. als ignoriert angesehen wurden?

334 | Jan Peter Balkenende (geb. 1956), niederländischer Politiker des CDA, 2002–2010 Ministerpräsident seines Landes.

Ich habe es nicht von innen miterlebt. Ich war bei der Gründungsveranstaltung der EVP in Luxemburg zugegen. Die ÖVP war nicht dabei. Ich habe es studiert, nachgelesen und weiß aus den Gesprächen, dass die ÖVP darunter gelitten hat. Das ist gar keine Frage, aber alle Mitgliedsparteien der EVP waren sich einig, dass man für die EG, für das politische System der EG eine eigene Kraft bzw. Organisation braucht, um auf Dauer bestehen zu können. Die ÖVP passte nicht hinein, also blieb sie draußen. Man dachte wohl, dass es ja auch die EUCD noch gebe, worin die ÖVP weiterhin ihre Rolle spielen könne. Das war der ÖVP aber nicht genug, sie wollte mehr und dichter am Ball sein. Sie hat dann eine für sie geeignete Konstruktion gefunden, die EDU, in der sie über Parteidiplomatie einflussreich wurde und blieb, und damit einiges erreicht hat.

War die EVP eine NATO-Partei? Die Neutralen, die Nichtgemeinschaftsmitglieder wollte man nicht haben.

Die Nichtgemeinschaftsmitglieder wollte man nicht haben, das hatte mit der NATO nichts zu tun.

In Österreich realisiert man den Neutralitätshintergrund sehr sensibel: Wir sind neutral, nicht Mitglied der EWG, was auch bedeutet, dass wir nicht in der NATO sind!

Ja, ich glaube aber, dass die Nichtmitgliedschaft in der NATO keine große Rolle spielte. Aus der Perspektive der ÖVP mag sich das so dargestellt haben, weil für die ÖVP die Identität Österreichs als neutrales Land wichtig ist. Für die Deutschen, Franzosen usw. war die Neutralität Österreichs unerheblich. Für sie war es wichtig, dass Österreich aufgrund seiner Neutralität meinte, der EG nicht beitreten zu können. Im Grunde hat die ÖVP auch Recht. Neutralität und Mitgliedschaft in der EG bzw. der EU passt nicht zusammen. Das ist ja ein Widerspruch in sich. Im Grunde ist die österreichische Neutralität eine reine Fiktion, was ich auch in einem Beitrag schrieb. Ich habe die Haltung der ÖVP als fiktionale Position dargestellt und erklärt, dass Österreich auch einmal über seinen Schatten springen müsse.

Aus Fiktion ist Realität geworden. Österreich ist seit 1995 EU-Mitglied und trotzdem formal verfassungsrechtlich neutral. Der Kern ist, dass es keine fremden Militärstützpunkte auf österreichischem Boden und keine Militärbündnispartnerschaft gibt.

Das braucht Österreich auch nicht. Es wird trotzdem von der NATO und den Nachbarstaaten verteidigt. Natürlich hat die Neutralität Österreich auch eine Menge gekostet, da sie Österreich daran hinderte, frühzeitig in den europäischen Strukturen mitzuwirken.

Österreich hat sich existenziell und im Hinblick auf seine Identität profilieren können, weil es nicht Mitglied der EWG war und es nicht zu eng mit Deutschland assoziiert worden ist. Die bundesdeutsche Unterstützung in maßgeblichen Fragen der europäischen Zusammenarbeit, nicht erst, aber auch ganz stark seit Helmut Kohl, wurde von manchen auch als Vereinnahmungsversuch bzw. Abhängigkeitsproblem definiert, besonders auch im EDU-ÖVP Kontext. Helmut Kohl hegte genau wie viele Deutsche große Sympathien für Österreich. Wie haben Sie diesen Aspekt und die österreichisch-bundesdeutschen Beziehungen im Rahmen der Parteienkooperationen EUCD und EDU wahrgenommen?

Ich habe natürlich immer gewusst und fand es immer wichtig, dass es die bilateralen Beziehungen zwischen den einzelnen Parteien als Bezugsstruktur gibt, weil diese auch die supranationale Organisation mittragen. Je besser die bilateralen Beziehungen zwischen den Mitgliedern einer solchen Organisation sind, desto besser ist es für das Gesamtsystem. Ich habe mich nie an bilateralen Aktivitäten meiner Partei, von der ich mich vielleicht auch als Generalsekretär der EVP etwas zu weit entfernt hatte, beteiligt. Ich wollte nicht mit der CDU, sondern mit der EVP identifiziert werden. Daraus habe ich auch meinen Einfluss, in dem Maße wie ich einflussreich sein konnte, bei den anderen Mitgliedern bezogen. Vielleicht habe ich zu wenig getan, um mich an der „Heimatfront“ zu versichern. Diese Vorgänge, die später mein Leben bei der EVP schwieriger machten, hängen wohl auch damit zusammen.

Wie wurde die bestimmende Figur in der EVP, Helmut Kohl, eigentlich intern aufgenommen und wahrgenommen? Gab es auch Kritiker an seiner bestimmenden bzw. dominanten Rolle? Gab es Ihrer Erinnerung zufolge vor und nach Kohl vergleichbare Führungspersonen? Wodurch zeichnete sich Kohls Rolle und die seiner Vorgänger und Nachfolger aus?

Die Führungsrolle Kohls äußerte sich z. B. darin, dass er bei den Treffen der Partei- und Regierungschefs (EVP-Gipfel) immer als erster das Wort nahm und durch seinen Beitrag den Ton und die Richtung für die fol-

gende Diskussion angab. Es fing aber schon damit an, dass Kohl bei diesen Treffen immer präsent war, auch deshalb, weil die Termine zunächst mit ihm abgestimmt wurden, denn seine Teilnahme garantierte auch die Teilnahme aller anderen Chefs. Seinen Beurteilungen der Lage und seinen Vorschlägen wurde wenig Widerstand entgegen gesetzt. Gelegentlich widersetzte sich der niederländische Ministerpräsident Ruud Lubbers oder auch der Belgier Gérard Deprez, der Vorsitzende der wallonischen Partei. Aber das politische Gewicht, auch das Charisma und vor allem die argumentative Kraft der Rede Kohls sicherten ihm regelmäßig eine breitestmögliche Gefolgschaft. Seine Führungsrolle wurde allgemein anerkannt, da sein Engagement als europäisch motiviert wahrgenommen wurde. Er sprach immer im Sinne der EVP. Jedoch gab es natürlich auch Kritik, wie schon erwähnt. Lubbers und Deprez, aber auch andere fühlten sich durch seine bei schlechter Laune zur Schau getragene Schroffheit abgestoßen. Er ließ es seine Umgebung spüren, wenn er mit irgendetwas oder mit irgendeinem unzufrieden war. Andererseits konnte er, wenn er guter Laune war, sehr zuvorkommend und angenehm sein. Vergleichbare Führungspersönlichkeiten hat die EVP während meiner Amtszeit nicht gekannt.

Was war rückblickend Ihr größter Fehler bzw. Ihre größte Fehlentscheidung in Ihrer Laufbahn, die Sie vielleicht heute bedauern oder mit Bitterkeit sehen? Würden Sie sagen, dass es genau das war, was Sie soeben beschrieben haben?

Ja, ich glaube das war es. Ich habe zu wenig versucht, mir in meiner eigenen Partei eine Vertrauensbasis zu schaffen, weil ich immer darauf vertraute, dass Helmut Kohl meine Aktivitäten abdeckt. Ich bemühte mich daher zu wenig, das Vertrauen Kohls, seiner Umgebung und anderer wichtiger Leuten in meiner eigenen Partei auf Dauer zu sichern. Ich bin zu distanziert gewesen. Wenn ich es noch einmal zu machen hätte, würde ich mich wahrscheinlich sehr viel intensiver zu Hause einbringen und versuchen, im Rahmen der Heimatpartei institutionell verankert zu sein, z. B. dadurch dass die Partei akzeptiert, dass der Generalsekretär der EVP, wenn er der CDU angehört, Mitglied des Vorstandes oder des Bundesausschusses ist. Das habe ich unterschätzt. Dies nicht getan zu haben, ist ein Fehler gewesen.

Man muss aber klar sagen, dass Sie das Mandat, mit dem Kohl Sie ausgestattet hat, wonach Sie in der EVP und nicht in der CDU seien, internalisieren und umsetzen mussten, was Sie letztlich auch getan

haben. Was hat dann aber dazu geführt, dass Kohl vergaß, was er Ihnen vorher sagte, und er über die Zeit begann, anders zu denken? Wurde für Kohl zeitweise die innerparteiliche Konstellation brisanter, um auf so etwas angewiesen zu sein? Was hat Kohl letztlich dazu bewegt, Ihnen das Gegenteil von dem, was er Ihnen zunächst empfohlen hatte, vorzuhalten?

Wenn ich das im zeitlichen Ablauf betrachte, muss ich das auch mit einer Veränderung in der Mentalität von Kohl sehen. Indem er der „Vater der Wiedervereinigung“ wurde, fing er an, sich abzuheben. Er entwickelte eine Neigung, die vielleicht schon in ihm angelegt war, seine Umgebung, die Menschen um ihn herum, seine Mitarbeiter, seine Partei, natürlich auch die internationalen Strukturen, also auch die EVP, als Instrumente zu betrachten. Ich habe mich dem nicht unterwerfen wollen. Ich erinnerte mich an meinen Vater. Er hatte ein japanisches Schriftzeichen aus Japan mitgebracht, das er in seinem Büro im AA über seinen Schreibtisch aufgehängt hatte. Auf dem Schriftzeichen stand „Der Beamte ist kein Werkzeug“. Dieser Spruch hat ihn in seinen vielen Auseinandersetzungen mit dem damaligen Außenminister Gerhard Schröder und anderen wichtigen Personen im AA immer bestärkt. Mein Vater war sehr europäisch orientiert und sprach sich für die deutsch-französische Achse aus. Er kämpfte mit Mitstreitern gegen die von Schröder angeführte atlantische, anglophile und frankophobe Linie, die sich letztlich gegen die unwiderrufbare Verankerung der Bundesrepublik in der EG richtete. Der Spruch „Der Beamte ist kein Werkzeug“ hat sich mir sehr eingepreßt und hat eine Rolle gespielt. Ich wollte mich nicht unterwerfen. Es war aber taktisch falsch, das auch in meinem Verhalten deutlich werden zu lassen.

Sie hatten vorher schon Signale von Kohl mit Blick auf eine Art Strategiewechsel bzw. eine Art von Prioritätenwechsel empfangen, was Sie mehr oder weniger ignoriert haben?

Nein, ich habe in jeder Phase die Politik von Helmut Kohl in Sachen Europa für richtig gehalten und unterstützt. Mir stellte sich das Problem, was ich in der letzten Phase mit Helmut Kohl bekam, wie folgt dar: Ich beobachtete, dass er sich von Figuren aus seiner Umgebung abhängig machte. Sie nutzten die Distanz, in die er inzwischen geraten war. Er hatte ja etwas abgehoben, weil er das Klassenziel „Wiedervereinigung“ erreicht hatte. Jetzt war er der „godfather“.

Lösten die Äußerungen Giulio Andreottis 1984 und 1989 zur deutschen Frage nicht auch eine Krise aus? Wie würden Sie die Hintergründe, Motive und Nachwirkungen dieser Krise bewerten?

Die durch die Äußerung von Andreotti 1984 ausgelöste Krise beschränkte sich auf die deutsch-italienischen Beziehungen. Die Kollegen aus den anderen Parteien schauten dabei zu – mit mehr oder weniger Sympathie für die deutsche Position, die sich auf die Übereinstimmung mit der EVP-Beschlusslage stützen konnte. Während sich auf der zwischenstaatlichen Ebene Hans-Dietrich Genscher darum bemühte, Andreotti zu überreden, seine unglücklichen, aber von ihm nicht zuletzt im Hinblick auf die italienischen Kommunisten, und wohl auch aus außenpolitischem Kalkül wohlbedachten Äußerungen zu revozieren, musste ich in der EUCD die Kastanien aus dem Feuer holen. Andreotti war damals Präsident der EUCD. Ich war Generalsekretär, weswegen ich von Seiten meiner deutschen Parteifreunde unter Druck geriet. Man erwartete von mir, dass ich für den Rückzug Andreottis von der EUCD-Präsidentschaft Sorge. Ich gab damals mehreren italienischen Zeitungen Interviews, in denen ich ausführte, dass die Äußerungen des Präsidenten eindeutig im Gegensatz zu den Programmen und zur Politik der EUCD stünden. Meine Hoffnung, dass dies Eindruck auf Andreotti machen würde, wurde natürlich enttäuscht. Schließlich fuhr ich nach Rom, um den Meister zu sprechen und ihm seinen Rücktritt nahe zu legen. Er empfing mich, wie üblich, morgens um 07.30 Uhr in seinem Privatstudio, das sich damals an der Piazza di Montecitorio, gegenüber der Abgeordnetenkammer, im vierten Stock über der deutschen Herder-Buchhandlung befand. Ich vermittelte ihm die Stimmungslage in den deutschen Parteien und das Unverständnis, das auch bei den anderen EUCD-Mitgliedern über seine Äußerungen herrschte und empfahl ihm, zurückzutreten und als Argument geltend zu machen, dass er inzwischen das Außenministerium übernommen habe, was es für ihn schwierig, eigentlich unmöglich mache, gleichzeitig ein internationales Parteiamt auszuüben. Zum Präsidenten der EUCD war er gewählt worden, als er Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses der Kammer war. Er trat natürlich nicht zurück, erklärte sich aber schließlich bereit, beim nächsten Kongress, der 1985 in Madrid stattfand, nicht wieder zu kandidieren. Sein Nachfolger wurde Emilio Colombo.

An besonders skandalöse Äußerungen von Andreotti aus dem Jahre 1989 erinnere ich mich nicht. Im Februar 1990 erklärte Andreotti während einer Pressekonferenz im Anschluss an einen EVP-Gipfel in Pisa

auf eine Frage von Heinz-Joachim Fischer,³³⁵ der damals Italien-Korrespondent der *FAZ* war, seine Äußerungen von 1984 seien dem politischen Kontext jener Jahre geschuldet gewesen. Er habe keinen Grund an seiner damaligen Äußerung festzuhalten, nachdem sich der politische Kontext inzwischen grundlegend geändert habe.

Man hat ein rheinländisches Funkeln in Ihren Augen gesehen, als Sie als realistischer Visionär betitelt wurden. Was sind damalige und heutige Visionen, die aber nicht umgesetzt worden? Wo sehen Sie Potentiale? Das ist eine Zukunftsfrage. Wohin entwickelt sich die EU?

Die EU ist als Bundesstaat unvollendet. Sie existiert zwar und hat viele Fortschritte in der Ausprägung ihres Systems gemacht. Walter Hallstein sagte immer: „Die Europäische Gemeinschaft muss man, wenn man sie erklären will, in ihren verschiedenen Dimensionen sehen“ – in ihrer materiellen Dimension, also den Politiken, in ihrer geographischen Dimension, also den Territorien der Mitgliedsstaaten, in ihrer institutionellen Dimension, also ihrem politischen System, und in ihrer zeitlichen Dimension, d. h. wie sich die EG in der Zeit entwickelt. Ich glaube, dass sie in der zeitlichen Dimension enorme Fortschritte gemacht hat, was das institutionelle System anbelangt, aber auch im materiellen Bereich. Es gibt praktisch keinen Politikbereich mehr, der nicht „vergemeinschaftet“ ist bzw. von den Organen der Union behandelt wird. Auch die Geographie ist fast vollendet. Es fehlt nicht mehr viel. Aber die Vollendung insbesondere des bundesstaatlichen Systems im Sinne von Staatlichkeit fehlt natürlich. Da gibt es einfach erhebliche Widerstände. Wir brauchen nur an das BverfG bzw. an die aktuelle Diskussion um den Euro zu denken – „Wie schafft man es, dass der Euro nachhaltig bzw. zukunftsfähig wird? Brauchen wir die Politische Union und eine europäische Regierung, die die Dinge regelt und gegenüber Mitgliedsstaaten wie Griechenland, Spanien und vielleicht auch eines Tages gegenüber der Bundesrepublik Deutschland in der Lage ist, einzugreifen, um die entsprechenden nationalen Regierungen zu zwingen, ihren Haushalt so zu gestalten, dass er mit der Währungsunion kompatibel ist?“

Meine Vorstellung geht dahin, dass man noch einen Schritt weiter gehen muss. Ich bin auch ganz zuversichtlich, dass es kommen wird –

335 | Heinz-Joachim Fischer (geb. 1944), deutscher Journalist, ab 1978 Korrespondent der *FAZ* für Italien und den Vatikan.

vielleicht nicht in diesem Jahr, vielleicht nicht in diesem Jahrzehnt, aber wir sind auf dem Weg. Die Sachlogik (Walter Hallstein) wird uns dahin bringen. Sie umfasst die Notwendigkeiten, die sich teils aus der Globalisierung, aus der Entwicklung der Technologie, der Urbanisierung und all diesen Dingen, teils aber auch aus dem Integrationsprozess selbst ergeben. Als Beispiel kann wieder der Euro fungieren. Man hat den Währungsbereich integriert, hat aber wesentliche Elemente, die notwendig sind, um den integrierten Bereich nachhaltig zum Funktionieren zu bringen bzw. zu erhalten, nicht realisiert, z. B. eine Wirtschaftsregierung bzw. eine Wirtschaftsgemeinschaft, die notwendig zu einer Währungsgemeinschaft gehört. Auch die Politische Gemeinschaft ist noch nicht realisiert.

Wer wird Ihrer Meinung nach der Global Player des 21. Jahrhunderts? USA, China oder nachdem die Krise gemeistert ist, Europa?

Das hängt natürlich sehr stark ab von der Politik, die in diesem Rahmen bzw. vor diesem Hintergrund getrieben wird. Es geht zunächst darum, sicherzustellen, dass dieses europäische System funktioniert und überhaupt in der Lage ist, Politik zu machen. Das ist unser Problem. Wir sind zwar als EU in bisheriger Hinsicht ein Global Player. Wir wirtschaften sehr erfolgreich, haben einen starken Export, sind intellektuell gut aufgestellt und in vielen Bereichen in der Welt präsent, aber wir sind nicht in der Lage, eine Politik zu entwickeln, die einen starken Einfluss nimmt. Wir sind diesbezüglich nicht auf gleicher Augenhöhe mit den Vereinigten Staaten von Amerika, China oder anderen aufstrebenden Staaten und Mächten, die uns alle ein konsolidiertes Governance-System voraushaben.

Wir sprachen schon von Fehlern in Deutschland. Was aber war rückblickend auf jahrzehntelange Erfahrung in der Zusammenarbeit von Politikvertretern aus verschiedenen Ländern Ihr persönlich schönstes Erlebnis?

Ich hatte viele Erfolgserlebnisse. Ich bin immer gerne bei Mitgliedsparteien der EVP zu Besuch gewesen, wo ich neue Leute kennenlernte und über Probleme usw. sprechen konnte.

Den Höhepunkt haben Sie nicht vor Augen?

Nein, *den* Höhepunkt habe ich nicht vor Augen. Die Kongresse waren zum Teil Höhepunkte. Ich denke insbesondere an den Kongress von Athen, wo das Grundsatzprogramm verabschiedet wurde, das von mir stark mitgeprägt wurde. Das war ein wichtiger Moment. Um die Strategie der Öffnung, die wir aus vielen Gründen, nicht zuletzt im Hinblick auf die neue Situation nach der Befreiung von MOE, verfolgen wollten, brauchten wir als Ausgangspunkt einen soliden Konsens über die Grundsätze unserer Politik und unsere Programmatik.

Waren das die Kopenhagener Kriterien für die EVP?

Genau! Obwohl ich im Vorfeld des Kongresses ziemlich viel Gegenwind zu spüren bekommen hatte, unter anderem auch von bestimmten Kollegen aus der CDU, wurde das Grundsatzprogramm verabschiedet. Es ist gelungen. Es ist ein gutes, inhaltlich anspruchsvolles Programm, das nach wie vor aktuell und mit Gewinn lesbar ist. Wenn sich die EVP weiterhin daran halten würde, wäre es sehr gut.

Gab es für Sie auch das Vorbild bzw. die Vorbilder aus Wissenschaft, Zeitgeschichte und Politik?

Mein Vater, der ja sehr früh verstorben ist, blieb mir immer ein Vorbild. Ich hatte auch Glück mit meinen Chefs und Präsidenten, angefangen bei Walter Hallstein, der für mich in Bezug auf meine europapolitische Orientierung ein Vorbild geblieben ist. Bei der EVP waren meine Präsidenten Leo Tindemans, Piet Bukman, Jacques Santer und Wilfried Martens. Das waren zwar sehr unterschiedliche Charaktere, aber alles interessante Leute, denen man etwas abschauen konnte. In der EUCD hatte ich zwei hochinteressante Präsidenten: Giulio Andreotti und Emilio Colombo. In meiner akademischen Karriere waren natürlich Karl Dietrich Bracher, mein Doktorvater, und Hans Buchheim, der Politikwissenschaftler und Historiker, so etwas wie meine Vorbilder. Auch Heinrich Kronstein und Wilhelm Cornides könnte ich nennen – nicht zu vergessen Rainer Barzel, von dem ich sehr viel gelernt habe. Alle, mit denen ich intensiv zu tun hatte und deren Leistung mich beeindruckten, habe ich mir zu Vorbildern genommen, jedoch ohne mir alle ihre Eigenschaften und Macken anzueignen. Nicht zu unterschätzen und sehr wichtig für mich war auch der Einfluss meines Patenonkels, des Philosophen Max Müller aus Freiburg. Diese Leute boten mir immer eine Orientierung, dienten in gewissem Maße als Vorbilder, auch wenn mein Verhältnis ihnen gegenüber überhaupt nicht kritiklos gewesen ist.

Können Sie auch die größte menschliche Enttäuschung für Sie an einer Person festmachen?

Nein, das kann ich nicht. Ich bin ein Rheinländer, ein positiv denkender Mensch und habe immer versucht, wobei ich mich nicht anstrengen musste, das Positive in den Leuten, denen ich begegnet bin, zu sehen. Ein negatives Vorbild habe ich nicht.

Wir möchten uns ganz herzlich bei Ihnen, lieber Herr Jansen, für insgesamt sechseinhalb Stunden Gespräch bedanken.